



universität  
wien

## Diplomarbeit

# Soziale Netzwerke im Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates

Verfasser

**HAJEK FLORIAN**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag. phil.)**

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Birgit Sauer

## **Danksagung**

Auf diesem Weg möchte ich mich herzlichst bei folgenden Personen für ihren unverzichtbaren Beitrag bei der Fertigstellung dieser Arbeit bedanken: Univ. Prof. Dr. Birgit Sauer für ihre herzliche Betreuung und wertvollen, konstruktiven Anregungen, welche mir sehr geholfen haben. Weiters gilt mein Dank Dr. Stefan Wuchty, welcher mir in vielen Telefonaten aus Washington D.C. bei der statistischen Aufbereitung der Daten eine unverzichtbare Hilfestellung bot. Meiner Freundin Marlies möchte ich hier ebenso einen großen Dank aussprechen, ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Abschließend müssen an jener Stelle ebenso meine Eltern genannt werden, die mich während meines gesamten Studiums vorbehaltlos unterstützt haben.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Ziele der Arbeit	1
1.2 Eingrenzung des Forschungsfeldes	2
1.3 Forschungsfrage/Hypothesen	3
<b>2. Kontext</b>	<b>7</b>
2.1 Begriffsdefinition: Parlamentarismus	7
2.2 Parlamentarismus und Parlament	9
2.2.1 Historie	9
2.2.2 Funktion	14
2.2.3 Organstruktur	15
2.2.4 Infrastruktur	16
2.3 Der Nationalrat	17
2.3.1 Die Abgeordneten zum Nationalrat	17
2.3.2 Fraktionen/Klubs	19
2.3.3 Das Ausschusswesen	22
2.3.4 Der Ausschuss aus der Perspektive der Akteure	28
2.3.5 Der selbstständige Antrag	30
<b>3. Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich</b>	<b>32</b>
<b>4. Forschungsansatz</b>	<b>37</b>
4.1 Sozialkapital und die Position in einem Netzwerk	37
4.1.1 Das Konzept des Sozialen Kapitals – Begriffsbestimmungen	37
4.1.2 Ronald Burts „structural holes“	41
4.2 Methode	42
4.2.1 Netzwerkanalyse und „Soziale Netzwerke“	43
4.2.2 Arten von Netzwerken	43
4.2.3 Funktion von Netzwerken	44
4.3 Erläuterung des Forschungsdesigns	45
<b>5. Material</b>	<b>48</b>
5.1 Datenerhebung (Verfahren der Informationsgewinnung)	48
5.1.1 Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten	48
5.1.2 Erfolgsmerkmale der Abgeordneten	50
5.2 Datenauswertung (Verfahren der Informationsauswertung)	51
5.2.1 Cluster Analyse	52
5.2.1.1 Bestmögliche Partition von Clustern	53

5.2.1.2	Clusterpartizipationskoeffizient der Abgeordneten	54
5.2.1.3	Structural Holes	55
5.2.2	Überprüfung der Hypothesen	55
<b>6.</b>	<b>Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode</b>	<b>57</b>
6.1	Identifizierung der Cluster	57
6.2	Datenverteilung der strukturellen Parameter der Abgeordneten	61
6.3	Datenverteilung der Erfolgsmerkmale von Abgeordneten	63
6.4	Korrelation der Variablen Partizipation und structural holes mit den Erfolgsmerkmalen	65
6.5	Berechnung eines möglichen Einflusses der Parteizugehörigkeit auf die Erfolgsmerkmale der Abgeordneten	66
<b>7.</b>	<b>Diskussion und Schlussfolgerung</b>	<b>73</b>
<b>8.</b>	<b>Verzeichnisse</b>	<b>80</b>
8.1	Abkürzungsverzeichnis	80
8.2	Literaturverzeichnis	82
8.3	Abbildungsverzeichnis	89
8.4	Tabellenverzeichnis	89
<b>9.</b>	<b>Anhang</b>	<b>90</b>
9.1	Interview mit Herrn Prof. Dr. Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen	90
9.2	Binäre Tabelle der Abgeordneten im Ausschusswesen der Gesetzgebungsperiode XXI	99
9.3	Gegenüberstellung Cluster – Partei – Erfolgsmetrik	106
<b>10.</b>	<b>Lebenslauf</b>	<b>113</b>

## **Abstract**

Die vorliegende quantitative, empirische Arbeit untersuchte das Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates in der XXI. Gesetzgebungsperiode. Aufbauend auf dem Kontext, in welchem eine historische Betrachtung des Parlamentarismus in Österreich, eine detaillierte Beschreibung des österreichischen Nationalrats hinsichtlich seiner Strukturen sowie eine Darstellung der XXI. Gesetzgebungsperiode gegeben wurde, ist eine Netzwerkanalyse des Ausschusswesens aller ständigen Ausschüsse durchgeführt worden. Dazu wurde ein Gesamtnetzwerk, basierend auf den Ausschussmitgliedschaften der Mandatäre, erstellt und dieses in Cluster eingeteilt. Anschließend wurde der Frage nachgegangen, ob die strukturelle Einbettung der Akteure bzw. der Abgeordneten die parlamentarische Arbeit beeinflusst. Dazu wurde anhand der Netzwerktheorie von Ronald S. Burt und dessen Ausführungen zu strukturellen Löchern, welche eng mit dem Begriff des Sozialkapitals verknüpft sind, der Versuch unternommen, diesen Einfluss zu messen. Hierzu wurde eine zweistufige Erfolgsskala erstellt, welche Gesetzes- sowie Entschließungsanträge der XXI. Gesetzgebungsperiode der Abgeordneten zur Grundlage hat, und mit netzwerktheoretischen Faktoren, im Sinne von Burt, korreliert. Abschließend fand eine Analyse bzw. Diskussion der Ergebnisse statt. Hierbei wurde deutlich, dass keine strukturellen Einflussfaktoren nach Ronald S. Burt auf das parlamentarische Instrument von Anträgen vorliegen. Die Zugehörigkeit zu einer Partei bzw. in weiterer Folge zu Regierung oder Opposition stellte sich als größter Einflussfaktor heraus.

# 1. Einleitung

## 1.1 Ziele der Arbeit

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur praktischen Anwendung einer quantitativen Netzwerkanalyse am Beispiel des Ausschusswesens des österreichischen Nationalrates liefern. Dabei ist es wichtig hervorzuheben, dass diese Arbeit eine IST-Analyse des Ausschusswesens unter Zuhilfenahme der Netzwerkanalyse zum Ergebnis haben soll und demnach keine Konstruktion eines SOLL-Netzwerkes stattfinden wird. Auf der Basis empirischer Daten, welche aus dem Archiv des österreichischen Nationalrates<sup>1</sup> entnommen werden, wird ein Netzwerk generiert, anhand welchem es möglich ist, Strukturen sowie die darin sich befindenden Akteure<sup>2</sup> genauer zu betrachten. Um die Struktur sowie die strukturell eingebetteten Akteure in Verbindung setzen zu können soll in dieser Arbeit die Netzwerktheorie von Ronald S. Burt (1992) zur Anwendung kommen. Dessen netzwerktheoretische Überlegungen sind eng mit dem Konzept des Sozialkapitals verbunden, welches daher ebenso in der vorliegenden Arbeit umfassend berücksichtigt werden soll.

Durch die hier skizzierte Verknüpfung von Theorie und Methode wird eine umfassende Interpretation der erhobenen Netzwerkdaten erreicht. Dabei soll jedoch nicht nur die Netzwerkstruktur bzw. die Beziehung zwischen den einzelnen Akteuren dargestellt werden, sondern ebenso Aussagen über die Eigenschaften und Charakteristika der Akteure getroffen werden können. Jene Eigenschaften ergeben sich wiederum, nach der Theorie von Ronald S. Burt (1992), aufgrund der Netzwerkstruktur bzw. in weiterem Sinne durch das daraus abgeleitete Sozialkapital. „Soziales Kapital [...] ist abhängig von den direkten und indirekten Beziehungen, die ein Akteur zu anderen Akteuren in einem Netzwerk unterhält“ (Jansen 2006: 27). Schlussendlich soll die vorliegende Arbeit

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu im Detail das Kapitel 5.1.1 „Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten“ in dieser Arbeit.

<sup>2</sup> Gleich zu Beginn der Arbeit sei auf den Umstand hingewiesen, dass in dieser Arbeit keine explizite geschlechterneutrale Schreibweise zu Anwendung kam. Die hier verwendete männliche Form schließt selbstverständlich die weibliche Form mit ein.

einen möglichen Zusammenhang zwischen Struktur und der Handlung der Akteure aufzeigen.

### **1.2 Eingrenzung des Forschungsfeldes**

Jede wissenschaftliche Arbeit beginnt in einem ersten Schritt mit der Eingrenzung des zu untersuchenden Forschungsfeldes. Bei der Anwendung eines netzwerkanalytischen Ansatzes stellt sich unmittelbar die Frage nach der Grenze des Netzwerkes. In der vorliegenden Arbeit wird ein Gesamtnetzwerk der Ausschussmitgliedschaften aller Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat erstellt. Dabei bezieht sich die Erhebung der Daten, respektive der Ausschussmitgliedschaften, auf den Zeitraum der XXI. Gesetzgebungsperiode des österreichischen Nationalrates. Diese begann am 29. Oktober 1999 und endete am 19. Dezember 2002. Die Auswahl dieser Legislaturperiode wurde aufgrund der Tatsache getroffen, dass diese Arbeit ursprünglich ebenso die folgenden Gesetzgebungsperioden XXII., XXIII., und XXIV. beinhalten sollte, um einen Vergleich derselben zu ermöglichen.<sup>3</sup> Aus Gründen des Arbeitsumfangs, und um eine detaillierte Auswertung im Rahmen der hier vorliegenden Arbeit gewährleisten zu können, wurde jedoch schnell deutlich, dass eine Fokussierung auf eine Gesetzgebungsperiode sinnvoll erscheint. Aus diesem Grund wurde die erste erhobene Gesetzgebungsperiode, respektive die XXI., gewählt um Folgestudien zu der hier vorliegenden Arbeit zu ermöglichen. Die zeitliche Abgrenzung wurde hierdurch erreicht. Inhaltlich bezieht sich die hier durchgeführte Untersuchung auf das Ausschusswesen des Nationalrates. Das heißt, dass die Zweite Kammer des österreichischen Parlaments, der Bundesrat, nicht berücksichtigt wurde. Ferner wurden nur alle ständigen Ausschüsse bzw. deren Mitglieder berücksichtigt. Unterausschüsse wurden demnach aus Gründen des Arbeitsumfangs nicht untersucht. Ausschüsse dienen der Vorberatung von Verhandlungsgegenständen im österreichischen Parlament und nehmen eine zentrale Rolle im Gesetzgebungsprozess ein. Somit wurden hier die nächsten Grenzen der Untersuchung gezogen. Schlussendlich muss an dieser Stelle

---

<sup>3</sup> Hierfür wurden ebenso die Ausschussmitgliedschaften der einzelnen Akteure in den Gesetzgebungsperioden XXII., XXIII., und XXIV. erfasst. Eine Auswertung dieser Ergebnisse kann nur in Folgestudien geleistet werden bzw. würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit um ein vielfaches übersteigen.

ebenso darauf hingewiesen werden, dass auch im Bezug auf den theoretischen Zugang eine klare Abgrenzung stattgefunden hat. Die theoretische Grundlage bildet das Konzept des Sozialkapitals, welches nach den netzwerktheoretischen Überlegungen von Ronald S. Burt (1992) angewandt wird. Die Interpretation von Netzwerkstrukturen nach Burt und deren Wirkung auf die darin eingebetteten Akteure wird hier ausschließlich aufgrund seines Werkes „Structural Holes. The Structure of Competition“ (Burt 1992) getätigt. Die von Burt entwickelte strukturelle Handlungstheorie (vgl. Burt 1982) wurde in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, da diese eher qualitative Forschungsmethoden bedingt. Die hier vorliegende Arbeit hat jedoch einen klar quantitativen, netzwerktheoretischen Forschungszugang.

### 1.3 Forschungsfrage/Hypothesen

Die empirischen Arbeiten zum österreichischen Nationalrat sind sehr überschaubar. Hier sind an dieser Stelle die Aufzeichnungen von Erika Pfeifhofer (2002) sowie die Studie von Müller et al. (2001) anzumerken. Diese zwei umfassenden Werke dienen als Basisliteratur für die hier vorliegende Arbeit. Jedoch beziehen sich die genannten Werke hauptsächlich auf die Akteure bzw. die Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat. Eine netzwerktheoretische Sichtweise wird darin nicht eingenommen. Insofern stellt die hier vorliegende Arbeit einen ersten Versuch dar, eine Netzwerkstruktur des österreichischen Nationalrates durch einen quantitativen Forschungszugang zu generieren und im Anschluss daran zu analysieren. Die Frage, die dieser vorliegenden Untersuchung zu Grunde liegt und gleichzeitig auch das Forschungsinteresse begründet, lautet, ob soziale Netzwerke<sup>4</sup> eine Wirkung auf das Handeln der Akteure im österreichischen Nationalrat haben. Dabei wird, wie schon eingangs in der Arbeit erwähnt, auf die Netzwerktheorie von Ronald S. Burt (1992) zurückgegriffen. Genauer gefasst ergibt sich daraus folgende Forschungsfrage:

---

<sup>4</sup> Ein soziales Netzwerk ist ein „Beziehungsgeflecht zwischen mehreren Akteuren, das sich durch einen bestimmten Kontext, ein Ziel, sowie die Ähnlichkeiten der in ihnen zusammengefassten Beziehungen auszeichnet“ (Riemer 2005: 84).



*Hat die soziale Struktur<sup>5</sup> des Ausschusswesens des österreichischen Nationalrates, welche sich aus der Zusammenarbeit in den Ausschüssen ergibt, einen Einfluss auf das parlamentarische Instrument der selbständigen Anträge von Abgeordneten?*

Die Zusammenarbeit in den Ausschüssen liegt in der hier vorliegenden Arbeit dann vor, wenn sich zwei Akteure in der XXI. Gesetzgebungsperiode aufgrund ihrer Mitgliedschaft im selben Ausschuss befunden haben. Das Stellen von selbstständigen Anträgen, genauer von selbstständigen Entschließungs- sowie Gesetzesanträgen<sup>6</sup> wird in dieser Untersuchung mit einem Erfolg für die Parlamentarier gleichgesetzt. Dieser Erfolg wird durch eine zweistufige Erfolgsmetrik operationalisiert.<sup>7</sup>

Ausgehend von dieser Forschungsfrage benötigt es nun eine Möglichkeit die soziale Struktur analysieren zu können. Hierbei kommt das Instrument der Netzwerkanalyse zum Einsatz. Dadurch wird in einem ersten Schritt ein Gesamtnetzwerk, basierend auf den Ausschussmitgliedschaften von Abgeordneten in der XXI. Gesetzgebungsperiode, erstellt und anhand der netzwerktheoretischen Ausführungen von Burt (1992) analysiert. An dieser Stelle soll kurz die Kernaussage Burts erfolgen<sup>8</sup>: Ausschlaggebend ist für den Autor die Positionierung in einem Netzwerk. Burt (1992) geht davon aus, dass Personen, welche zwei Akteure miteinander verbinden die sonst keine gemeinsame Verbindung vorweisen können, so genannte „structural holes“ überbrücken. Diese Makler- oder auch Brokerposition in einem Netzwerk bringt strategische Vorteile bezogen auf den Informationsprozess und eröffnet zudem neue Handlungsmöglichkeiten für den Makler. Nachdem er die einzige Verbindung zwischen zwei Akteuren darstellt, kann er diese z.B. gegeneinander ausspielen. Diese Handlungsmöglichkeiten bzw. die ihnen zugrundeliegende strukturelle Einbettung sowie Positionierung eines Akteurs fasst der Begriff des Sozialkapitals nach Burts (1992) Auffassung.

---

<sup>5</sup> Die soziale Struktur „besteht aus sozialen Beziehungen und Netzwerken zwischen Akteuren“ (Riemer 2005: 82).

<sup>6</sup> Siehe hierzu im Detail das Kapitel 2.3.5 „Der selbstständige Antrag“ in dieser Arbeit.

<sup>7</sup> Siehe hierzu im Detail das Kapitel 5.1.2 „Erfolgsmerkmale der Abgeordneten“ in dieser Arbeit.

<sup>8</sup> Siehe hierzu im Detail das Kapitel 4.1.2 „Ronald Burts structural holes“ in dieser Arbeit

Diese Positionierung bzw. im weiteren Sinne das Sozialkapital kann nun auf verschiedenen Ebenen untersucht werden. Die Mikroebene erfasst die Perspektive eines einzelnen Akteures. Die Mesoebene operiert auf der Ebene von Gruppen bzw. Clustern, welche dann ebenso als Akteure angesehen werden können. Um beide Ebenen in die Untersuchung mit einzubeziehen, wird das dargestellte Gesamtnetzwerk der Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten in der XXI. Gesetzgebungsperiode in kleinere Gruppen, so genannte Cluster<sup>9</sup>, unterteilt.

Basierend auf der zuvor genannten Forschungsfrage sowie deren Erläuterung können nun folgende Hypothesen aufgestellt werden:

Hypothese 1 wird aus der Perspektive des Akteurs aufgestellt und betrifft daher die Mikro- bzw. Akteursebene:

*Je mehr „Brokerpositionen“ nach Burt ein Akteur einnimmt, desto erfolgreicher ist dieser bezogen auf das parlamentarische Instrument von selbstständigen Anträgen.*

Hypothese 2 wird ebenso aus Perspektive des Akteurs gestellt, bezieht sich jedoch auf die Mesoebene bzw. Clusterebene:

*Je mehr Verbindungen ein Akteur in andere Cluster unterhält, und dementsprechend ebenso nach Burt eine Maklerposition durch die Verbindung von Akteuren (Clustern) einnimmt, desto erfolgreicher ist dieser*

Die Hypothesen 1 und 2 beziehen sich demnach auf die strukturelle Einbettung von Akteuren in dem hier generierten Gesamtnetzwerk. Nach dem sich in den Studien von Pfeifhofer (2002) und Müller et al. (2001) ein wesentlicher Unterschied Regierungspartien und Oppositionsparteien gezeigt hat, wird dies in der nächsten Hypothese ebenso in die hier vorliegende Untersuchung mit einbezogen.

---

<sup>9</sup> Hierzu siehe im Detail die Ausführungen in Kapitel 5.2.1 „Clusteranalyse“ in dieser Arbeit.

## Einleitung

---

Schlussendlich wird also, da das österreichische politische System auch als Parteienstaat<sup>10</sup> charakterisiert werden kann (vgl. Schmidt 2000: 378), die Parteizugehörigkeit in die Untersuchung inkludiert. Hypothese 3 berücksichtigt daher die Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten und lautet wie folgt:

*Die Regierungspartei ist erfolgreicher als die Oppositionspartei bezogen auf das parlamentarische Instrument von selbstständigen Anträgen von Abgeordneten.*

---

<sup>10</sup> Der Begriff Parteienstaat fasst folgenden Umstand: „Hierdurch verliere das Parlament den Charakter einer Institution der autonomen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Es werde zu einer Stätte, an der sich durch imperatives Mandat gebundene Parteibeauftragte treffen, um anderweitig (in Ausschüssen oder Parteikonferenzen) bereits Entschiedenes zu ratifizieren“ (Leibholz 1958; hier zitiert nach Schmidt 2000: 376-377)

## 2. Kontext

Dieses Kapitel dient dazu, den relevanten Kontext für die vorliegende Arbeit zu erbringen. Dazu werden zu Beginn der Parlamentarismus und dessen Herausbildung in Österreich beschrieben. Im Anschluss daran erfolgt die Fokussierung auf den österreichischen Nationalrat und dessen Strukturen. Alsdann erfolgen spezifische Ausführungen zur XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich. Die interne Betrachtung von Ausschüssen durch Abgeordnete sowie Erörterungen zum selbstständigen Antrag von Abgeordneten stellen die letzten Punkte in der Beschreibung des Kontextes dar. Dadurch soll ein grundlegendes Verständnis über das Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates ermöglicht werden, welches im Zentrum dieser Untersuchung steht.

### 2.1 Begriffsdefinition: Parlamentarismus

Einer Betrachtung der Geschichte des Österreichischen Parlaments soll zu Beginn die Definition des Begriffs Parlamentarismus folgen, da das politische System in Österreich durch die Merkmale des Parlamentarismus charakterisiert werden kann. Hans Kelsen, einer der bedeutendsten Rechtswissenschaften des 20. Jahrhunderts, nimmt folgende Begriffsbestimmung vor: „Es ist die Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein vom Volke auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, also demokratisch, gewähltes Kollegialorgan nach dem Mehrheitsprinzip“ (Kelsen 1929: 28). Die somit erwähnte Mehrheitsregel, die Fiktion der Repräsentation<sup>11</sup> sowie das Konzept des Parteienstaates legitimieren den Parlamentarismus gegenüber dem Volk bzw. dem Souverän (vgl. Ucakar 2006: 124; Schefbeck 2006: 139).

---

<sup>11</sup> Zum Begriff Repräsentationsfiktion siehe Kelsen 1929: 30: Mit der Fiktion der Repräsentation bezeichnet Kelsen den Gedanken der Menschen, dass das Parlament ausschließlich Stellvertreter des Volkes sei sowie der Willen desgleichen nur durch das Parlament kundgetan werden kann. Allerdings sei es nicht möglich, den Abgeordneten des Parlaments als Wähler bindende Vorschriften zu machen. Das Parlament ist faktisch vom Volk rechtlich unabhängig.

Einen sehr eng gefassten, die gestaltende Komponente betonenden Parlamentarismus-Begriff, liefert das kleine Lexikon der Politik:

„Parlamentarismus bezeichnet eine der Grundform repräsentativer Demokratie, die sich durch die Zuordnung der Institutionen Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt (Monarch oder Präsident) unterscheiden. Im Parlamentarismus ist es das Parlament, das – heute in allgemeinen Wahlen gewählt – die Regierung bestellt, kontrolliert und die Gesetzgebung ausübt“ (Nohlen/Grotz 2011: 419).

Im Prinzip ergibt sich der Parlamentarismus aus der Lehre der Gewaltenteilung innerhalb eines Staates, welche in der Verfassung festgehalten wird. Die jeweilige Verfassung eines Staates regelt die funktionale Trennung der Staatsgewalten und installiert in diesem Sinne drei Institutionen: Parlament, Regierung und Justiz. Die Gegebenheit eines Parlaments führt zum Terminus Parlamentarismus. Der gewaltenteilende Parlamentarismus geht in seinem ideengeschichtlichen Ursprung auf John Locke und Charles de Montesquieu zurück<sup>12</sup>.

Im nächsten Abschnitt wird nun das Österreichische Parlament bzw. der österreichische Parlamentarismus ins Zentrum der Recherche gerückt. Diese Institution, welche umgangssprachlich auch als „Hohes Haus“ bezeichnet wird, hat in erster Linie die Funktion den Volkswillen zu repräsentieren. Insofern kann von einer faktischen Volksherrschaft über sich selbst gesprochen werden. Darüber hinaus erfüllt das Parlament spezifische Aufgaben, wie etwa die Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion, auf welche in den folgenden Kapiteln näher ausgeführt werden. „Heutige Sichtweisen ergeben sich als Konsequenz der historischen und sozio-kulturellen Ereignisse in der Vergangenheit einer Gesellschaft“ (Pfeifhofer 2002: 112). In diesem Sinne beginnt die zuvor angesprochene Fokussierung im nächsten Kapitel mit der historischen Aufarbeitung.

---

<sup>12</sup> An dieser Stelle sei auf die Ausführungen von Erika Pfeifhofer (2002) S. 109-112 verwiesen.

## 2.2 Parlamentarismus und Parlament

### 2.2.1 Historie

„Der österreichische Parlamentarismus ist zu keiner Zeit Ergebnis gesellschaftsübergreifender Massenbewegung von „unten“ mit einer selbstverständlichen Verankerung im öffentlich-politischen Bewusstsein. Die Parlamentarismusformen beider Republiken sind ein gemeinsames Werk von ÖVP und SPÖ“ (Pfeifhofer 2002: 157).

Nach dem Ende der Monarchie in Österreich im Jahr 1918, der formellen Ausrufung der Republik am 12. November desselben Jahres sowie der Wahl der Provisorischen Nationalversammlung, bestehend aus Abgeordneten der deutschsprachigen Reichsratswahlbezirke, verabschiedete die am 16. Februar 1919 gewählte Konstituierende Nationalversammlung am 01. Oktober 1920 das Bundes-Verfassungsgesetz, „womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird“ (Neisser et al. 2005: 18). Geprägt durch die Erfahrungen aus der Monarchie, in welcher oftmals der Herrscher durch das Instrument der (Not-)Verordnung das Parlament umging<sup>13</sup>, wurde die gesamte Ausübung von staatlicher Verwaltung durch Artikel 18, Absatz 1 B-VG an Gesetze gebunden<sup>14</sup>. Diesen Umstand fasst der Begriff des Legalitätsprinzips. „Der Übergang zur Volkssouveränität und die Ablösung der letzten Reste der monarchischen Legitimität, auch in der Verfassungsstruktur des bürgerlichen Staates“ (Ucakar 2006: 124) schritt voran. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung, welche neben dem Amt des Bundespräsidenten eines der höchsten Organe der österreichischen Bundesverwaltung darstellt, durch die Verabschiedung des Artikel 74, Absatz 1 B-VG dem Nationalrat gegenüber verantwortlich gemacht: „Versagt der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch ausdrückliche

---

<sup>13</sup> Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger sprechen in diesem Zusammenhang von einer de facto „kaiserlichen“ und nicht parlamentarischen Regierung“ (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 19)

<sup>14</sup> vgl. <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR4004574>

Entschließung das Vertrauen, so ist die Bundesregierung oder der betreffende Bundesminister des Amtes zu entheben.“<sup>15</sup>

Im Jahr 1929 kam es nach schweren innerstaatlichen Unruhen (15. Juli 1927 Brand des Justizpalastes) zur Überarbeitung der 1920 beschlossenen Verfassung. Ein neuerlicher Kompromiss zwischen den vorherrschenden politischen Kräften, einerseits den Christlichsozialen sowie andererseits die Sozialdemokraten, brachte der noch jungen Republik die Bundesverfassungsgesetz Novelle 1929. Zentraler Punkt der Reform war die Stärkung der Position des Bundespräsidenten bzw. des Staatsoberhauptes der Republik, welche von den Christlichsozialen gefordert wurde. Dieser wurde nun mit gestaltenden Kompetenzen ausgestattet. Der Bundespräsident sollte ab diesem Zeitpunkt nicht nur direkt vom Volk gewählt werden sondern bekam ebenso die Verantwortung übertragen, die Bundesregierung zu ernennen bzw. gegebenenfalls auch zu entlassen. Weiters bekam er das Recht zugesprochen, den Nationalrat<sup>16</sup> auflösen zu können. Allerdings wurden ebenso die Forderungen der Sozialdemokraten berücksichtigt. Die politische Verantwortlichkeit der Bundesregierung gegenüber dem Nationalrat bestand weiter. So war es durch einen einfachen Mehrheitsbeschluss im Nationalrat möglich, der Bundesregierung einen Misstrauensantrag auszustellen bzw. diese in weiterer Folge zu stürzen.

Die Ergänzungen durch das B-VG Novelle 1929 kennzeichnen die heutige Bundesverfassung wie folgt: Erstens entsteht durch die politische Verantwortlichkeit der Bundesregierung gegenüber dem Nationalrat eine faktisch erzwungene politische Einheit der zwei Institutionen. Zweitens wird durch die Direktwahl des Bundespräsidenten der parlamentarische Charakter der Verfassung ergänzt. Des Weiteren charakterisieren die österreichische Verfassung ein zentralistischer Bundesstaat, in welchem der Bund gegenüber den Ländern mehr Rechte genießt sowie ein unechtes Zweikammersystem, worin es zu einem deutlichen Kompetenzenüberschuss des Nationalrates gegenüber dem Bundesrat kommt (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 25).

---

<sup>15</sup> <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40045794>

<sup>16</sup> Siehe hierzu das Kapitel 2.3 „Der Nationalrat“ in dieser Arbeit.

„Diese Reformschritte konnten die weitere Aushöhlung des parlamentarischen Systems jedoch nicht verhindern. Die Kritik am Parlamentarismus und an der Verfassung verstärkte sich“ (Neisser et al. 2005: 21). Das innenpolitische Klima in Österreich wurde zusehend immer feindseliger, es konnte kein Basiskonsens über die parlamentarische Ordnung erzielt werden. Die zwei großen politischen Lager, die Christlichsozialen sowie die Sozialdemokraten begannen, ihre Wehrverbände (Heimwehren und Republikanischer Schutzbund) aufzurüsten. „Sowohl Heimwehr als auch Schutzbund trugen nach dem Justizpalastbrand erheblich zu einer Militarisierung der politischen Lager und des politischen Klimas bei (Neisser et al. 2005: 22). Die Gräben zwischen den zwei ideologisch geprägten Bewegungen wurden somit immer größer. Ernst Hanisch (2005: 291) fasst diese Situation treffend zusammen:

„Während die rechten Verbände aggressiv gegen das republikanisch-demokratische politische System loszogen, im Zuge der faschistischen Bewegung Europas das Ziel einer autoritär-ständischen Umformung anpeilten, agierten der Republikanische Schutzbund defensiv, in Verteidigung der Errungenschaften der Revolution von 1918.“

Im März 1933 kam es darauffolgend zur so genannten parlamentarischen Geschäftsordnungskrise, bei welcher alle drei Nationalratspräsidenten zurück traten. Dies nahm die Christlichsoziale Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zum Anlass um zu erklären, der Nationalrat habe sich selbst ausgeschaltet. Als Folge dessen bzw. gestützt auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917 nutzte Dollfuß die Gunst der Stunde um seine Politik ohne Parlament gestalten zu können. Das Dollfuß Regime regierte autoritär, die demokratische Verfassung sowie das Parlament wurden ersetzt. „Der autoritäre Ständestaat unterdrückte jede Opposition und die politischen Grundfreiheiten“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 27). Der austrofaschistische Ständestaat erhielt die so genannte Maiverfassung 1934, welche jedoch nur mehr einen Scheinparlamentarismus<sup>17</sup> mit sich brachte (vgl. Scheffbeck 2006: 140;

---

<sup>17</sup> „Insbesondere sollten innerhalb der Stände (Berufsgruppen) Wahlen für eine demokratische Legitimation sorgen. Wegen der geringen Stabilität des Regimes wurde diese offizielle Intention des Ständestaates aber nicht verwirklicht“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 28).



Pelinka/Rosenberger 2003: 26). Die neue Verfassung trat am 1. Mai 1934 in Kraft und wurde durch den Anschluss Österreichs an Deutschland im Jahr 1938 aufgehoben.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft in Österreich bzw. der Kapitulation des NS-Regimes im Jahr 1945 hieß die neue Losung „Restauration der Institutionen der Demokratie der Ersten Republik“ (Hanisch 2005: 396). Dies machte sich auf zwei Ebenen bemerkbar. Erstens übernahm die nunmehr Zweite Republik die Verfassung der Ersten aus dem Jahr 1929. Zweitens wurden ebenso die Parteien bzw. das Parteiensystem aus der Ersten Republik wiederbelebt. Das österreichische parlamentarische System besteht seit dem 19.12.1945 ohne Unterbrechung.

Günther Schefbeck (2006: 140) unterteilt ab diesem Zeitpunkt die Entwicklung des parlamentarischen Systems in drei Phasen ein. Die erste Phase bis ins Jahr 1966 ist geprägt von Konzentrationsregierung zu Beginn und der großen Koalition bestehend aus den Sozialdemokraten, nunmehr SPÖ, sowie den Christlichsozialen, nunmehr ÖVP. Der Spielraum des Parlaments selbst wurde vor allem in der Zeit zwischen 1953 bis 1961 stark eingeschränkt. Grund dafür waren die Entscheidungsstrukturen der beiden Großparteien bzw. im speziellen der Koalitionsausschuss im Parlament. Auch die Herausbildung der Sozialpartnerschaft in Österreich trug dazu bei, dass politische Konflikte durch eine Konsenslösung weitgehend von der parlamentarischen Tribüne ferngehalten werden konnten (vgl. Schefbeck 2006: 142). Die zweite Phase, von 1966 bis 1983 kann als jene der Alleinregierungen angesehen werden. Die vorherrschende Konkordanzdemokratie<sup>18</sup> bzw. die konkordanten Entscheidungsmuster entwickelten sich in Richtung einer Konkurrenzdemokratie

„und die Wahlen zum Nationalrat, die bis dahin lediglich geringfügige Gewichtsverschiebungen innerhalb proporzdemokratischer koalitionärer Strukturen nach sich gezogen hatten, wurden zu politischen Richtungsentscheidungen“ (Schefbeck 2006: 142).

---

<sup>18</sup> Unter Konkordanzdemokratie wird im Gegensatz zur Konkurrenzdemokratie ein politisches System verstanden, welches Konflikte durch Verhandlungen Kompromisse und Proporz löst (vgl. Nohlen/Grotz 2011: 325). Zur genaueren Analyse der Konkordanzdemokratie wird an dieser Stelle auf die Studie von Arend Lijphart (1984) verwiesen.

Diese neuen Konkurrenzmuster waren jedoch auf den Parlamentarismus beschränkt, durch die zuvor genannte Sozialpartnerschaft handelten vor allem wirtschaftliche Verbände nach dem Muster der Konkordanz (vgl. Naßmacher 2004: 120-121). Die neue Situation, also das Aufbrechen der großkoalitionären Strukturen, schlug sich in einem Anstieg von verabschiedeten Gesetzen nieder. Dies wurde durch eine absolute Mandatsmehrheit zu Beginn der ÖVP, im Anschluss von 1970 bis 1983 der SPÖ, möglich. Allerdings wurde ebenso im Umkehrschluss, durch das ab 1966 Entstehen einer mandatsstarken Opposition, die parlamentarischen Kontrollinstrumente sowie die Tribünenfunktion aufgewertet. In der dritten und letzten Phase, welche Scheffbeck seit dem Jahr 1983 ansetzt und als westeuropäischen „Normalzustand eines auf dem Verhältniswahlssystem basierenden parlamentarischen Regierungssystem“ (Scheffbeck 2006: 143) beschreibt, herrschen wechselnde Koalitionsregierungen vor. In dieser Periode kam es zu einer Beschleunigung der Entscheidungsprozesse im Parlament, Regierungsvorlagen ermöglichten einen raschen Gesetzesbeschluss. Fraktionsführer der Parlamentsklubs sowie der Klubsekretäre erfuhren eine Aufwertung ihrer Posten, da sie in den Fachausschüssen die Verhandlungen zu führen hatten.

„Parlamentarische Unterausschüsse verloren hingegen an Bedeutung, da die von ihnen praktizierte Verfahrensweise breit angelegter, paragraphenweiser Durchberatung der Gesetzesvorschläge mit dem Ziel einer Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses kaum vereinbar war (Scheffbeck 2006: 143).

Auf der anderen Seite ist jedoch festzuhalten, dass die Opposition an Einflussmöglichkeiten des Gesetzgebungsprozesses<sup>19</sup> verlor. Dies spiegelt sich vor allem im Anteil von einstimmig gefassten Gesetzesbeschlüssen wieder. Waren es in der XVI. Legislaturperiode (1983 bis 1986) noch 79% bei welchen die Opposition ebenso ihre Zustimmung gab, so fiel dieser Wert darauffolgend rapide ab, sodass in der XX. Legislaturperiode (1996 bis 1999) lediglich 25,7% der Gesetze einstimmig beschlossen wurden. Jedoch muss an dieser Stelle ebenso der Umstand angeführt werden, dass diese Veränderung auch auf die Erhöhungen der Fraktionen im Parlament

---

<sup>19</sup> Zum parlamentarischen Gesetzgebungsprozess in Österreich sei auf Pelinka/Rosenberger 2003: 120 verwiesen.

zurückzuführen ist (vgl. Schebeck 2006: 142, 143). Dieses angesprochene Viertel markiert jedoch einen Tiefpunkt. Schon in der XXI. Gesetzgebungsperiode stieg der Wert wieder auf rund 42% (vgl. Schebeck 2006: 153) sowie darauffolgend in der XXII. Gesetzgebungsperiode auf rund 51 % (vgl. Bilanz der XXII. Gesetzgebungsperiode: 12). Dieser Anstieg ist auf die höhere Kompromissbereitschaft der SPÖ in der Opposition zurückzuführen.

Nach der historischen Betrachtung bzw. der Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich folgt nun die Fokussierung auf die Institution des Parlaments selbst. Im Anschluss wird nun dessen Funktion und Struktur näher betrachtet.

### **2.2.2 Funktion**

In erster Linie kommen dem Parlament<sup>20</sup> die Funktionen der Gesetzgebung sowie jene der Kontrolle zu. Erstere ist als Hauptaufgabe der Regierung anzusehen, zweite wird im Parlament selbst grundsätzlich von der Opposition ausgeübt. Kontrolle kann weiterhin in folgende Arten unterschieden werden: Erstens die politische Kontrolle, welche im Ursprung vom Volk ausgeht, die Funktion selbst aber vom Parlament übernommen wird. Als Instrumente der politischen Kontrolle kann z.B. das Interpellationsrecht angesehen werden, welches es den einzelnen Abgeordneten erlaubt, schriftliche sowie dringliche Anfragen oder auch Fragestunden zu stellen bzw. abzuhalten<sup>21</sup>. Zweitens wird durch die Möglichkeit einer Prüfung der besonderen Akte der Gebarung durch den Rechnungshof den Parlamentariern ein Instrument zur

---

<sup>20</sup> Das österreichische Parlament besteht aus Bundesrat und Nationalrat. Siehe hierzu auch das folgende Kapitel 2.2.3 „Organstruktur“ in dieser Arbeit. Der Bundesrat bzw. die zweite Kammer des Parlaments ist gemeinsam mit dem Nationalrat bzw. der ersten Kammer zuständig für die Gesetzgebung. Er ist das Vertretungsorgan der Bundesländer auf Bundesebene und vertritt deren Interessen. Seine Mitglieder werden von den Landtagen, im Kräfteverhältnis der zuvor gegangenen Landtagswahl, gewählt. Nachdem diese Arbeit auf das Ausschusswesen des Nationalrates fokussiert ist, findet der Bundesrat im Folgenden keine ganzheitliche Betrachtung.

<sup>21</sup> Ebenso sind an dieser Stelle das Resolutionsrecht, das Enquete-Recht, das Informationsrecht, das Zitationsrecht, das Petitionsrecht sowie die Überprüfung von Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zu nennen. Für genauere Informationen wird auf die Homepage des Institutes für Parlamentarismus und Demokratiefragen verwiesen ([www.parlamentarismus.at](http://www.parlamentarismus.at)).

finanziellen Kontrolle zur Verfügung gestellt. Die verbleibende Ministeranklage sowie die Anfechtung von Gesetzen beim Verfassungsgerichtshof sind abseits von politischer und finanzieller Kontrolle zu nennen.

Neben Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion des Parlaments nennt Schefbeck (2006: 150-163) ebenfalls die Mitwirkungsfunktion, die Kurations- und Rekrutierungsfunktion sowie die Tribünenfunktion.

Der Nationalrat ist dem Bundesrat an Kompetenzen überlegen<sup>22</sup>. Dies schlägt sich auf die direkte Bedeutung einer Mitgliedschaft in einem der beiden Organe nieder:

„Während die Mitgliedschaft im Nationalrat unmittelbar Zugehörigkeit zur funktionalen politischen Elite vermittelt, wird jene im Bundesrat unter karrieresozilogischen Gesichtspunkten oft als politisches Training [...], als Begleitfunktion beispielsweise zu einer Funktion in der Kommunalpolitik oder als Vermittlung von Immunitätsschutz in Verbindung mit einer Funktion in einer Landesparteiorganisation verstanden“ (Schefbeck 2006: 160).

### 2.2.3 Organstruktur

Wie schon in der Beschreibung der Historie erwähnt, ist das österreichische Parlament in zwei Kammern unterteilt – Bundesrat und Nationalrat. Die Bundesregierung ist dem Nationalrat gegenüber politisch verantwortlich, nicht jedoch dem Bundesrat. Nur ersterer kann der Bundesregierung das Misstrauen aussprechen. Der Nationalrat wird nach dem BV-G wie folgt kreiert:

„Der Nationalrat wird vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechtes der Männer und Frauen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt (Art. 26 Abs. 1 BV-G)<sup>23</sup>.

---

<sup>22</sup> Siehe hierzu das folgende Kapitel 2.2.3 „Organstruktur“ in dieser Arbeit.

<sup>23</sup> <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40087968>

Dem Bundesrat selbst fehlt die Kurationsfunktion. Dies bedeutet, dass seine Kontrollfunktion de facto nicht groß ins Gewicht fällt. Im Bezug auf die Gesetzgebungsfunktion genießt der Bundesrat nur ein suspensives Vetorecht. Ein somit möglicher Einspruch kann mittels einfacher Mehrheit des Nationalrates aufgehoben werden. Darüber hinaus nimmt der Bundesrat im Gesetzgebungsprozess auch nur eine sekundäre Position ein, da dieser grundsätzlich erst nach dem Nationalrat, mit einer Zustimmung oder dem zuvor genannten Veto, tätig wird. Schlussendlich ist ebenso die Tribünenfunktion des Bundesrates wesentlich schwächer, da die Debatte über einen Verhandlungsgegenstand jener des Nationalrates sehr ähnlich ist bzw. dieselben Argumente zum Einsatz kommen (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 110-111).

Eine zentrale Stellung im Nationalrat nimmt die Aufgabenteilung zwischen dem Plenum sowie den Ausschüssen ein. Der normale Arbeitsplan im Nationalrat sieht einen vierwöchigen Rhythmus vor, wobei nach einer zweiwöchigen Ausschussphase bzw. Periode, in welcher Ausschusssitzungen stattfinden, eine Woche für Plenarsitzungen eingeräumt ist. Hier wird offen debattiert und diskutiert. In der darauffolgenden vierten Woche finden keine parlamentarischen Sitzungen statt um den Abgeordneten die Möglichkeit zur Betreuung ihres Wahlkreises zu geben.

### **2.2.4 Infrastruktur**

Um den Abgeordneten zum österreichischen Parlament gewährleisten zu können, ihrer Arbeit bestmöglich nachzugehen gibt es drei Einrichtungen bzw. Möglichkeiten zur personellen wie auch finanziellen Unterstützung. An oberster Stelle steht die Parlamentsdirektion, welche vor allem mit administrativen Aufgaben betraut ist. Unter ihrer Leitung stehen rund 400 Beamte sowie Vertragsbedienstete. Die nächste Ebene stellen die Klubsekretariate dar. Jedem Parlamentsklub stehen im Parlament eigene Räume und Mitarbeiter zur Verfügung. Zu deren Aufgabengebiet zählen die Vorbereitung von parlamentarischen Aktivitäten sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel aus dem Bundesbudget.<sup>24</sup> Als kleinste „Unterstützungseinheit“ gibt es durch das Parlamentsmitarbeitergesetz 1992 für

---

<sup>24</sup> Siehe hierzu auch das Kapitel 2.3.2 „Fraktionen/Klubs“ in dieser Arbeit.

Abgeordnete die Möglichkeit, parlamentarische Mitarbeiter anstellen zu können. Auch hier werden die Kosten vom Budget übernommen. Als Kontrollorgan dient in diesem Fall der Präsident des Nationalrates (vgl. Neisser et al. 2005: 65-66).

### **2.3 Der Nationalrat**

Dieser Abschnitt befasst sich nun mit der „Heimat“ der politischen Elite bzw. der ersten Kammer in der österreichischen Bundesgesetzgebung. Inhaltlich wird im Folgenden nach der Struktur des Nationalrates vorgegangen. Nach einer Beschreibung der Mitglieder bzw. der Abgeordneten werden die Fraktionen bzw. Klubs im Nationalrat näher betrachtet. Daran anschließend und im Sinne der Forschungsfrage erfolgen Ausführungen über das Ausschusswesen des Nationalrates. Im Anschluss daran, und ebenfalls abzielend auf die Prüfung der Hypothesen, wird das parlamentarische Instrument des selbständigen Antrages von Abgeordneten erklärt.

#### **2.3.1 Die Abgeordneten zum Nationalrat**

Der Österreichische Nationalrat besteht aus 183 Mitglieder bzw. Abgeordneten, welche das so genannte Plenum bilden, dessen Sitzungen öffentlich sind. Bezogen auf das Stimmrecht sowie die Bezüge gibt es zwischen den 183 Parlamentariern keinen Unterschied. Jedoch bedeutet dies nicht, dass es unter den Abgeordneten keine Hierarchien vorhanden sind, „die das reale politische Gewicht der Abgeordneten und auch ihre parlamentarische Fähigkeit ungleich machen“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 112). Pelinka/Rosenberger (2002: 112-113) zur Folge kann die Elite der österreichischen politischen Szene wie folgt unterteilt werden: An oberster Stelle der Hierarchie befinden sich Spitzenpolitiker, also Mitglieder der Regierung, Klubobleute sowie die Präsidenten des Nationalrates. Berufsparlamentarier, wozu ebenso Klubobleute sowie Mandatare gezählt werden, welche hauptsächlich im Parlament (z.B. in den Ausschüssen) politisch tätig sind. Die nächste Gruppierung, jene der Verbändevertreter, fasst Personen, welche neben der parlamentarischen Tätigkeit noch weitere Positionen außerhalb des Nationalrats bekleiden (z.B. Anstellung beim ÖGB oder der Wirtschaftskammer). Schlussendlich nennen die Autoren als unterste Hierarchieposition die Hinterbänkler. Diese Kategorie ist auf jene Abgeordneten anzuwenden, welche in keine der zuvor genannten Gruppen einzuordnen sind. Ihre

Positionierung ist durch weniger Entfaltungs- sowie Gestaltungsmöglichkeiten gekennzeichnet. Die vorgestellte Kategorisierung ist ebenso beeinflusst durch die Zugehörigkeit der Abgeordneten zu einer Fraktion<sup>25</sup>. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung verfügen kleinere Parteien über relativ mehr Berufsparlamentarier, wohingegen große Fraktionen einen sowohl absolut wie auch relativ höheren Anteil an Hinterbänklern vorweisen können. Ebenso sind Verbändevertreter fast ausschließlich bei SPÖ und ÖVP vorzufinden, die auf eine lange Tradition der Verflechtung mit Verbänden zurückblicken können.

Die Gesamtzusammensetzung des Nationalrates entspricht, bezogen auf die Kategorien Geschlecht, Alter, Bildung und Religion nicht jener der Wählerschaft. Dem Nationalrat kann somit eine Abweichung von der idealtypischen Repräsentativität konstatiert werden.<sup>26</sup>

Die Ausübung des freien Mandats aller Abgeordneten, welches mit der Einberufung in den Nationalrat einhergeht, wird durch die Beeinflussung des Willens der Mandatäre stark eingeschränkt. Dazu zählt z.B. der Klubzwang, welcher vor allem im österreichischen Kontext stark ausgeprägt ist. Dieser ist für ein geschlossenes Auftreten bzw. ein einheitliches Abstimmungsverhalten verantwortlich. Der Handlungsrahmen eines Abgeordneten, welcher in den Gesetzgebungsprozess involviert ist wird nach Sickinger (2000:158) von zwei Determinanten beeinflusst. Erstens ist die Willensbildung durch etwaige Koalitionen geprägt. Auch wenn es keine offiziellen Vereinbarungen der koalierenden Parlamentsklubs gibt, so waren die Möglichkeiten, sich bei Verhandlungsgegenständen zu überstimmen, doch beschränkt worden. „Nicht mit dem Koalitionspartner abgestimmte Initiativanträge<sup>27</sup> [...] waren zwar möglich, durften aber nur dann weiterverfolgt werden, sofern die andere Partei dies

---

<sup>25</sup> Siehe hierzu das folgende Kapitel 2.3.2 „Fraktionen/Klubs“ in dieser Arbeit.

<sup>26</sup> Siehe hierzu ebenso das Kapitel 2.3.3 „Das Ausschusswesen“ in dieser Arbeit sowie Schefbeck 2006: 145.

<sup>27</sup> Initiativanträge sind Gesetzesanträge, die von mindestens fünf Abgeordneten unterschrieben im Plenum eingereicht werden können.

nicht zur „wichtigen Frage“ erklärte“ (Sickinger 2000: 159). Der zweite Aspekt beinhaltet die Parlamentsklubs, welche ebenso auf die Parlamentarier wirken.<sup>28</sup>

1979 berichtete Anton Pelinka (1979: 39-58) über die steigende Professionalisierung und „Verbeamtung“ der Abgeordneten zum Nationalrat. Pelinka konstatierte schon zum damaligen Zeitpunkt einen Rückgang der Repräsentativität. „Die Parlamentarier werden in ihrer Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung immer weniger ähnlich“ (Pelinka 1979: 40). Dieser Trend ist aus heutiger Sicht nur mehr zum Teil gegeben. Bezogen auf das Geschlecht, Alter sowie die Bildung ist die Aussage zu treffen, dass sich in diesen Punkten Wählerschaft und Nationalrat signifikant unterscheiden. Die schon von Pelinka angesprochene Professionalisierung des Parlaments ist hier deutlich, da, vor allem männliche, Berufspolitiker im Nationalrat zumeist eine längere Karriere hinter sich haben und diese durch höhere Bildung leichter möglich ist. Auch im Bezug auf die Religion ist die Zusammensetzung des Nationalrates nicht repräsentativ zur Bevölkerung. Rückläufig ist hingegen der Anteil an Beamten. Dies ist auf die Verschärfungen des Unvereinbarkeitsgesetzes zurückzuführen (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 113-115).

### **2.3.2 Fraktionen/Klubs**

Die Abgeordneten zum Nationalrat haben das Recht, sich zu Fraktionen oder auch Klubs zusammen zu schließen. Sie müssen laut Geschäftsordnung aus mindestens fünf Abgeordneten bestehen. Diese sind für die Besetzung der einzelnen Ausschüsse<sup>29</sup> zuständig sowie für die Zuweisung von Redezeit im Plenum. Die Parlamentsklubs bilden „seit jeher die zentralen Strukturen zur Vorbereitung der materiellen Entscheidungen des Parlaments“ und sind „geprägt durch ein hohes Maß an Klubdisziplin, das häufig als Klubzwang<sup>30</sup> gesehen und in einen Gegensatz zum verfassungsrechtlich verbürgten freien Mandat gebracht worden ist“ (Scheffbeck 2006: 148). Dadurch wird im Endeffekt eine Fraktionskohäsion erreicht. Damit ist „der

---

<sup>28</sup> Siehe hierzu das folgende Kapitel 2.3.2 „Fraktionen/Klubs“ in dieser Arbeit.

<sup>29</sup> Siehe hierzu ebenso das Kapitel 2.3.3 „Das Ausschusswesen“ in dieser Arbeit.

<sup>30</sup> Zum Klubzwang siehe ebenso Müller et al. 2001a: 233-244 sowie Pfeifhofer 2002: 250-273.



Zusammenhalt der parlamentarischen Klubs, das Ausmaß der Geschlossenheit des Auftretens einer Parlamentsfraktion“ (Müller et al. 2001a: 185) gemeint. Anders als z.B. in den USA kommt es somit nur in Ausnahmefällen (Regionalinteressen) zu einem abweichenden Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter. Dies hängt einerseits mit übereinstimmenden, in einer Partei vorherrschenden, politischen Grundannahmen zusammen, andererseits jedoch ebenso mit der Tatsache, dass im Nationalrat eine strikte Arbeitsteilung vorherrscht. Abgeordnete verlassen sich bzw. folgen überwiegend den Empfehlungen ihrer Kollegen in den diversen Ausschüssen, da die Anzahl der Verhandlungsgegenstände im Parlament sehr groß ist.

Außerdem obliegt den Klubs bzw. ihren Gremien die Bestellung der Ausschussmitglieder, wie im Folgenden in diesem Kapitel noch weiter ausgeführt wird. Dies ist ebenfalls als Druckmittel zu sehen. Bei nicht entsprechender Parteilinie kann ein Ausschluss aus dem Klub erreicht werden was in weiterer Folge auch zum Ausschluss aus den Ausschüssen führt.

Es ist also anzumerken, dass die Klubs wesentlich die Willensbildung der Abgeordneten beeinflussen. Zwar sind laut Geschäftsordnung alle Parlamentarier im Plenum als gleichrangig anzusehen, de facto sind diese jedoch von ihrem Klub abhängig. Sickinger (2000: 160) konstatiert ihnen eine politische Handlungsfähigkeit nur über die diverse Fraktion.

An der Spitze eines jeden Klubs wird per Wahl eine Klubobfrau bzw. ein Klubobmann gestellt, welche zusammen mit den drei Präsidenten des Nationalrates die so genannte Präsidialkonferenz bilden. Diese kann als „Lenkungsorgan [...], das die Arbeitspläne des Plenums und der Ausschüsse koordiniert“ (Scheffbeck 2006: 148) angesehen werden. Ebenso ist sie „ein zentrales Beratungsorgan des Nationalrates“ (Neisser et al. 2005: 65).

Die Klubversammlung ist die höchste Einrichtung bzw. Übereinkunft der Fraktionen. In dieser werden „die wichtigsten Tagesordnungspunkte und Strategien für die kommende Sitzungswoche sowie Berichte aus den Ausschüssen besprochen“ (Sickinger 2000: 160). Hinzu kommt noch die ein- bis zweimal im Jahr stattfindende Klubklausur, welche

in den meisten Fällen zweitägig abgehalten wird und bestimmte politische Schwerpunkte behandelt. Bei kleineren Fraktionen wie z.B. den Grünen oder dem BZÖ (welches jedoch in der XXI. Gesetzgebungsperiode noch nicht gegründet war) ist die Vollversammlung des Klubs als Ort der tatsächlichen Entscheidungen anzusehen. Im Unterschied dazu dient diese bei den Großparteien eher dem Informationsaustausch bzw. dem Einfangen der politischen Stimmung (vgl. Sickinger 2000: 160). Jedoch merkt Sickinger (2000: 160) ebenso an, dass es durchaus auch Gestaltungsmöglichkeiten der Klubversammlung von Regierungsparteien gibt: „In tatsächlich kontroversen Fragen können die Klubs allerdings durchaus die offizielle Regierungslinie konterkarieren bzw. zumindest verzögern, manchmal auch die Meinung von Ausschussmitgliedern korrigieren“.

Nach einer Befragung aller Parlamentsklubs, durch den Autor dieser Arbeit via Mail, wurde die Tatsache bestätigt, dass der Klub für die Nominierung von Ausschussmitgliedern sowie die darauf folgende Besetzung der Ausschüsse zuständig ist<sup>31</sup>. „Die Ausschüsse des Nationalrates werden vom Plenum eingesetzt, die Mitglieder der einzelnen Ausschüsse aber von den Fraktionen entsendet“ (Gölles 2008: 57). Als Grund für die Wahl eines Abgeordneten für einen speziellen Ausschuss nannten alle Parteien in der Mailkorrespondenz das spezifische Fachwissen, die Erfahrung bzw. die Qualifikation (z.B. durch eine entsprechende Bereichsprecherrolle) als ausschlaggebendes Kriterium für eine Besetzung. Hinsichtlich des Wahlvorgangs selbst verweisen FPÖ und Grüne auf die Klubsitzung (Klubversammlung). Das BZÖ spricht in diesem Fall nur von einer „Abstimmung im Klub“, welche jedoch nicht genau zu definieren ist. Die SPÖ antwortete, dass nur die Führung des Sozialdemokratischen Parlamentsklubs die Mitglieder der diversen Ausschüsse bestellt. Dies deckt sich auch mit den Ausführungen von Sickinger (2000: 160), welcher anmerkt, dass kleinere Gremien, bestehend aus Klubobleuten und Klubdirektoren, sowie „einflussreiche Abgeordnete“ diese Entscheidungen treffen.

---

<sup>31</sup> In dieser „Rundmail“ wurden den Klubs folgende Fragen gestellt: Wer ist für die Ausschussbesetzung verantwortlich? Wie wird diese Entscheidung getroffen bzw. wie sieht die Entscheidungsfindung aus (Abstimmungen, Vorschläge etc.). Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl einer Person für eine Ausschussbesetzung? Mit Ausnahme der ÖVP antworteten alle im Parlament vertretenen Fraktionen (Stand: September 2011; daher ist hier ebenso das BZÖ vertreten).

„Obwohl die formelle Endentscheidung im Regelfall der Klubversammlung vorbehalten ist, werde die eigentlichen (Vor-)Entscheidungen betreffend die Besetzung von Ausschussmandaten und anderen Funktionen, Personalfragen des Klubs, Klubfinanzen und wichtige Sachfragen, die im Zuge von Ausschusssitzungen auftauchen, meist in einem kleineren Klubvorstand (oder/und Klubpräsidium) entschieden.“ (Sickinger 2000: 160).

Ebenso soll an dieser Stelle Erwähnung finden, dass das Anciennitätsprinzip, bezogen auf die Besetzung von Ausschüssen, eine wichtige Rolle einnimmt. Demnach dürfen sich länger dienende Mandatare ihre Ausschüsse eher aussuchen sowie eine Mitgliedschaft in einem Ausschuss nicht gegen ihren Willen verlieren (vgl. Sickinger 2000: 161).

Die Finanzierung ist durch das Klubfinanzierungsgesetz 1985 KlubFG geregelt und wird aus dem Bundesbudget geschöpft. Sie ergibt sich aus einem allgemeinen Betrag (unter anderem für die Mitgliederzahl), Beiträgen für die Öffentlichkeitsarbeit, für Ausgaben der automatisierte Datenverarbeitung sowie für internationale Kontakte (vgl. Neisser et al. 2005: 65).

### **2.3.3 Das Ausschusswesen**

Da in dieser Arbeit das Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates im Focus steht bzw. in weiterer Folge dieses hinsichtlich seiner Strukturierung aus netzwerkanalytischer Sicht untersucht werden soll, bedarf es im Folgenden näheren Ausführungen zum Ausschusswesen.

Die Entwicklung eines allumfassenden, parlamentarischen Ausschusswesens ist, historisch betrachtet, gekennzeichnet durch ein Ansteigen der nichtständigen und ständigen Ausschüsse seit dem Entstehen der modernen Parlamente (vgl. Dechamps 1954: 3). Im Wesentlichen kam es so zu einer Verschiebung von Kompetenzen zwischen der Plenarversammlung und den Ausschüssen selbst.

„Schon das ungeheuere Anwachsen der Zahl und der Sitzungshäufigkeit der Ausschüsse bedeutete, dass sie die Arbeitszeit, die Arbeitskraft und die Aufmerksamkeit der Abgeordneten in immer stärkerem Maße absorbierten“ (Dechamps 1954: 79).

Ebenso wird dem Umstand Rechnung getragen, dass im Zuge der Zeit neue gesellschaftsrelevante Themen hinzukommen sowie sich immer neue Politikfelder und Teilsysteme ergeben. „Die Ausweitung der gemeinschaftlichen Aufgaben auf immer neue Politikfelder machte weitere funktionale Differenzierungen des Parlaments notwendig“ (Dreischer 2006: 116).<sup>32</sup>

Nach anfänglichen reinen Vorbereitungsaufgaben für das Plenum erfolgte die Verlagerung der Debatte selbst in die Ausschüsse, welche somit einen vorberatenden Charakter erhielten. „Sie entwickelten sich als aus objektiven und sachlichen vorbereitenden zu politisch vorberatenden Gremien.“ (Dechamps 1954: 80). Es kam somit zu einem Paradigmenwechsel in Bezug auf die nationalen Parlamente. Das Redeparlament entwickelte sich stetig weiter in Richtung eines Arbeitsparlaments, sodass die tatsächliche Arbeit „an den Gesetzesentwürfen [...] praktisch nur noch in den Ausschüssen“ (Zier 2005: 61) stattfand.<sup>33</sup>

In der Literatur kann man drei große Positionen im Hinblick auf die Betrachtung von Parlamentsausschüssen feststellen. Mattson und Strom (1995: 249-255) bieten hier einen sehr guten Überblick. Die erste Perspektive fokussiert auf den distributiven Charakter von Ausschüssen: „The theoretical commitments of the early neo-institutionalists were distributiv [...] and demand-driven“ (Mattson/Strom 1995: 251). Unter diesem Betrachtungswinkel haben Ausschüsse faktisch ein Monopol über die

---

<sup>32</sup> Zur funktionalen Differenzierung siehe u. a. Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft: Differenzierung. Zweiter Teilband, Kapitel 4, Frankfurt am Main

<sup>33</sup> Allerdings sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass jene Entwicklung nicht überall gleichermaßen vorgefunden werden kann. Als Beispiel kann das britische Parlament, respektive das Unterhaus, angeführt werden, welches erst in jüngster Zeit ständige Ausschüsse kreiert hat bzw. nach wie vor die Plenumsdebatte ins Zentrum der parlamentarischen Arbeit stellt. Eine Gesetzesvorlage wird hier in so genannten Ad-hoc-Ausschüssen behandelt, welche kurzfristig eingesetzt und nach den Anfangsbuchstaben des Alphabets benannt werden (vgl. Nohlen/Grotz 2011: 421).

spezifische Gesetzgebung eines Politikfeldes und sind hauptsächlich von Mitgliedern besetzt, die ein sehr starkes Interesse am Policy-Bereich haben. Eine zweite Möglichkeit zur Betrachtung von Ausschüssen stellt den Informationsgewinn in den Focus:

„The members [des Parlaments; Anm. des Autors] can reduce their uncertainty by allowing subgroups, such as committees, to specialise in particular policy areas. Specialised legislative committees can, thus, capture informational efficiencies and reap collective benefits (Mattson/Strom 1995: 253).

Ausschüsse dienen hier der Spezialisierung von Abgeordneten und in weiterer Folge zur Informationsbeschaffung für das Parlament und seiner Mitglieder. Im Gegensatz zur ersten Betrachtung spielen die Interessen der Mandatare eine untergeordnete Rolle, die Ausschüsse werden hier als repräsentatives Abbild zum Plenum angesehen, welches über die Ausschüsse an die notwendigen Informationen gelangt. Eine dritte Perspektive betrachtet die Ausschüsse als Instrumente der (Mehrheits-) Parteien um kollektive Probleme zu lösen. „Committees are simply the extensions of party powers in the process of resolving these problems“ (Mattson/Strom 1995: 254-255).

Die Ausschüsse im österreichischen Nationalrat werden von den Klubs mit Mandataren besetzt. In den Ausschüssen findet eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsgegenständen bzw. den Gesetzgebungsmaterien statt. Die Wichtigkeit von Ausschüssen wird sichtbar, wenn die Zahl der Ausschusssitzungen mit jenen des Plenums in Relation gesetzt wird. So entfallen z.B. für die XXI. Gesetzgebungsperiode ca. vier vorbereitende Ausschusssitzungen auf eine Plenarsitzung (vgl. Scheffbeck 2006: 147, Tabelle 3). Allerdings merkt Sickinger (2000: 172) an, dass die Arbeit in den Ausschüssen, vor allem als zeitlicher Faktor, überschätzt wird. Zwar finden dort relevante Vorentscheidungen bezüglich diverser Verhandlungsgegenstände statt, welche im Nachhinein im Plenum nur noch beschlossen werden, jedoch ist die Tätigkeit im Plenum deutlich zeitintensiver als jene in den Ausschüssen.

Dies wird allerdings in der Studie von Jenny und Müller wiederum relativiert. In einer Umfrage unter den Abgeordneten kommen diese zu dem Ergebnis, dass

Ausschussarbeit mit einer Zustimmung von 65 % zu den wichtigsten Instrumenten (vgl. Jenny/Müller: 2001: 298) der Mandatare gehört, da in diesen inhaltliche Auseinandersetzungen mit den Verhandlungsgegenständen des Nationalrats stattfinden.

Hinsichtlich der Strukturierung des Ausschusswesens (vgl. Sickinger 2000: 166) findet eine Orientierung an der Ressortverteilung der Bundesregierung statt. Diese Ausschüsse werden als Fachausschüsse bezeichnet und sind für die ressortspezifische Gesetzgebung bzw. für den Informationsaustausch zwischen Regierung und Nationalrat verantwortlich. Des Weiteren dienen Ausschüsse wie z.B. der Geschäftsordnungsausschuss sowie der Immunitätsausschuss der parlamentarischen Selbstorganisation. Der Geschäftsordnungsausschuss behandelt alle Anträge, welche sich auf das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates beziehen. Der Immunitätsausschuss wiederum berät über Anfragen der Bundespolizeidirektion oder Staatsanwaltschaften zur behördlichen Verfolgung von Abgeordneten. Besteht zwischen einer etwaigen Strafhandlung und der politischen Tätigkeit eines Abgeordneten ein Zusammenhang, wird einer behördlichen Verfolgung in der Regel keine Zustimmung erteilt<sup>34</sup>. Der Hauptausschuss ist mitwirkend an der Vollziehung. Er erteilt Vorschläge zur Postenbesetzung des Rechnungshofpräsidenten sowie der Mitglieder der Volksanwaltschaft. Ebenso bedarf es einer Zustimmung des Hauptausschusses bei einem etwaigen österreichischen Truppeneinsatz im Ausland. Darüber hinaus genießt er das Recht, Stellungnahmen zu EU-Vorhaben abzugeben. Der Rechnungshofausschuss ist wiederum für die Kontrolle der Regierung zuständig und hat die Berichte des Rechnungshofes auf der Agenda. Eine Sonderstellung zwischen Kontrolle und Mitwirkung, welche zu den wichtigsten Funktionen von Ausschüssen gehört, nimmt der Budgetausschuss (Verhandlungsgegenstände sind hier das Bundesfinanzrahmengesetz, das Bundesfinanzgesetz sowie alle Vorlagen, welche sich auf das Budget beziehen) sowie der Ausschuss für Bürgerechte und Petitionen ein,

---

<sup>34</sup> Dies ist z.B. bei einer Teilnahme von Abgeordneten an einer nicht angemeldeten Demonstration der Fall. Siehe hierzu ebenso: [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A-IM/A-IM\\_00001\\_00274/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A-IM/A-IM_00001_00274/index.shtml)

der bei gegebenem Anlass (z.B. bei der Änderung eines Gesetzes) „die entsprechende Materie dem zuständigen Fachausschuss zu übermitteln“ (Sickinger 2000: 166) hat.<sup>35</sup>

Im den § 29 - 41 des Geschäftsordnungsgesetzes (GOG-NR) des Nationalrates ist die „Bildung der Ausschüsse und Geschäftsbehandlung in deren Sitzungen“ enthalten. Auf diese wird hier nun kurz eingegangen. Die Wahl der ständigen Ausschüsse erfolgt hauptsächlich jeweils zu Beginn einer Gesetzgebungsperiode. Bezüglich des Hauptausschusses sowie seiner Unterausschüsse gelten jedoch besondere Bestimmungen. Die entsprechende Aufteilung der Mandate<sup>36</sup> in den Ausschüssen ist mit jener des Hauptausschusses gleich (§ 30 GOG-NR) gleich, jedoch mit dem Unterschied, dass die Verteilung der Mandate nicht aufgrund von Wahlvorschlägen, sondern nach dem Stärkeverhältnis der im Nationalrat vertretenen Klubs durchgeführt wird (d'Hondt'sche Verteilung). Kleinere Ausschüsse können mit Hilfe des Shapley'schen Verfahrens<sup>37</sup> (§ 32 Abs. 2 GOG-NR) besetzt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass die fraktionelle Zusammensetzung die Mehrheitsverhältnisse der Parteien im Plenum widerspiegelt und dieselben mehrheitsbildenden Koalitionen möglich werden. Steht die Verteilung der Sitze fest, obliegt es den Klubs ihre Ausschussmitglieder zu bestimmen<sup>38</sup>. Diese müssen dem Präsidenten des Nationalrates bekannt gegeben werden.

In den Ausschüssen selbst bilden die einer Partei angehörenden Mitglieder die so genannte Ausschussfraktion. Diese wiederum beeinflussen die Willensbildung der Klubs, da es sich bei den Mitgliedern eines Ausschusses um Spezialisten einer Fachmaterie handelt. Darauf folgend kann eine „funktionale Hierarchisierung innerhalb der Ausschussfraktion“ (Sickinger 2000: 161) festgesetzt werden. Jede Ausschussfraktion verfügt an der Spitze über einen Fraktionsobmann, welche in den Klubvorständen gewählt werden. In der Regel befinden sich in einem spezifischen

---

<sup>35</sup> Die Auflistungen der Ausschüsse für die hier untersuchte Gesetzgebungsperioden XXI. wird im Kapitel 3 „Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich“ gegeben.

<sup>36</sup> Die genaue Aufteilung der jeweiligen Mandate der GP XXI. ist dem Abschnitt „Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich“ zu entnehmen.

<sup>37</sup> Siehe hierzu auch die Homepage des österreichischen Parlaments:

[http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/ALLG/S.shtml#Shapleysches\\_\\_Verfahren](http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/ALLG/S.shtml#Shapleysches__Verfahren)

<sup>38</sup> Siehe hierzu ebenso das Kapitel 2.3.2 „Fraktionen/Klubs“ in dieser Arbeit.

Ausschuss vorwiegend Bereichssprecher aus derselben Materie. Diese stellen ebenso einen Abschnitt der hierarchischen Gliederung innerhalb der Ausschussfraktion dar. „Die Bereichssprecher sind im politischen Entscheidungsprozess Schlüsselpersonen, die aber auf einen Konsens sowohl mit der Klubspitze, als auch mit der Ausschussfraktion angewiesen sind“ (Sickinger 2000: 161). Einfache Ausschussmitglieder sind vom fraktionellen Willensbildungsprozess eher ausgeschlossen und stellen die unterste Stufe der Hierarchie dar.

Der Leiter eines Ausschusses befindet sich in der Position eines Ausschussobmannes. Welche Partei welchen Ausschuss somit mit einer leitenden Funktion besetzen darf ist in der Geschäftsordnung nicht exakt beschrieben. Sickinger (2000: 169) verweist jedoch darauf, dass sich in „der vorparlamentarischen Praxis [...] die Konvention durchgesetzt [hat], dass diese Funktionen auf die Klubs ungefähr entsprechend ihrer Stärke aufgeteilt und daher zuvor zwischen den Klubs ausverhandelt werden“. Somit sind auch oppositionelle Obleute im Ausschusswesen anzutreffen. Der Vorsitz in einem Ausschuss bringt darüber hinaus auch Möglichkeiten zur Gestaltung mit sich. Nach § 34 des GOG-NR leitet dieser die Sitzungen und ist für die Geschäftsordnung zuständig (Abs.1). Außerdem ist er für die Erstellung der Tagesordnung verantwortlich und kann gegebenenfalls eine „Aussprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses“ durchführen (Abs.2). Gerade für die Opposition ergibt sich so eventuell ein größerer Handlungsspielraum, wenn z.B. „die Interessen der Regierungsfractionen nicht deckungsgleich sind“ (Sickinger 2000: 169).

Inhaltliche Standpunkte sind zumeist schon vor Beginn einer Ausschusssitzung durch die Fraktion ausgearbeitet worden um die notwendigen Koalitionsmehrheiten zu gewährleisten. In Gesetzgebungsperioden, wo die Regierung über eine 2/3 Mehrheit verfügte, wurden „derartige Ausschusssitzungen für Oppositionsabgeordnete oft lediglich ein leeres Ritual, das sich aufgrund ihrer nur sehr eingeschränkten Öffentlichkeit zudem nicht als Bühne der politischen Selbstdarstellung eignete“ (Sickinger 2000: 170).

Im Weiteren wird mit einer kurzen Darstellung der internen Struktur der Ausschüsse die Beschreibung der Komitees abgeschlossen. Dabei wird auf die zwei großen



empirischen Arbeiten zum österreichischen Nationalrat von Erika Pfeifhofer (2002) sowie auf die Untersuchung von Marcelo Jenny und Wolfgang C. Müller (2001) zurückgegriffen.

### **2.3.4 Der Ausschuss aus der Perspektive der Akteure**

An dieser Stelle soll die erste Bezugnahme auf die interne Struktur der Ausschüsse erfolgen. Erika Pfeifhofer, die nach eigenen Angaben während ihres Studienpraktikums (bei der Parlamentsdirektion) Ausschusssitzungen verfolgen konnte, berichtet über die Beziehungsstruktur in den Sitzungen wie folgt:

„Die Teilnehmer/-innen zeigen ein gemeinsames Interesse an der Aufarbeitung der Sachproblematik und akzeptieren wechselseitig ihre Bedeutung für das Zustandekommen der Entscheidung. Trotz der Spannung zwischen den Ausschussmitgliedern, die oftmals zu einer Eiszeitatmosphäre oder zu turbulenten Diskussionen führt, wird bei der Suche nach Problemlösungen eine sachlich-kooperative Kollegialität zwischen den Beteiligten sichtbar (Pfeifhofer 2002: 241).

Ähnliches lässt sich bei Jenny und Müller finden, welche einen Oppositionsabgeordneten zu Wort kommen lassen: „Es kommt auf das Klima in den Ausschüssen an, wie man über Fraktionsgrenzen hinweg reden kann, damit etwas weiter geht“ (Jenny/Müller 2001: 337).

Des Weiteren spricht Pfeifhofer den Abgeordneten ein gewisses Maß an Eigenständigkeit zu, da Verhandlungen in Ausschusssitzungen nicht bis ins Detail vorhersehbar sind. Insofern ergeben sich Handlungsspielräume für die Abgeordneten sowie Eigenverantwortung, die die selbigen nutzen können und müssen. „Der Parlamentsausschuss setzt die Grenzen für das hierarchische Ordnungsprinzip der Fraktionen und ist vor allem das Forum der Abgeordneten“ (Pfeifhofer 2002: 243). Dass dieses Forum auch tatsächlich als solches bezeichnet werden kann, beschreibt Pfeifhofer damit, dass Abänderungsanträge anderer Fraktionen durchaus vom parlamentarischen Gegner beurteilt werden. Allerdings muss an dieser Stelle ebenso angemerkt werden, dass es trotz alledem zu den Spielregeln des Nationalrates gehört,

die Vorschläge der gegnerischen Parteien aufgrund von parteipolitischen Interessen abzulehnen, auch wenn diese inhaltlich fundiert und im Prinzip eine sinnvolle Umsetzung nach sich ziehen würde.

„Ausschusspolitik bedeutet auch, dass die Ablehnung von Alternativvorschlägen durch die Mehrheit im Ausschuss oftmals weniger auf sachlichen Gründen beruht, sondern auf dem parteipolitischen Interesse, den Erfolg für die Opposition zu verhindern (Pfeifhofer 2002: 243).

Auch die Recherchen von Jenny und Müller zeichnen ein ähnliches Bild. Vor allem die Opposition, demnach die „schwächere Mannschaft“ im Spiel des Parlaments, schätzt die Ausschussberatungen nicht konstruktiv genug ein. So kommt bei in der Untersuchung ein Abgeordneter der Opposition zu Wort: „Wir können als Oppositionspartei zwar Anträge stellen, aber faktisch wird alles abgelehnt“ (Jenny/Müller 2001: 292).

Doch es gibt eine Alternative, wie auch die Opposition ihre Vorstellungen, Ideen und Entwürfe verwirklichen kann bzw. ihre Anträge zur Umsetzung bringt. Dies setzt allerdings menschliches sowie politisches Geschick voraus. Wiederrum erklärt ein Regierungsgegner:

„ Man muss den Umweg über ein Mitglied der Regierungsparteien wählen, indem man ein Ausschussmitglied einer anderen Fraktion zur Seite nimmt und ihm die Lösung flüstert und keine Bedingungen stellt, also dass man Mitunterzeichner des Antrages sein will“ (Jenny/Müller 2001: 293).

Das vorherrschende Motiv, sowohl im Plenum wie auch im Ausschuss, heißt demnach Konkurrenz. „Fraktionen und damit ihre Abgeordneten handeln im Ausschuss und Plenum als Konkurrenten in einem wählerschaftsorientierten Wettbewerb“ Pfeifhofer 2002: 246).

Im Anschluss wird nun auf das Instrument des selbstständigen von Parlamentariern Antrages näher eingegangen. Dies ist insofern notwendig, da dieser im Verlauf der Arbeit für die Erstellung einer so genannten Erfolgsbilanz herangezogen wird.

### 2.3.5 Der selbstständige Antrag

Abgeordnete des österreichischen Nationalrates haben im Rahmen der parlamentarischen Arbeit die Möglichkeit selbständige Anträge im Plenum des Nationalrates zu stellen. Dabei bezieht sich der Terminus „selbstständig“ auf die Tatsache, dass diese unabhängig zu einem Tagesordnungspunkt des Nationalrates eingebracht werden können. Nach § 21 Absatz 1 des Bundesgesetzes der Geschäftsordnung des Nationalrates stellen selbstständige Anträge als schriftliche Vorlagen einen „Gegenstände der Verhandlung des Nationalrates sowie der Vorberatung seiner Ausschüsse“<sup>39</sup> dar.

Ein selbstständiger Antrag (§ 26 GOG-NR) kann als Gesetzes- oder Entschließungsantrag<sup>40</sup> im Plenum eingebracht werden. Dieser muss von mindestens fünf Abgeordneten des Nationalrates per Unterschrift Unterstützung finden. Der Antrag wird (mit Ausnahme von so genannten Dringlichen Anträgen<sup>41</sup>) im Nationalrat zuerst einem Ausschuss zur Vorberatung übergeben und im Anschluss im Plenum behandelt. De facto wird ein Gesetzesantrag vorwiegend von den Regierungsparteien gestellt, wohingegen Entschließungsanträge, welche einen Wunsch an die Vollziehung

---

<sup>39</sup> [http://www.parlament.gv.at/PERK/RGES/GOGNR/gog05\\_P21-28.shtml#P27](http://www.parlament.gv.at/PERK/RGES/GOGNR/gog05_P21-28.shtml#P27)

<sup>40</sup> Der Entschließungsantrag kann als Aufforderung bzw. Wunsch (jedoch nicht als verbindlich) an die Regierung hinsichtlich der Vollziehung eines Gesetzes angesehen werden. In der Praxis handelt es sich dabei häufig um den Wunsch eines Gesetzesvorschlages zu einem bestimmten Problem. Es ist aber ebenso möglich einen Entschließungsantrag als Kontrollinstrument gegenüber der Regierung einzusetzen. Dies ist dann der Fall, wenn der Antrag z.B. eine Evaluierung oder eine Studie zu bestimmten Themen fordert.

<sup>41</sup> § 74a Absatz 1 des GOG-NR: „Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass ein zum selben Zeitpunkt einzubringender Selbstständiger Antrag von Abgeordneten, der eine EntschlieÙung, mit welcher der Nationalrat seine Wünsche über die Ausübung der Vollziehung Ausdruck geben will, beinhaltet, nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens jedoch um 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, von einem der Antragssteller mündlich begründet werde hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.“

darstellen, hauptsächlich von der Opposition genutzt werden. Aus diesem Grund beinhaltet die Untersuchung in dieser Arbeit sowohl Gesetzes- wie auch Entschließungsanträge um diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Selbstständige Anträge stellen ein wichtiges Instrumentarium der Abgeordneten zur schlussendlichen parlamentarischen Entscheidungsfindung bezüglich diverser Verhandlungsgegenstände dar.

### 3. Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich

Im nun folgenden Kapitel erfolgt zur spezifischen Kontextualisierung der anschließenden Untersuchung die Beschreibung der XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich.

Die XXI. Legislaturperiode des österreichischen Nationalrates begann am 29. Oktober 1999 und endete am 19. Dezember 2002 vorzeitig, ausgelöst durch interne Spannungen innerhalb der FPÖ.

„An der Frage „Steuerreform trotz Hochwasserhilfe?“ schieden sich im Sommer 2002 die Geister in der FPÖ, was dazu führte, dass seitens der FPÖ-Regierungsmannschaft die Koalitionstreue mancher ihrer Mandatäre und die die Parlamentsmehrheit nicht mehr garantiert werden konnte.“ (Zögernitz 2011: 3).

Nach diesem, in die Historie als „Putsch von Knittelfeld“ eingegangenen, Bruch mit der Partei kam es schlussendlich am 24. November 2002 zu vorgezogenen Neuwahlen.

In der XXI. Gesetzgebungsperiode kam es durch die Nationalratswahlen am 03. Oktober 1999 zu einem so genannten Erdrutschergebnis. Die SPÖ verlor massiv an Stimmen bzw. Mandaten, die FPÖ konnte als einer der großen Gewinner dieser Wahl angesehen werden. Die Verteilung der Mandate brachte faktisch drei „Mittelparteien“. Die SPÖ erreichte 65 Mandate, ÖVP und FPÖ jeweils 52, wobei die ÖVP erstmals um 415 Stimmen hinter der FPÖ lag (vgl. Zögernitz 2011: 1). Die Grünen brachten es auf insgesamt 14 Mandatäre, das zuvor noch im Parlament vertretene Liberale Forum scheiterte an den notwendigen 4% aller gültigen Stimmen, welche zum Einzug in den Nationalrat benötigt werden. Die SPÖ sah sich so zum ersten Mal seit 1970 mit der Aufgabe der Opposition konfrontiert, die FPÖ wechselte hingegen von dieser Position in die Regierung. Nach sehr zähen Sondierungsgesprächen zwischen den Parteien kam es am 3. Februar 2002 zur Bildung der „kleinen Koalition“ zwischen ÖVP und FPÖ unter der Leitung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP). Susanne Riess-Passer (FPÖ) übernahm das Amt der Vizekanzlerin. „Die ÖVP schließlich wurde vom Juniorpartner in einer „großen Koalition“ zur Kanzlerpartei einer „kleinen Koalition““

(Zögernitz 2011: 2). Bereits am 29. Oktober 1999 kam es parallel zu den angesprochenen Verhandlungen zwischen den Parteien zur Wahl der Nationalratspräsidenten. Als stärkste Nationalratsfraktion stellte die SPÖ mit Heinz Fischer den 1. Präsidenten, gefolgt von Thomas Prinzhorn (2. Nationalratspräsident), Kandidat der FPÖ, sowie Andreas Khol von der ÖVP (3. Nationalratspräsident). Zögernitz (vgl. 2011: S. 2) berichtet, dass es Übereinkünfte hinsichtlich der Ausschusszusammensetzungen sowie der Rednerreihenfolge im Plenum gab. Bei Wahl- und Bestellungsvorschlägen, welche der Mandatsaufteilung zu Grunde lagen, wurden ÖVP und FPÖ als zwei „zweitstärkste“ Parteien angesehen. So wechselten sich z.B. ÖVP und FPÖ bei der Rednerreihenfolge im Plenum täglich ab.

Die damalige politische Situation wurde durch die ausgesprochenen Sanktionen der EU, aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ, sehr belastet. Dies war auch innerhalb des Parlaments deutlich zu spüren. Bereits vor der Vorstellung der neuen Regierung stellten die Grünen einen Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Schüssel, welcher jedoch erfolglos blieb. Die Herstellung eines konstruktiven politischen Klimas war demnach sehr schwierig. Dies war jedoch umso wichtiger, da die ÖVP-FPÖ-Koalition keine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat besaß und somit deren Handlungsfähigkeit als eingeschränkt zu beschreiben ist. Etwaige Gesetzesanträge konnten von der SPÖ und ihrem erreichten Drittel an Mandaten jederzeit vor dem Verfassungsgerichtshof geklagt werden. Gesetzesänderungen sollten so möglichst auf einfachgesetzlicher Ebene durchgebracht werden. Auch die Tatsache, dass erstmals ein Vertreter der Opposition den Posten des Nationalratspräsidenten inne hatte und ebenso viele Ausschussobmänner nicht aus der Regierungsrunde kamen, machte die Situation schwierig. Insofern war die ÖVP-FPÖ-Koalition sehr an einem reibungslosen parlamentarischen Verfahren interessiert. Dies war jedoch nicht der Fall. SPÖ Politiker Josef Cap (2002: 254) bewertete die neue Situation der österreichischen politischen Landschaft wie folgt:

„Die Koalition aus FPÖ und ÖVP strebte einen Systembruch mit der zweiten Republik und mit deren Wesentlichen Werten an. Tragende Säulen des politischen Gebäude Österreichs wie der Sozialstaat, die Sozialpartnerschaft und die demokratische Konsenskultur wurden bewusst in Frage gestellt, Maßnahmen

in die Wege geleitet, die auf Überwindung dieser Fundamente des politischen Systems abzielten.“

Wolfgang C. Müller und Marcelo Jenny (2004) haben sich mit der XXI. Gesetzgebungsperiode auseinandergesetzt und kommen zu dem Ergebnis, dass sich neben einem Rollentausch zwischen ehemaliger Regierungs- und Oppositionspartei ebenso Tendenzen zur Veränderung in Richtung einer Konfliktdemokratie ergeben haben. Quantitativ veranschaulichen sie dies anhand des Abstimmungsverhaltens der Parteien bei Gesetzesabschlüssen. Aus der Tabelle ist zu entnehmen, dass so genannte „Alleingänge“ bei Gesetzen der Regierungsparteien mit einem Wert von 42 % die vorangegangenen Jahre weit überholt. 1996 bis 2000 betrug dieser Wert nur 34 % (vgl. Müller/Jenny 2004: 314). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass das Ausmaß an politischen Konsens zu diesem Zeitpunkt so tief wie noch nie in Österreich war. Ebenfalls ein deutliches Indiz für die Kluft zwischen Regierung und Opposition markiert der Sachverhalt, dass es bis ins Jahr 2003 (wo allerdings schon die Regierung Schüssel II bzw. ÖVP-FPÖ/BZÖ tätig war) zu einem starken Anstieg von Gesetzesüberprüfungen durch die Opposition kam. „Die Anfechtung von Bundesgesetzen beim Verfassungsgerichtshof durch ein Drittel der Nationalratsabgeordneten ist in der XXI. [...] GP ein wichtiges Kontrollinstrument der Opposition geworden“ (Zögernitz 2011: 7).

Bezüglich der Ausschüsse hat sich die Zahl und Zusammensetzung nach Zögernitz (2011: 6) nicht markant verändert. Die Aufteilung sah in der XXI. Legislaturperiode wie folgt aus:<sup>42</sup> Insgesamt wurden 37 Ausschüsse und 30 Unterausschüsse gebildet. Wie schon zuvor angemerkt waren die Vorsitze der ständigen Ausschüsse bzw. der Posten des Obmanns mehrheitlich in der Hand der Opposition. So waren 14 Ausschüsse unter der Leitung der SPÖ, 11 entfielen auf die FPÖ und die ÖVP kam auf 10 Vorseitze. Unter der Leitung der Grünen standen demnach zwei Ausschüsse. Der Hauptausschuss war mit einer Mitgliederzahl von 28 das am stärksten besetzte Komitee. Hier entfielen auf die ÖVP sowie die FPÖ jeweils acht Sitze, die SPÖ bekam 10 und die Grünen zwei Plätze. Die Mehrheit der Ausschüsse wies eine Mitgliedszahl von 25 auf, in welchen, dem Ergebnis der Nationalratswahl nach, ÖVP sowie FPÖ sieben, die SPÖ neun und

---

<sup>42</sup> <http://www.parlament.gv.at/PAKT/AUS/>

die Grünen zwei Mitglieder stellten. Dies traf z.B. auf die Ausschüsse für Arbeit und Soziales, Finanzen und Justiz zu. In kleineren Ausschüssen, wie z.B. in allen ständigen Unterausschüssen, waren 14 Mitglieder an den Verhandlungen beteiligt, wobei ÖVP und FPÖ von jeweils vier, die SPÖ von fünf sowie die Grünen von einem Abgeordneten vertreten wurden. Die meisten Unterausschüsse wurden für Arbeit und Soziales (fünf) sowie für den Verfassungsausschuss (sechs) gebildet.

Insgesamt betrug die Zahl der Ausschusssitzungen 427. Bezogen auf einen Jahresdurchschnitt hat sich die Zahl der Sitzungen aller Ausschüsse nicht wesentlich verändert (vgl. Zögernitz 2011: 6).

Abschließend wird das Instrument des selbstständigen Antrages von Abgeordneten für die XXI. Gesetzgebungsperiode näher ausgeführt. Innerhalb dieser Periode wurden 910 selbstständige Gesetzes- und Entschließungsanträge von Abgeordneten gestellt, die sich wie folgt auf die Parteien aufteilen (Abb. 3.1)

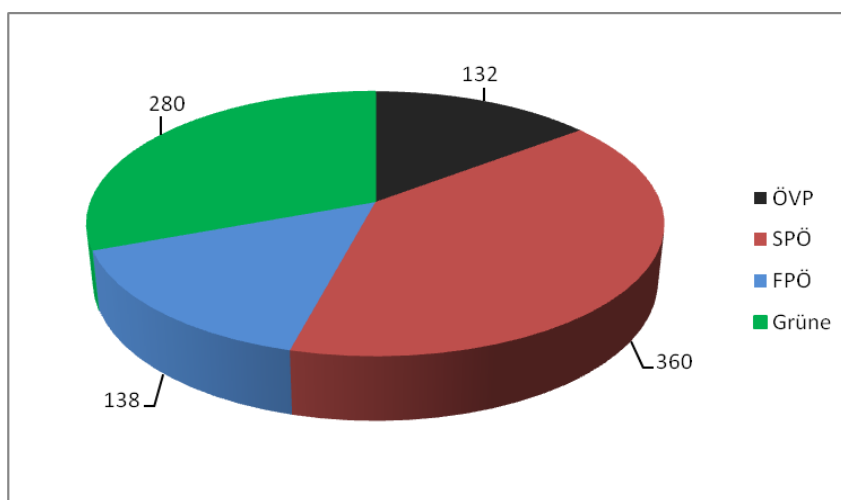


Abbildung 3.1: Darstellung der eingebrachten Anträge nach Parteien

Die nachstehende Tabelle 3.1 zeigt nun im Detail die Zusammensetzung der selbstständigen Gesamtanträge. Dabei lässt sich ein deutliches Übergewicht an selbstständigen Entschließungsanträgen der Oppositionsparteien erkennen. Die Zahl der Gesetzesanträge ist wiederum bei den drei faktischen „Mittelparteien“ ÖVP, FPÖ und SPÖ nahezu gleich groß. Anhand der Gesamtanzahl der Anträge lässt sich ebenso ein deutliches Übergewicht auf Seiten der Opposition feststellen. Die Auflistung der



## Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich

selbstständigen Anträge pro Mandatar zeigt, dass der Großteil der Abgeordneten unter 10 selbstständigen Anträgen in der XXI. Gesetzgebungsperiode gestellt hat. Nur in einzelnen Ausnahmen sind Werte über 20 selbstständigen Anträgen zu finden.<sup>43</sup> Eine Begründung für dieses Ergebnis bzw. der Tatsache, dass nur einzelne Abgeordnete auf eine sehr hohe Anzahl an selbstständig gestellten Anträgen verfügen, wird im Verlauf des Auswertungskapitels (Kapitel 6. „Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode“) in dieser Arbeit näher eingegangen.

Tabelle 3.1: Auflistung der selbstständigen Gesetzes- und Entschließungsanträge der Parteien

<b>Partei</b>	<b>Gesetzesanträge (N)</b>	<b>Entschließungsanträge (N)</b>	<b>Gesamt (N)</b>
ÖVP	104	28	132
FPÖ	106	32	138
SPÖ	117	243	360
Grüne	54	226	280

---

<sup>43</sup> Eine detaillierte Auflistung der Anzahl von selbstständig gestellten Anträgen für jeden einzelnen Abgeordneten ist dem Anhang 9.3 „Gegenüberstellung Cluster – Partei – Erfolgsmetrik“ zu entnehmen.

## 4. Forschungsansatz

Im Rahmen der Arbeit wird mithilfe einer empirischen Netzwerkanalyse das Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates untersucht und dabei die Frage gestellt, ob Netzwerkindikatoren wie z.B. eine bestimmte Positionierung in einem Netzwerk (Überbrückung eines strukturellen Loches zwischen zwei Akteuren – Maklerposition) oder auch die Vielzahl von Beziehungen zwischen unterschiedlichen Clustern<sup>44</sup> eine Erklärung über den Erfolg<sup>45</sup> von Abgeordneten liefern können. Grundsätzlich wird, wie bereits in den Hypothesen dieser Arbeit festgehalten, davon ausgegangen, dass ein Zusammenhang zwischen Netzwerkstruktur und Erfolg eines Abgeordneten besteht.

Dabei kommt das Konzept von Ronald Burt, genauer seine netzwerktheoretischen Ausführungen zu „structural holes“ (strukturelle Löcher) zur Anwendung. Dieses ist sehr eng mit dem Begriff des „Sozialkapitals“<sup>46</sup> verknüpft und bedarf daher einer Charakterisierung desselbigen. Im nun folgenden Abschnitt der Arbeit soll daher der Versuch unternommen werden in einem ersten Schritt zu klären, worum es sich bei diesem Terminus handelt.

### 4.1 Sozialkapital und die Position in einem Netzwerk

#### 4.1.1 Das Konzept des Sozialen Kapitals – Begriffsbestimmungen

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konzept Sozialkapital setzt zu aller erst eine Definition des Begriffs voraus. Dies stellt sich jedoch beim Terminus „Sozialkapital“ als sehr schwierig heraus, wenngleich die Verwendung des Konzeptes

---

<sup>44</sup> Siehe das Kapitel 5.2.1 „Cluster Analyse“ in dieser Arbeit

<sup>45</sup> Die Definition des Erfolges von Abgeordneten wird im Kapitel 5.1.2 „Erfolgsmerkmale der Abgeordneten“ in der dieser Arbeit gegeben.

<sup>46</sup> Einen sehr umfangreichen, detaillierten und vor allem gut strukturierten Überblick zum Thema Sozialkapital in der deutschsprachigen Literatur legt Kai Riemer (2005) vor, weshalb im Folgenden vermehrt auf dessen Werk zurückgegriffen wird.

sich großer Beliebtheit erfreut (siehe Franzen/Freitag 2007a: 9, Abbildung 1).<sup>47</sup> Kai Riemer (2005: 57) spricht in diesem Zusammenhang von keinem „konsistenten Begriffsverständnis“ und diskutiert den Begriff im Lichte von zwischenbetrieblicher Kooperation. Sandra Seubert (Seubert 2009) verknüpft das Konzept mit der Bürger- und Zivilgesellschaft und versucht damit das Problem der gesellschaftlichen Integration zu erklären. In eine ähnliche Richtung geht Oscar W. Gabriel, Volker Kunz, Sigfried Roßteutscher und Jan W. van Deth (Gabriel et al. 2002) und nimmt sich ebenfalls dem Themen Sozialkapital, Gesellschaft und Demokratie, unter Bezugnahme auf Sozialkapital, an. Wiederrum andere Studien wie z.B. jene von Bonnie H. Erickson (Erickson 2001) oder auch Mark Granovetter (Granovetter 1974) untersuchen Sozialkapital im Kontext von Berufschancen und stützten sich dabei auf das Instrument der Netzwerkanalyse<sup>48</sup>.

Axel Franzen und Sonja Pointner (vgl. Franzen/Pointner 2007: 71) fassen zusammen, dass in den Sozialwissenschaften unterschiedlichste Begebenheiten unter ein und demselben Begriff gefasst werden. So wird Sozialkapital im Zuge von Werten, Normen und Einstellungen diskutiert bzw. damit in Verbindung gebracht. Weiters wird oftmals das Konzept des Vertrauens z.B. in Personen, Institutionen oder auch Staaten mit dem Begriff gleichgesetzt. Wiederrum andere Literatur, und dazu zählt sich auch diese vorliegende Arbeit, erfasst Sozialkapital als Ressource, welche sich durch Netzwerke ergibt.

Diese unterschiedlichen Forschungen lassen erkennen, dass das Konzept auf unterschiedlichen Ebenen sowie in differenzierenden Kontexten angetroffen werden

---

<sup>47</sup> Insofern wird gleich zu Beginn des Kapitels darauf hingewiesen, dass an dieser Stelle nicht auf alle großen Persönlichkeiten bzw. Aspekte des Konzepts eingegangen werden kann. Dies ist auch nicht die primäre Absicht dieser Arbeit und würde eine eigene Untersuchung füllen. Dennoch soll die Ambiguität des Begriffes kurz skizziert werden. Im Anschluss erfolgt jedoch eine Konzentrierung auf die für diese Arbeit relevanten Aspekte von Sozialkapital.

<sup>48</sup> Die hierfür notwendigen theoretischen Begriffsbestimmungen sowie Erläuterungen zu Netzwerken finden sich im folgenden Kapitel „Methode“ wieder. Aus Gründen des Aufbaus der Arbeit wird hier an dieser Stelle primär auf das Konzept des Sozialkapitals eingegangen. Dies soll keine Trennung darstellen sondern zur unterstützenden Verknüpfung zwischen Theorie und Methode dienen, welche sich gegenseitig bedingen.

kann. Sowohl auf der Makroebene eines sozialen Systems bzw. einer Gesellschaft, wie auch auf der Mesoebene, respektive Gruppen, Institutionen oder Betriebe kommt es zum Einsatz. Schlussendlich ist es jedoch ebenso möglich Sozialkapital aus dem Blickwinkel eines Einzelakteures z.B. bei der Jobsuche zu betrachten und somit die Mikroebene zu untersuchen. Kai Riemer (Riemer 2005: 81) bringt, und das völlig zu Recht, noch eine weitere Möglichkeit bzw. Analyseebene von Sozialkapital ins Spiel – jene der „Sozialen Interaktion“<sup>49</sup>. Auch hier kann sich Sozialkapital manifestieren.

Ebenso unterschiedlich wie die der Einsatzbereich des Konstrukts sind auch die theoretischen Zugänge. Während z.B. James Coleman ein handlungstheoretisches Modell entwickelte (vgl. Coleman 1990), in welches sich die zuvor beschriebenen Ebenen gegenseitig beeinflussen, wählen andere Autoren wie z.B. Ronald Burt, dessen Konzept in dieser Arbeit zum Einsatz kommen, einen netzwerktheoretischen Zugang.

Die Definition des Begriffs selbst fällt daher erwartungsgemäß auch sehr unterschiedlich aus (vgl. Riemer 2005: 90-91; Franzen/Freitag -2007: 10). Eines jedoch ist allen verschiedenen Ansätzen gemein: Interaktionen zwischen Akteuren machen Sozialkapital aus, somit wird immer eine Art von Kollektiv benötigt. Michael Lederer, Mitarbeiter des Büros von Zukunftsfragen am Amt der Vorarlberger Landesregierung kommt zu folgendem Schluss (Lederer 2005: 20): „Sozialkapital entsteht in und durch Beziehungsarbeit in sozialen Netzwerken und existiert zwischen dessen Mitgliedern.“ Auch Riemer (2005: 150) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: „Sozialkapital als Wert sozialer Strukturen [...] entsteht durch soziale Interaktionen zwischen Akteuren.“ Hier ist auch die Unterscheidung zum so genannten Humankapital gegeben, mit welchem persönliche Eigenschaften oder auch Fähigkeiten einer Person gemeint sind.

Aus der gegebenen Definition wird ersichtlich, dass Sozialkapital durch soziale Interaktionen entsteht. Soziale Struktur, als Netzwerk von sozialen Beziehungen, und die soziale Interaktion beeinflussen sich demnach gegenseitig. Genau in diesem „Spannungsfeld“ kann Sozialkapital verortet werden. Dieses Wechselspiel bedeutet jedoch auch, dass „bestehendes Sozialkapital neues und mehr Sozialkapital erzeugt“

---

<sup>49</sup> Soziale Interaktion ist definiert wie folgt: „Gemeinsame Handlungen zweier (oder mehrerer) Akteure in einer durch Interdependenzen gekennzeichneten Situation“ (Riemer 2005: 81).

(Riemer 2005: 152) und dessen Effekte, auf welche im folgenden noch eingegangen wird, faktisch durch sich selbst verstärkt werden können.

Nachdem diese spezifische Kapitalsorte nun verortet bzw. lokalisiert wurde, stellt sich die Frage nach der Messbarkeit. „Während Finanzkapital die am einfachsten zu bewertende Kapitalform ist, ist Sozialkapital die mit Abstand am schlechtesten messbare Kapitalform“ (Riemer 2005: 162). Sozialkapital kann nicht einfach im Zuge einer Inventur nachgewiesen werden, es handelt sich hierbei um keine materielle Kapitalform. Außerdem hängt dies natürlich davon ab, welche Fragestellung bzw. Dimension von Sozialkapital untersucht werden soll sowie welcher Methode man sich bedient. Das zuvor angesprochene „Vertrauen“ kann z.B. durch Anleihen aus der Spieltheorie messbar gemacht werden.<sup>50</sup> Im Falle der vorliegenden empirisch, quantitativen Analyse wird Sozialkapital durch netzwerkspezifische Kennzahlen, wie so genannte „broker positions“ (Maklerpositionen) gemessen, auf welche in diesem Kapitel unter der Bezugnahme auf Ronald Burt noch eingegangen wird.

Die gerade erwähnten „Maklerpositionen“ führen unmittelbar zum nächsten Unterscheidungspunkt von Sozialkapital – seiner zugrundeliegenden spezifischen Struktur. Hier können im Wesentlichen zwei Arten von Strukturen genannt werden: Erstens ergibt sich Sozialkapital durch die Geschlossenheit von Netzwerken. Hierzu werden z.B. Kennzahlen der Dichte eines Netzwerkes betrachtet. Hauptvertreter dieses Forschungszuganges ist James Coleman, welcher wie folgt argumentiert: „Closure of the social structure is important not only for the existence of effective norms but als for another form of social capital: the trustworthiness of social structures that allows the proliferation of obligations and exspectations“ (Coleman 1988: 107). Die hier vorgenommene Untersuchung, und somit zweitens, argumentiert jedoch im Sinne von Ronald Burt (1992) bzw. erfasst Sozialkapital durch das Überbrücken von strukturellen Löchern („structural holes“). Im Folgenden wird nun der Zugang Burts, und somit auch jener dieser hier vorliegenden Arbeit, genauer erklärt.

---

<sup>50</sup> Siehe hierzu u.a. Diekmann 2007: 56

#### 4.1.2 Ronald Burts „structural holes“

Am Beginn dieses Kapitels soll die spezifische Definition des Terminus Sozialkapital von Burt erfolgen: „Social capital is at once the resources contacts hold and the structure of contacts in a network. The first term describes whom you reach. The second describes how you reach“ (Burt 1992: 12). Diese Auffassung wird nun genauer ausgeführt.

Ronald Burts Überlegungen zu vorteilhaften Positionierungen in einem Netzwerk bzw. in weiterer Folge zu Sozialkapital basieren auf den Arbeiten von Mark Granovetter und dessen Unterscheidung zwischen starken und schwachen Beziehungen. Granovettters (1973) These, welche er mit dem Aufsatz „The strengt of weak ties“ präsentierte, besagt, dass nicht die starken Beziehungen in einem Netzwerk förderlich für Ego (der zu untersuchende, sich im Zentrum befindende Akteur), sondern im Gegensatz dazu die schwachen Beziehungen ausschlaggebend sind. Dieser Umstand ist dadurch erklärt, dass schwache Beziehungen eher neue bzw. nicht redundante Informationen für Ego liefern. Akteure, welche durch starke Beziehungen mit Ego verbunden sind, neigen aufgrund des Nahverhältnisses dazu, sich in derselben Gruppe zu befinden und keine neuen Informationen für Ego bereitstellen zu können. Diesen Umstand beschreibt Granovetter mit der „Stärke von schwachen Beziehungen“ (vgl. Granovetter 1973).

Die Verknüpfung zu Burts Analyse besteht in der Tatsache, dass strukturelle Löcher, welche im Zentrum seiner Ausführungen stehen, oftmals schwache Verbindungen darstellen. Diese angesprochenen Lücken, welche sich in einer Netzwerkstruktur ergeben, werden von Akteuren in so genannten Maklerpositionen überbrückt. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass der Makler zwei Akteure miteinander verbindet, welche sonst keine Verbindung vorweisen können. Über den Makler bzw. Broker stehen die Akteure damit in einer Beziehung und können das strukturelle Loch dementsprechend überbrücken.<sup>51</sup> Diese Positionierungen in einem Netzwerk bringen nun Sozialkapital mit sich, welches auf zwei Aspekten aufbaut:

---

<sup>51</sup> Siehe hierzu zur grafischen Veranschaulichung Burt 1992: 27.

„Zum einen erlangt ein Akteur Informationsvorteile durch das Unterhalten eines Netzwerks schwacher Beziehungen möglichst hoher Diversität. Zum anderen gewinnt ein Akteur Sozialkapital in Form von Einfluss durch Einnahme einer zentralen Position innerhalb eines sozialen Netzwerks, in der er als Broker mehrere Akteure oder Gruppen miteinander verbinden kann“ (Riemer 2005: 105).

Somit können in einem nächsten Schritt nochmals zwei positive Funktionen von Sozialkapital nach Burt (1992) angeführt werden. Die zuvor genannten Informationsvorteile resultieren aus einem besseren Zugang zu Ressourcen im Allgemeinen bzw. durch die Positionierung des Akteurs als Makler bzw. Broker. Dies fasst Riemer mit dem Begriff der „allokativen Funktion“ von Sozialkapital (Riemer 2005: 116). Allerdings bringt die Positionierung an einer Schlüsselstelle des Netzwerkes ebenso Autorität mit sich. „Solche Brokerpositionen sind geeignet, politische Entwicklungen in Projekten oder Organisationen zu kontrollieren und zu beeinflussen (Riemer 2005: 118-119). Die soziale Struktur kann in diesem Fall dazu „benutzt“ werden, um die Ziele des Brokers leichter zu verwirklichen. In diesem Fall handelt es sich somit ebenfalls um strukturelle Autonomie (vgl. Jansen 2006: 29). Burt (1992) geht des Weiteren von der Annahme aus, dass die Akteure im Netzwerk in einem Konkurrenzverhältnis stehen und um Ressourcen rivalisieren.

Nachdem die Überlegungen von Burt ausgeführt wurden, wird nun auf das Instrument bzw. die Methode der Netzwerkanalyse übergeleitet. Hier findet ebenso ein thematischer Überschneit mit theoretischen Ausführungen zu Netzwerken statt, welche jedoch aus Gründen der Übersicht im nachfolgenden Kapitel 4.2 „Methoden“ angesiedelt wurden.<sup>52</sup>

## 4.2 Methode

Die Verwendung der Methode der Netzwerkanalyse ergibt sich also aus der zugrundeliegenden Theorie: der strukturellen Sozialkapitalerläuterung nach Burt (1992), wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben. Daran anschließend wird nun das Werkzeug der Netzwerkanalyse erläutert.

---

<sup>52</sup> Siehe hierzu die Kapitel 4.2.2 „Arten von Netzwerken“ sowie 4.2.3 „Funktionen von Netzwerken“

#### **4.2.1 Netzwerkanalyse und „Soziale Netzwerke“**

„Komplexe Prozesse in sozialen Gemeinschaften [...] erfordern vielfältige Informationen darüber, wie Akteure miteinander interagieren bzw. untereinander verbunden sind“ (Krempel 2008: 217).

Eine Auseinandersetzung mit diesem einerseits „statistischen Instrument“ sowie andererseits „Theorieperspektive“ (Jansen 2006: 11) benötigt zu allererst eine Definition des Begriffs Netzwerk selbst. Dieser ist „rein formal definiert als ein abgegrenztes Set von Knoten [Akteuren, Anm. des Autors] und ein Set der für diese Knoten definierten „Kanten [...]“. Das sind die Verbindungslinien“ (Jansen 2006: 13). Auch der Begriff des „Sozialen Netzwerkes“ ist so gefasst. Wichtig ist hierbei die Annahme, dass Akteure interagieren und Beziehungen jeglicher Art diese miteinander verbinden. Somit können empirische Fragen durch die strukturellen Eigenschaften eines Netzwerkes einer Untersuchung unterzogen werden. Dazu benötigt die Netzwerkanalyse Daten, welche entweder qualitativ, oder wie in der vorliegenden Arbeit quantitativ erfasst werden können. Die Datenerhebungsmethode reicht daher von Beobachtungen, über eine Befragung mittels Fragebogen bis hin zu Schneeballsamples oder der Erhebung aus Primär- bzw. Sekundärquellen. Grundlage der hier vorliegenden Arbeit bildet formal betrachtet eine statistische Datensammlung aus dem Archiv des österreichischen Nationalrates über die Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten in der XXI. Gesetzgebungsperiode.

#### **4.2.2 Arten von Netzwerken**

Grundsätzlich lassen sich zwei verschiedene Netzwerktypen unterscheiden. Dabei kommt es auf die Untersuchungsebene bzw. die zu erklärende Einheit an. Erstens lassen sich so genannte Gesamtnetzwerke konstruieren. Hierbei spielt vor allem das Problem der Grenzziehung des Netzwerkes eine entscheidende Rolle. Die zentrale Frage, welche in diesem Sinn beantwortet werden muss lautet: Wer bzw. Was beeinflusst die Struktur des Netzwerkes? Diese Beeinflussung kann unterschiedlichste Formen haben. Möglichkeiten hier eine Abgrenzung zu treffen bestehen hinsichtlich Ressourcen (materieller und immaterielle), Beziehungstypen (Familie, Freunde, Arbeitskollegen, Ratgeber, usw.) oder auch konkreten Interaktionen (wie z.B. ein



regelmäßiges Treffen). Gesamtnetzwerke bilden demnach Beziehungen zwischen mehreren sozialen Einheiten ab und operieren mit diversen Gruppen und deren Struktur, welche sich bei der Erhebung ergibt.

Im Gegensatz dazu besteht die Möglichkeit ein Netzwerk aus der Ego-Perspektive eines Akteures zu betrachten bzw. dessen Struktur zu untersuchen. In diesem Zusammenhang wird von so genannten Ego-Netzwerken gesprochen. Der ego-zentrierte Ansatz kann als Ausschnitt aus einem Gesamtnetzwerk betrachtet werden bzw., wie es in dieser Arbeit der Fall ist, aus der Erhebung eines Gesamtnetzwerkes konstruiert werden. Allerdings kann auch schon in der Erhebung der Daten selbst der Fokus auf ein persönliches Netzwerk gelegt werden. Dazu wird meistens mit Hilfe eines so genannten Namensgenerators gearbeitet. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, dass eine Person z.B. befragt wird, mit wem sie sich in den letzten zwei Monaten über ein bestimmtes Thema ausgetauscht hat. Das Ergebnis bzw. die Nennungen werden als Alteri bezeichnet und ergeben so das spezifische soziale Netzwerk, welches eine Person in einem bestimmten Kontext umgibt.

### **4.2.3 Funktion von Netzwerken**

Netzwerke können durch die Beschreibung ihrer Struktur deren wesentliche Eigenschaften begreifen und diese formal beschreiben. Die Beschreibung eines Netzwerkes dient somit in erster Linie der Erklärung seiner einzelnen Elemente. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass „das Ganze Eigenschaften hat, die Individuen nicht haben können“ (Jansen 2006: 13). Der Ansatz der Netzwerkanalyse bietet desweiteren die Möglichkeit, aufgrund der strukturellen Einbettung der Akteure deren Verhalten zu erklären.

Dieser Erklärungen über die Akteure bzw. in weiteren Sinn über deren Verhalten können insofern gegeben werden, als die Netzwerke einen bestimmten Nutzen für deren Mitglieder mit sich bringen. Das heißt, die die zuvor beschriebene Funktion eines Netzwerkes für den Forscher, nämlich die Erklärung der Akteure, ist aufgrund von Attributen möglich, welche durch die Betrachtung eines Netzwerkes zum Vorschein kommen. Hierunter fallen z.B. die Möglichkeit des Austausches von Ressourcen sowie auch Werte und Normen, die durch ein Netzwerk gestiftet werden können (Solidarität,

Vertrauen). Dieser Sachverhalt schließt schlussendlich wiederum den Kreislauf zum vorher beschriebenen Sozialkapital.

### **4.3 Erläuterung des Forschungsdesigns**

Bevor nun die Beschreibung des Materials und in weiterer Folge die Darstellung der Methodik stattfindet, soll an dieser Stelle nochmals ein argumentativer Zusammenhang zwischen Theorie und Methode hergestellt werden.

Nochmals wird zusammenfassend dargestellt, welcher Ansatz von Sozialkapital in dieser Arbeit verwendet wird bzw. wodurch sich eine Verknüpfung mit dem Instrument der Netzwerkanalyse ergibt. Wodurch ergeben sich in einem Netzwerk Unterschiede für dessen Akteure? Die vorliegende Arbeit argumentiert mit Hilfe der Netzwerkanalyse bzw. mit den Ausführungen von Ronald Burt (1992). Da die Überlegungen Burts zu strukturellen Löchern das Hauptargument dieser Arbeit bildet, wird folglich auch das Konzept des Sozialkapitals in diesem Sinn verwendet. Insofern kann von einem netzwerkbasierenden Sozialkapitalverständnis gesprochen werden. „Diese Betrachtungsweise wird auch soziozentrisches Sozialkapitalverständnis genannt, da komplexere Netzwerkstrukturen in Sozialsystemen betrachtet werden“ (Riemer 2005: 131)

Burts These besagt, wie weiter oben ausgeführt, dass die Positionierung der Akteure für deren Besitz von Sozialkapital verantwortlich ist. Seiner Auffassung zur Folge haben Akteure, welche aufgrund ihrer Stellung „structural holes“ überbrücken können, einen erheblichen Vorteil gegenüber anderen Akteuren im selben Netzwerk. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass die Struktur des Netzwerkes ausschlaggebend bzw. relevant für die Handlungen eines Akteurs ist. Für den Akteur in der Makler- bzw. Brokerposition ergeben sich strategische Vorteile bzw. Sozialkapital. Im Endeffekt sind somit zwei Arten von Vorzügen für einen Akteur möglich: Einerseits nimmt er, bezogen auf den Informationsfluss, eine überdurchschnittliche Positionierung ein. Andererseits erlaubt es ihm seine Stellung im Netzwerk, z.B. durch Kontrolle von Informationen, die Abhängigkeit der anderen Akteure im Netzwerk auszunutzen. Insofern ergeben sich Möglichkeiten zur Manipulation und Beeinflussung von Akteuren. Diese Ausführungen beschreiben demnach einen Nutzen für den Akteur.

Die Frage die sich daraus ergibt, ist jene nach einem direkten Bezug bzw. anders ausgedrückt nach einer Korrelation zwischen der Position eines Akteurs (in diesem Fall die Position des Maklers) und dessen selbstständig gestellten Anträgen. Kann dieser seine Positionierung bzw. den zuvor beschriebenen Nutzen zu seinem Vorteil verwenden? Hierzu wird im weiteren Verlauf der Arbeit eine so genannte Erfolgsmetrik<sup>53</sup> erstellt, um eine Aussage bezüglich der Korrelation zwischen der Netzwerkposition und dem Erfolg eines Akteurs treffen zu können. Um die Positionierung eines Akteurs betrachten zu können, wird im Folgenden ein Gesamtnetzwerk des Ausschusswesens des österreichischen Nationalrates der XXI. Gesetzgebungsperiode erstellt sowie dieses anschließend gruppiert.<sup>54</sup> Parallel dazu werden die gestellten selbstständigen Anträge der Mandatare gezählt und ebenso hinsichtlich ihrer Umsetzung untersucht. Daraus resultiert die zuvor erwähnte Erfolgsmetrik, respektive der in dieser Arbeit definierte „Erfolg“ von Abgeordneten.<sup>55</sup> Das Material dazu wurde direkt von der Homepage bzw. dem Archiv des österreichischen Nationalrates entnommen und wird im nächsten Abschnitt dieser Arbeit genauer vorgestellt.<sup>56</sup>

Hinsichtlich der Analyseebene wird ein Gesamtnetzwerk des österreichischen Ausschusswesens der XXI. Gesetzgebungsperiode dargestellt, dieses aber demnach mit Hilfe der Theorie nach Burt aus der Ego-Perspektive der Akteure betrachtet. Das heißt, dass der Einzelakteur bzw. dessen Soziales Netzwerk betrachtet wird. Die Betrachtung bezieht sich nun immer ausgehend vom Einzelakteur, auf dessen Vernetzung hinsichtlich der verschiedenen identifizierten Cluster (Hypothese 2 und somit als Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene erfassbar) sowie auf die Überbrückung von strukturellen Löchern zu anderen Einzelakteuren (Hypothese 1). In einem weiteren Schritt wird die Parteizugehörigkeit der einzelnen Akteure ins Zentrum

---

<sup>53</sup> Siehe hierzu im Detail das Kapitel 5.1.2 „Erfolgsmerkmale der Abgeordneten“ in dieser Arbeit.

<sup>54</sup> Siehe hierzu das Kapitel 5.2.1 „Cluster Analyse“ in dieser Arbeit.

<sup>55</sup> Zur Definition des Erfolges von Abgeordneten siehe das Kapitel 5.1.2 „Erfolgsmerkmale der Abgeordneten“ in dieser Arbeit.

<sup>56</sup> Siehe hierzu das Kapitel 5.1 „Datenerhebung (Verfahren der Informationsgewinnung)“

der Analyse gerückt (Hypothese 3), wie bereits in der Einleitung dieser Arbeit ausgeführt wurde.

## 5. Material

### 5.1 Datenerhebung (Verfahren der Informationsgewinnung)

#### 5.1.1 Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten

In einem ersten Schritt wurde der Kontakt zum Österreichischen Parlament Ende Juli 2011 über eine Anfrage per Email an das Bürgerservice hergestellt. Als Bezugsperson wurde mir Herr Johann Achter, Mitarbeiter des Nationalratdienstes, zuständig für die Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik, zugeteilt. Herr Achter unterstützte mich durch mehrmalige Telefonate und erklärte mir die Handhabung der Stenographischen Protokolle, aus welchen ich schlussendlich meine Daten über das Ausschusswesen generierte. Im Zuge der Forschung bzw. zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde somit auf bereits bestehende Daten des Österreichischen Nationalrates zurückgegriffen. Dies war insofern von Vorteil, da die Daten vollständig sowie durch die gegebene „Online-Verfügbarkeit“ leicht zugänglich waren.

Auf das Datenmaterial, respektive die Mitgliedschaften von Abgeordneten in Ausschüssen, wurde über den Index der Stenographischen Protokolle (zu finden unter der Rubrik „Parlament Aktiv“ auf der Hauptseite des österreichischen Nationalrates „rechts unten“<sup>57</sup>) zugegriffen. Genauer handelte es sich dabei um die Personenregister der Legislaturperiode XXI. Relevant waren alle Mitglieder des Nationalrates mit dem Vermerk „B“, welche die Abgeordneten des Nationalrates darstellen.<sup>58</sup> Durch einen Klick auf die jeweilige Person wurde ein detaillierter Überblick über den Mandatar und seine Aktivitäten in der XXI. Gesetzgebungsperiode ersichtlich, aus welchem

---

<sup>57</sup> <http://www.parlament.gv.at/PAKT/>

<sup>58</sup> <http://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/IND/index.shtml>. Personen, mit den Vermerk „A“ stellen Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretäre, Präsidenten des Rechnungshofes sowie Mitglieder der Volksanwaltschaft dar. Der Vermerk „C“ kennzeichnet jene Personen, die sich im Bundesrat befinden. Beide Gruppen wurden nicht in die Untersuchung mit einbezogen bzw. verfügen über keine Mitgliedschaft in einem Ausschuss des österreichischen Nationalrates. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass der Vermerk „D“ und „E“ das Sachregister der XXI. Gesetzgebungsperiode darstellen. Darin befinden sich jedoch keine Auskünfte über Ausschussmitgliedschaften der Parlamentarier.

herausgelesen wurde, in welche Ausschüsse eine Person bzw. Akteur in der XXI. Gesetzgebungsperiode gewählt wurde.

Im Folgenden wurden nun die einzelnen Mitgliedschaften der Nationalratsabgeordneten in den Ausschüssen der XXI. Legislaturperiode in eine binäre Tabelle übertragen (siehe Anhang 9.2).<sup>59</sup> Dies wurde mit Hilfe des Programms Excel durchgeführt. Auf der x Achse wurden somit 37 ständigen Ausschüsse der XXI. Gesetzgebungsperiode inklusive dem Untersuchungsausschuss zur Vergabep Praxis der Sozialministeriums 1999 und dem besondere Ausschuss zur Vorbereitung des Volksbegehrens „Veto gegen Temelin“ eingetragen.<sup>60</sup> Ebenso wurde dort auch die Parteizugehörigkeit der Abgeordneten erfasst. Auf der y Achse wurden die Namen der Abgeordneten zum Nationalrat aufgelistet. Nun wurde in einem weiteren Schritt für jede Mitgliedschaft in einem Ausschuss in die entsprechende Zelle der Wert 1 eingetragen, ansonsten eine 0 vermerkt. Dies ergab schlussendlich eine Tabellengröße von 8480 Zellen bzw. Werten. Es muss jedoch an dieser Stelle festgehalten werden, dass statt den 183 Mandataren, welche laut Geschäftsordnung im Nationalrat tätig sind, 211 Abgeordnete erfasst wurden. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass es einerseits innerhalb der Periode zum Austausch von Personen kam und andererseits 10 Abgeordnete in die Liste aufgenommen wurden, welche sich in keinem Ausschuss befanden, jedoch vom statistischen Archiv des Nationalrates trotz alledem auf der Homepage unter Abgeordnete mit dem Vermerk „B“ geführt wurden. Dies trifft z.B. auf Elisabeth Gehrler zu, die zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Regierung war und somit nicht in einem Ausschuss zu finden sein konnte.<sup>61</sup> Der Vollständigkeit halber wurden diese Personen in der Analyse berücksichtigt, haben aber aufgrund der geringen Anzahl keinen merklichen Einfluss auf die Auswertung.

---

<sup>59</sup> Jedes Mitglied in einem Ausschuss wird durch ein entsprechendes Ersatzmitglied aus derselben Partei im Falle einer Verhinderung vertreten. Diese Ersatzmitgliedschaften in einem Ausschuss wurden jedoch nicht berücksichtigt. Nur der Status „Mitglied“ wurde im weiteren Verlauf im Gesamtnetzwerk berücksichtigt.

<sup>60</sup> Zu Anzahl der Mitglieder bzw. Aufteilung der Sitze unter den Parteien siehe das Kapitel 3 „Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich“ in dieser Arbeit.

<sup>61</sup> Siehe hierzu ebenso die Tabelle im Anhang 9.2 dieser Arbeit.

### **5.1.2 Erfolgsmerkmale der Abgeordneten**

Um eine Bewertung hinsichtlich des Erfolges von Abgeordneten durchzuführen, war es notwendig geeignete Erfolgsmerkmale bzw. Erfolgskriterien von Abgeordneten bzw. Akteuren des Netzwerkes zu identifizieren. Dabei hat sich aufgrund des Interviews mit Dr. Zögernitz<sup>62</sup> herausgestellt, dass dies keine leichte Aufgabe darstellt.

Es wurde daher nach Kriterien gesucht, welche einerseits leicht zu operationalisieren sind und andererseits Aufschluss darüber geben können, ob ein Mandatar seine Vorstellungen durchsetzen kann und somit in einem weiteren Gedankenschritt „Erfolg“ hat oder nicht. Dafür wurde der selbstständige Antrag (wie im Kontext dieser Arbeit im Kapitel 2.3.5 „Der selbstständige Antrag“ beschrieben) gewählt. Wie schon zuvor ausgeführt handelt es sich dabei einerseits um Gesetzes-, andererseits um Entschließungsanträge. Diese Anträge besitzen demnach einen materiellen Inhalt (im Gegensatz zu Anträgen zur Geschäftsordnung). Jene Daten stellen somit den Grundstock für den „Erfolg“ eines Abgeordneten in dieser Arbeit dar. Mit diesen zwei Instrumenten von Abgeordneten wurde im weiteren Verlauf der Untersuchung eine zweistufige Erfolgsbilanz erstellt. Die Zweistufigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass einerseits allein das Stellen eines Antrages (Gesetzes- oder Entschließungsantrag) gezählt und somit als positiv erachtet wurde. Andererseits wurde überprüft, ob ein Antrag tatsächlich den gesamten parlamentarischen Prozess durchlaufen hat und in Folge positiv abgeschlossen wurde. Bezüglich der Gesetzesanträge ist dieser Umstand mit der Herausgabe eines Bundesgesetzblattes oder durch eine so genannte Miterledigung bei einer Sitzung des Nationalrates gegeben. Entschließungsanträge wurden auf der zweiten Stufe dann als Erfolg bewertet, wenn diese ebenfalls miterledigt oder der Antrag im Plenum angenommen wurde. Diese Daten wurden ebenfalls von der Homepage des österreichischen Nationalrates bzw. dessen Archiv entnommen. Genauer ausgeführt wurde hierbei unter dem Menüpunkt „Parlament aktiv“ auf der Homepage des österreichischen Nationalrates der Unterpunkt „Alle Verhandlungsgegenstände“ herangezogen. Hierdurch gelangt man zu einer Auswahlmaske, in der zuerst die XXI. Gesetzgebungsperiode ausgewählt wurde. Im Anschluss wurde das Suchergebnis durch das Anzeigen der Kriterien „Anträge“ bzw.

---

<sup>62</sup> Siehe hierzu das transkribierte Interview im Anhang 9.1 in dieser Arbeit.

„Selbstständige Anträge von Abgeordneten“ verfeinert. Nun wurde jede Person einzeln betrachtet und deren Gesetzes- bzw. Entschließungsanträge in einem ersten Schritt gezählt, sowie in einem zweiten Schritt auf deren parlamentarischen Verlauf hin untersucht. Wurde ein Antrag positiv abgeschlossen, wie zuvor in diesem Kapitel beschrieben, galt dieser Antrag als „erfolgreich“.<sup>63</sup> Auch hierzu wurde das Programm Excel zur Erstellung einer Liste verwendet.

In einem nächsten Schritt wurden diese Daten zu einer Erfolgsmetrik verarbeitet und mit Hilfe des Programms SPSS 15.0 mit den Ausschussdaten in Verbindung gebracht (siehe Anhang 9.3). Dies wird im nun folgenden Kapitel näher ausgeführt.

## 5.2 Datenauswertung (Verfahren der Informationsauswertung)

Zur Datenauswertung wurde (aus den beschriebenen Daten der Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten) die Überschneidung von Ausschussmitgliedschaften der einzelnen Abgeordneten, innerhalb einer Regierungsperiode als ungerichtetes, gewichtetes Netzwerk dargestellt. Anders ausgedrückt handelt es sich dabei um die Tatsache, dass sich ein Abgeordneter „A“ mit dem Abgeordneten „B“ in der XXI. Gesetzgebungsperiode im selben Ausschuss befand bzw. beide eine Mitgliedschaft im selben Ausschuss vorweisen konnten. Im Speziellen wurde eine Adjazenzmatrix  $A$  konstruiert, die die Anzahl  $N$  der Ausschüsse wiedergibt in der Mandatare  $i$  und  $j$  zusammengearbeitet haben (d.h.  $A_{ij} = N_{ij}$ ). Da diese Matrix ein ungerichtetes Netzwerk widerspiegelt, ist  $A_{ij} = A_{ji}$ . Sollten  $i$  und  $j$  nicht miteinander zumindest in einem Ausschuss vertreten gewesen sein, gilt  $A_{ij} = 0$ .

Dieses soziale Netzwerk wurde nun in einem weiteren Schritt in so genannte Cluster unterteilt und dessen Akteure hinsichtlich der Merkmale Clusterpartizipation (Hypothese 2) sowie strukturelle Löcher (Hypothese 1) untersucht. Die Erklärung der statistischen Berechnungen erfolgt im nächsten Kapitel (5.2.1 „Clusteranalyse“) und wurde mit dem Statistik Programm „R“ durchgeführt.

---

<sup>63</sup> Siehe hierzu im Detail den Anhang 9.3 „Gegenüberstellung Cluster – Partei – Erfolgsmetrik“ in dieser Arbeit.



Parallel dazu wurden die Erfolgsmerkmale der Abgeordneten zu einer Erfolgsmetrik ausgebaut. Es wurden auf der ersten Stufe der Metrik alle gestellten Anträge gezählt, wobei keine Differenzierung hinsichtlich ihrer Umsetzung bzw. Annahme im Parlament, stattgefunden hat. In einem nächsten Schritt wurde jedoch diese Gesamtanzahl den tatsächlich erfolgreichen Anträgen gegenübergestellt und so eine Erfolgsquote in Prozent für jeden Abgeordneten berechnet. Dies wurde mit dem Programm Excel durchgeführt.<sup>64</sup>

In einem letzten Schritt wurden die Hypothesen mithilfe des statistischen Auswertungsprogramm SPS 15.0 überprüft, welcher im Kapitel 5.2.2 „Überprüfung der Hypothese“ genauer beschrieben wird.

### 5.2.1 Cluster Analyse

Dieser Punkt wurde unter Anleitung bzw. Mithilfe von Dr. Stefan Wuchty<sup>65</sup> erarbeitet.

Im Allgemeinen werden Cluster-Methoden eingesetzt, um eine Menge von Datenpunkten in kleinere Mengen zu unterteilen bzw. zu trennen, die „mutually exclusiv“ (d.h. kein Datenpunkt ist in mehr als einer Menge erfasst) und „collectively exhaustive“ (d.h. jeder Datenpunkt ist erfasst) sind. Solche Teilmengen können wiederum kleinere Mengen enthalten, sodass diese Abhängigkeit mit einer baumähnlichen Struktur bzw. Dendrogramms darstellbar wird. Diese Form des ‘hierarchical clusterings’ kann entweder durch agglomeratives (bottom-up) oder divisives (top-down) Clustern erreicht werden. Im Speziellen wurde mit einer agglomerativen, hierarchischen Clusteringmethode gearbeitet, deren Einzelschritte folgendermaßen aussehen:

1. Zu Beginn wird mit allen einzelnen Datenpunkten gestartet

---

<sup>64</sup> Siehe hierzu den Anhang 9.3 „Gegenüberstellung Cluster – Partei – Erfolgsmetrik“ in dieser Arbeit.

<sup>65</sup> Dr. Stefan Wuchty ist Mitarbeiter am National Institutes of Health, Washington DC und ist spezialisiert auf die Analyse von biologischen/biochemischen Netzwerken.

2. Die Methode findet im nächsten Schritt so genannte Clusterpaare, die sich am nächsten sind und fasst diese solange zusammen, bis nur mehr ein Cluster übrig ist.
3. Das Endergebnis stellt das oben beschriebene Dendrogramm von zusammengefassten Teilmengen bzw. Clustern dar.

Dem hierarchischen Clustering liegt eine so genannte 'greedy' deterministische Strategie zugrunde, die eine Sequenz von verschachtelten Teilmengen wiedergibt, wo auf jedem nächst höheren Level zwei kleinere Teilmengen zu einer Menge vereint werden. Um diese Prozedur zu implementieren benötigt es ein Maß, das es dem Anwender erlaubt einzuschätzen, wie nahe oder fern zwei Teilmengen sind. *Ward's Methode* berechnet, um wie viel die Summe der Quadrate der Distanz zwischen zwei Clustern,  $A$  und  $B$ , steigt, wenn diese zusammengefasst werden:

$$\Delta(A, B) = \sum_{i \in A \cup B} \left\| \vec{x}_i - \vec{m}_{A \cup B} \right\|^2 - \sum_{i \in A} \left\| \vec{x}_i - \vec{m}_A \right\|^2 - \sum_{i \in B} \left\| \vec{x}_i - \vec{m}_B \right\|^2 = \frac{n_A n_B}{n_A + n_B} \left\| \vec{m}_A - \vec{m}_B \right\|^2$$

$\vec{m}_J$  ist das Zentrum von Cluster  $J$ , und  $n_J$  ist die Anzahl der Datenpunkte darin. Das Zentrum eines Clusters,  $\vec{m}_J$ , definiert als

$$\vec{m}_J = \frac{1}{n_J} \sum_{i \in J} \vec{x}_i.$$

In hierarchischen Clustermethoden startet die Summe der Quadrate bei 0 (jeder Datenpunkt ist sein eigener Cluster) und steigt, wenn Cluster zusammengefasst werden. Als Implementierung des Ward clustering Algorithmus wurde das Programm package R verwendet<sup>66</sup>.

#### 5.2.1.1 Bestmögliche Partition von Clustern

Als Resultat eines Clusteringvorganges erhält man ein Dendrogramm, das die Abhängigkeiten der verschiedenen Teilcluster veranschaulicht. Das Problem dabei ist jetzt, die gewünschten Cluster zu bestimmen. Um solche Gruppen zu identifizieren,

<sup>66</sup> <http://www.r-project.org/>

muss ein Maß definiert werden, das die Cluster mit gewünschten Eigenschaften charakterisiert. Wie bereits erwähnt, erlaubt das hierarchisches Clustering Datenpunkte auf eine 'mutually exclusive, collectively exhaustive' Weise zusammenzufassen. Da im wesentlichen Netzwerke geclustert werden, sollen Cluster entstehen, die die Zahl der Verbindungen innerhalb eines Clusters maximiert, während Verbindungen zu anderen Clustern minimiert werden. Dazu wurde eine Modularitätsindex  $M$  definiert (Newman/Girvan 2004):

$$M = \frac{1}{2e} \sum_{ij} \left[ A_{ij} - \frac{w_i w_j}{2e} \right] \delta(c_i, c_j).$$

In dieser Formel ist  $e$  die Anzahl der Verbindungen im Netzwerk, während  $A_{ij}$  das Gewicht der Verbindung von Netzwerkpunkten  $i$  und  $j$  darstellt. Während ein Netzwerkpunkt eine gewisse Anzahl von Verbindungen haben kann, wurde in dieser Arbeit das Gewicht  $w$  eines Punktes  $k$  als  $w_k = \sum_l A_{kl}$  definiert.  $\delta$  ist das so genannte Kroneckerdelta, einer Funktion definiert als  $\delta(x, y) = \begin{cases} 1, & x = y \\ 0, & x \neq y \end{cases}$ . In diesem Fall ist  $\delta = 1$ , wenn die beiden Netzwerkpunkte  $i$  und  $j$  im selben Cluster sind,  $c_i = c_j$ , und umgekehrt.

Um optimale Cluster zu erhalten, wurde eine bestimmte Zahl von Clustern aus den zugrundeliegenden Dendrogrammen extrahiert und im Anschluss die Modularität dieser Partitionen berechnet. Daraufhin wurde diejenige Partition eines Netzwerkes ausgewählt, welche die höchste Modularität erlaubte.

### 5.2.1.2 Clusterpartizipationskoeffizient der Abgeordneten

Der Clusterpartizipationskoeffizient ist eine Maß für die Diversität der Verbindungen eines Netzwerkpunktes (Guimera/Nunes Amaral 2005). Der Koeffizient ist eine Zahl zwischen 0 und 1. Wenn ein Netzwerkpunkt viele Verbindungen in andere Cluster hat, strebt der Koeffizient gegen 0 und *vice versa*. Der Partizipationskoeffizienten eines Netzwerkpunktes  $i$  wird als  $P_i = \sum_{s=1}^N \left[ \frac{w_{i,s}}{\sum_{s=1}^N w_{i,s}} \right]^2$  definiert. Das Gewicht der Verbindungen, die der Netzwerkpunkt  $i$  zu anderen Punkten im selben Cluster  $s$  hat, ist definiert als  $w_{i,s} = \sum_{j \in s} A_{ij}$ .  $N$  ist die Gesamtanzahl der Cluster.

### 5.2.1.3 Structural Holes

Structural Holes (Burt 1992) in einem sozialen Netzwerk können strategisch gefüllt werden durch mehrere Verbindungen, sodass andere Netzwerkpunkte verbunden werden können. Diese Betrachtung ist mit dem Konzept des sozialen Kapitals eng verbunden<sup>67</sup>: Wenn eine Person zwei andere verbindet, die im Netzwerk unverbunden sind geht deren Kommunikation über ebendiese Person. Der Structural Holes Index (Buskens/Van de Rijt 2008) wird definiert als

$$c_i = \sum_{j \neq i} (p_{ij} + \sum_{k \neq i, k \neq j} p_{ik} p_{kj})^2.$$

$p_{ij}$  ist die Proportion die  $i$  in Kontakt  $j$  hat. Formal definiert wird der beschriebene Anteil in dieser Arbeit an allen Kontakten von  $i$ ,  $p_{ij} = \frac{A_{ij}}{\sum_k A_{ik}}$ ,  $A_{ij}$  ist der entsprechende Eintrag in der Adjazenzmatrix. Dieser Index ist eine Zahl zwischen 0 und 1. Je höher der Index, desto mehr Structural Holes kann  $i$  überbrücken und *vice versa*.

## 5.2.2 Überprüfung der Hypothesen

Die gesamte Auswertung hinsichtlich der Überprüfung der Hypothesen erfolgte mit dem statistischen Auswertungsprogramm SPSS 15.0 und gliedert sich in folgende zwei Teilschritte:

1. Korrelation der Variablen „Partizipation“ (Clusterpartizipation) und „structural holes“ mit den definierten Erfolgsmerkmalen der Abgeordneten (Hypothese 1 und 2)
2. Berechnung eines möglichen Einflusses der. Parteizugehörigkeit auf die definierten Erfolgsmerkmale der Abgeordneten (Hypothese 3)

Für die statistische Auswertung mittels SPSS 15.0 (Landau/Everitt 2004) wurde ein Signifikanzniveau von 5 % gewählt ( $\alpha = 0,05$ ). Vereinfacht gesagt bedeutet dies, dass beim Zutreffen einer Nullhypothese ( $H_0$ ) die Irrtumswahrscheinlichkeit bei 5 % liegt. Eine Nullhypothese geht meistens davon aus, dass keine Zusammenhänge bzw. keine Unterschiede in der Verteilung der Stichproben bestehen. Je kleiner der errechnete

---

<sup>67</sup> Siehe hierzu auch das Kapitel „Ronald Burts structural holes“ in dieser Arbeit.

Signifikanzwert ( $p$ ) desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Nullhypothese nicht zutrifft und somit die Alternativhypothese wahrscheinlich ist.

## 6. Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode

### 6.1 Identifizierung der Cluster

Da das erhobene Gesamtnetzwerk eine sehr hohe Dichte aufweist, wurde eine so genannte „heat map“ als Darstellungsform gewählt, weil eine klassische Präsentationsform mit Akteurspunkten und den sie verbindenden Beziehungen in diesem Fall sehr unübersichtlich wäre. Eine heat map repräsentiert eine Definitionsmenge in einer bestimmten Farbe und ermöglicht es, markante Werte einer großen Datenmenge schnell zu erfassen.

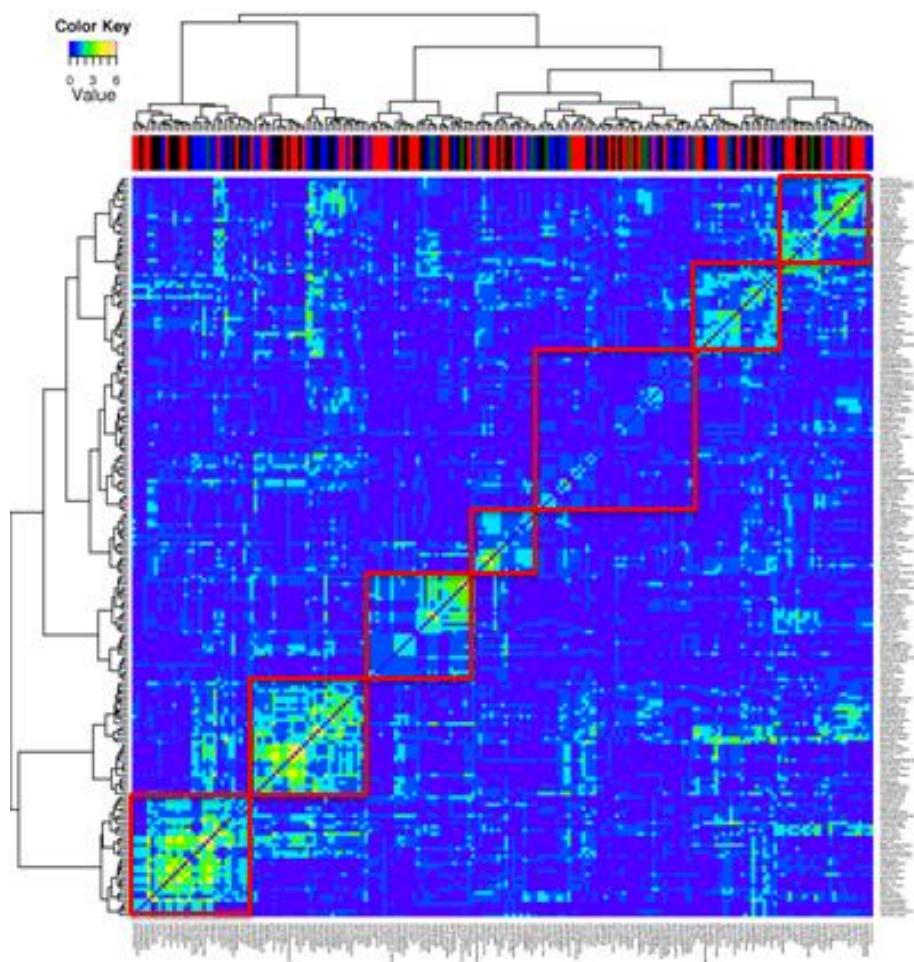


Abbildung 6.1: Geclusterte Heat map der Abgeordneten im Ausschusswesen der GP XXI; die Clusterreihenfolge von links unten nach rechts oben: 6, 5, 1, 4, 2, 7, 3

Aufgrund der in Abschnitt 5.2.1 „Cluster Analyse“ beschriebenen Berechnungen konnten in der XXI. Gesetzgebungsperiode sieben Cluster identifiziert werden, welche durch eine rote Umrandung deutlich in Abbildung 6.1 hervorgehoben wurden. Jede Reihe bzw. jede Spalte der heat map repräsentiert hierbei einen einzelnen Abgeordneten. Diese sind entlang der unteren und rechten Kante aufgelistet. Durch die Gegenüberstellung der einzelnen Abgeordneten erhält jedes „Abgeordneten-Pärchen“ einen Punkt auf der heat map. Um die Anzahl der Zusammenarbeit in den Ausschüssen bzw. die Überschneidungen der Ausschussmitgliedschaften sichtbar zu machen, wurde eine grafische Codierung von dunkelblau über grün bis hellgelb gewählt, die Werte von 0 bis 6 darstellen. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, je heller ein Punkt auf der heat map erscheint, desto höher ist der Wert der Zusammenarbeit bzw. die Überschneidung von Ausschussmitgliedschaften zwischen zwei Abgeordneten.

Auf der linken sowie oberen Kante der heat map wurde aufgrund des hierarchischen Clusterings<sup>68</sup> das dazugehörige Dendrogramm abgebildet. Dieses Dendrogramm ist für die Strukturierung bzw. für die Reihenfolge der Auflistung der Abgeordneten in der heat map verantwortlich. Diese baumähnliche Konstruktion hat folgende Aussagekraft: Je ähnlicher (in Falle dieser Arbeit je mehr Überschneidungen der Ausschussmitgliedschaften) sich zwei Akteure sind, desto eher wurden diese zusammengefasst. Die Baumstruktur ist insofern von Vorteil, als dass sie die Berechnungen des Kapitels 5.2.1.1 „Bestmögliche Partition von Clustern“ sichtbar macht. Je kleiner die Verzweigungen des Dendrogramms sind, desto ähnlicher sind sich die Akteure. Wird in der Baumstruktur sozusagen in Richtung des Stammes gegangen, desto unähnlicher werden sich die Abgeordneten (immer bezogen auf ihre Ausschussmitgliedschaften). Zusätzlich wurde entlang der oberen Kante der Abbildung die Parteizugehörigkeit in den entsprechenden Parteifarben dargestellt.

Die sieben Cluster bzw. Gruppierungen von Abgeordneten ergeben sich durch deren Ähnlichkeit bzw. Häufigkeit der gemeinsam besuchten Ausschüsse. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass Mandatäre, welche sich demnach vorwiegend in denselben Ausschüssen befunden haben, zu einem Cluster zusammengefasst

---

<sup>68</sup> Siehe hierzu Kapitel 5.2.1 „Cluster Analyse“ in dieser Arbeit.

wurden.<sup>69</sup> Zum besseren Verständnis soll dies am Beispiel der Abgeordneten Hermann Böhacker (FPÖ), Günter Stummvoll (ÖVP) und Rudolf Edlinger (SPÖ) verdeutlicht werden, welche dem Cluster Nummer 1 angehören. Alle drei Mandatare befinden sich im Finanzausschuss sowie im ständigen Unterausschuss des Budgetausschusses. Darüber hinaus sitzen Hermann Böhacker und Günter Stummvoll gemeinsam im ständigen Ausschuss für Budget sowie im ständigen gemeinsamen Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948.

In der nachstehenden Tabelle 6.1 werden die identifizierten Cluster nach ihrer Parteistärke genauer beschrieben. Wie bereits im Kapitel 5.1.1 „Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten“ erwähnt, wurden insgesamt 211 Abgeordnete in die Untersuchung mit einbezogen. Dadurch wird ersichtlich, dass mit 73 Abgeordneten die SPÖ die meisten Mandatare im betrachteten Gesamtnetzwerk gestellt hat. Die ÖVP kommt somit auf 65, die FPÖ auf 59 und die Grünen auf 14 Abgeordnete. Die ebenfalls schon im zuvor genannten Kapitel erwähnten 10 Abgeordneten, welche sich in keinen Ausschuss befanden, bilden dementsprechend das Cluster 0. Der Vollständigkeit halber wurde Cluster 0 in den anschließenden Berechnungen berücksichtigt, hat aber aufgrund der geringen Anzahl keinen merklichen Einfluss auf die Auswertung. Die größte Gruppierung mit 42 Abgeordneten bildete Cluster 2, die kleinste mit 17 Mandataren wurde von Cluster 4 repräsentiert. Ebenfalls soll an dieser Stelle Erwähnung finden, dass sich im Cluster 5 keine Mitglieder der grünen Partei befunden haben.

---

<sup>69</sup> An dieser Stelle sei nochmals auf die Berechnung im Kapitel 5.2.1 „Cluster Analyse“ sowie 5.2.1.1 „Bestmögliche Partition von Clustern“ in dieser Arbeit hingewiesen.



## Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode

Tabelle 6.1: Auflistung der Cluster mit der entsprechenden Parteistärke

Cluster	Parteizugehörigkeit	Anzahl (N)
0	ÖVP	5
	SPÖ	2
	Grüne	1
	FPÖ	2
	Total	10
1	ÖVP	9
	SPÖ	12
	Grüne	2
	FPÖ	6
	Total	29
2	ÖVP	11
	SPÖ	13
	Grüne	5
	FPÖ	13
	Total	42
3	ÖVP	7
	SPÖ	12
	Grüne	1
	FPÖ	6
	Total	26
4	ÖVP	4
	SPÖ	6
	Grüne	2
	FPÖ	5
	Total	17
5	ÖVP	11
	SPÖ	10
	FPÖ	10
	Total	31
6	ÖVP	12
	SPÖ	10
	Grüne	1
	FPÖ	10
	Total	33
7	ÖVP	6
	SPÖ	8
	Grüne	2
	FPÖ	7
	Total	23
Total	ÖVP	65
	SPÖ	73
	Grüne	14
	FPÖ	59
	Total	211

## **6.2 Datenverteilung der strukturellen Parameter der Abgeordneten**

Jede statistische Aufbereitung von Daten beginnt mit einer detaillierten Veranschaulichung der erhobenen Datenmenge. Zur grafischen Darstellung der Datenverteilung wurden so genannte *box plots* (z.B. Abb. 6.2) erstellt. Die in der Grafik dargestellte Box repräsentiert den Bereich, in welchem sich die mittleren 50% der Daten befinden. Der Strich innerhalb jeder Box stellt dabei den Medianwert dar, welcher durch seine Lage die Abweichung vom Mittelwert erkennen lässt. Die Box selbst wird durch die oberen bzw. unteren 25% der Daten begrenzt. Dies ist durch die zwei Linien, welche die Box verlängern, grafisch veranschaulicht. Der Anfang des unteren Striches, sowie das Ende der oberen Linie symbolisieren den Minimum- bzw. Maximumwert der Daten. Eventuelle Extremwerte werden außerhalb des *box plots*, als Punkt oder Stern, angezeigt. Ein Extremwert ist dann gegeben, wenn sich dieser in einem Minimumabstand der 1,5 fachen Länge der Box befindet. Der simple Aufbau der *box plots* eignet sich sehr gut einen schnelle Überblick über die Datenlage zu erhalten.

Aus der Abbildung 6.2a ist ersichtlich, dass sich die Werte für die Clusterpartizipation unterschiedlich auf die Cluster verteilt. Genauso verhält es sich im Bezug auf die Variable structural holes (Abb. 6.2b). Dies wurde durch die Berechnung der Signifikanz bestätigt (Kruska Wallis Test). Dass heißt, dass sich beide genannten Werte signifikant unterschiedlich auf die Cluster verteilen und demnach keine zufällige Verteilung der Werte vorliegt. Rein grafisch betrachtet lässt sich jedoch kein Unterschied hinsichtlich der Verteilung des Wertes structural holes (Abb. 6.2b) erkennen.

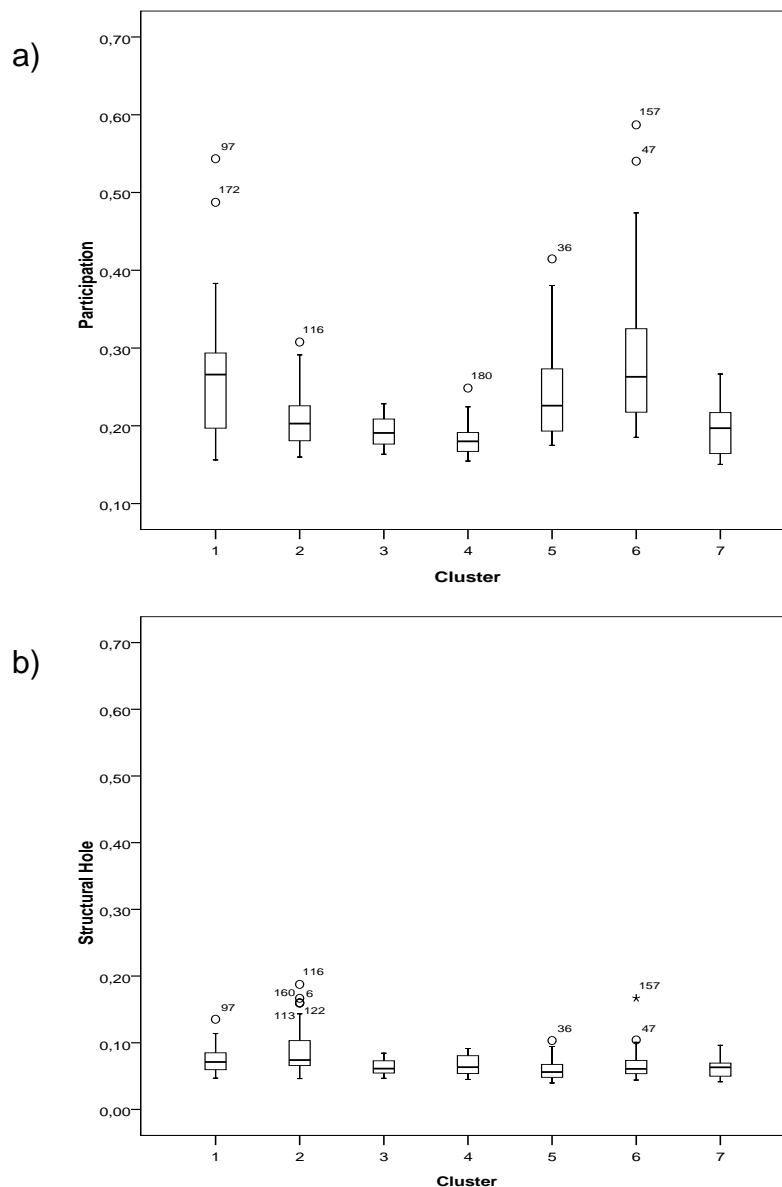


Abbildung 6.2: Verteilung der Clusterpartizipation (a) und der Structural Holes (b) auf die Cluster

Die Abbildung 6.2a lässt vermuten, dass die Cluster 1, 2, 5 und 6 einen höheren Partizipationskoeffizienten aufweisen als die Cluster Nummer 3, 4 und 7. Der Median liegt bei den Clustern 1, 2, 5, und 6 im Bereich zwischen 0,23 und 0,26, hingegen erreicht der Median bei Cluster 3, 4, und 7 einen maximalen Wert von 0,2. Dies bedeutet, dass die Abgeordneten, welche sich in Clustern 1, 2, 5 und 6 befinden über weniger Netzwerkverbindungen verfügen als die anderen Parlamentarier, da sie einen höheren Wert bezogen auf den Clusterpartizipationskoeffizienten aufweisen. Der Partizipationskoeffizient kann einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Je geringer der Wert ist, desto mehr Netzwerkverbindungen weist ein Parlamentarier auf und

umgekehrt. Weiters ist anzumerken, dass die aus Abbildung 6.2a ersichtliche Streuung der Werte für die Cluster 1, 5 und 6 stärker ausfällt als in den Clustern 2, 3, 4, und 7. Die höchsten Partizipationswerte lassen sich in Clustern 1 und 6 finden, mit Extremwerten bis zu 0,58.

Für die Abbildung 6.2b lässt sich festhalten, dass der Wert „structural hole“ zwischen 0,05 und 0,18 (einschließlich der Extremwerte) angesiedelt ist. Hierbei ist somit keine große Spannweite der Daten in den einzelnen Clustern feststellbar.

### **6.3 Datenverteilung der Erfolgsmerkmale von Abgeordneten**

Die Abbildung 6.3 zeigt die Datenverteilung der Erfolgsmerkmale „Anzahl der gesamten Anträge“ sowie jene der errechneten „Erfolgsquote“ auf die Cluster.<sup>70</sup> Die dargestellten box plots verdeutlichen, dass sich die Verteilung der Erfolgsquote auf die Cluster (Abb. 6.3b), im Gegensatz zu den gesamten Anträgen (Abb. 6.3a), signifikant unterscheidet. Der Medianwert der gesamten Anträge liegt bei allen Clustern nahe 0 (Abb. 6.3a). Dies lässt darauf schließen, dass nur einzelne Personen eine sehr hohe Anzahl an selbstständigen Anträgen stellen, was ebenso an den vielen Ausreißern bzw. Extremwerten erkennbar ist (Punkte außerhalb der box plots).

Wie bereits erwähnt, liegt eine signifikant unterschiedliche Verteilung der Erfolgsquote auf die Cluster vor (Abb. 6.3b). Der Median aller Cluster, mit Ausnahme von Cluster 2, weist einen Wert von 0 auf. Eine Unterscheidung ergibt sich offensichtlich nur aufgrund der Boxenlänge bzw. Spannweite der Daten. Die Länge der Boxen der Cluster 1, 2, 5 und 6 geben an, dass die mittleren 50% der Daten sich innerhalb einer sehr weiten Spannweite (0 – 100%) befinden und somit stark „gestreut“ sind. Betrachtet man den Median der jeweiligen Box wird ersichtlich, dass es sich hierbei um eine „schiefe“ Verteilung der Daten handelt bzw. sehr viele Abgeordnete eine Erfolgsquote von 0% aufweisen.

---

<sup>70</sup> An dieser Stelle sei angemerkt, dass in der Abbildung 6.3 Cluster 0 Abgeordnete fasst, die sich in keinem Cluster befinden. Cluster 0 besitzt für die weitere Auswertung keine Relevanz.

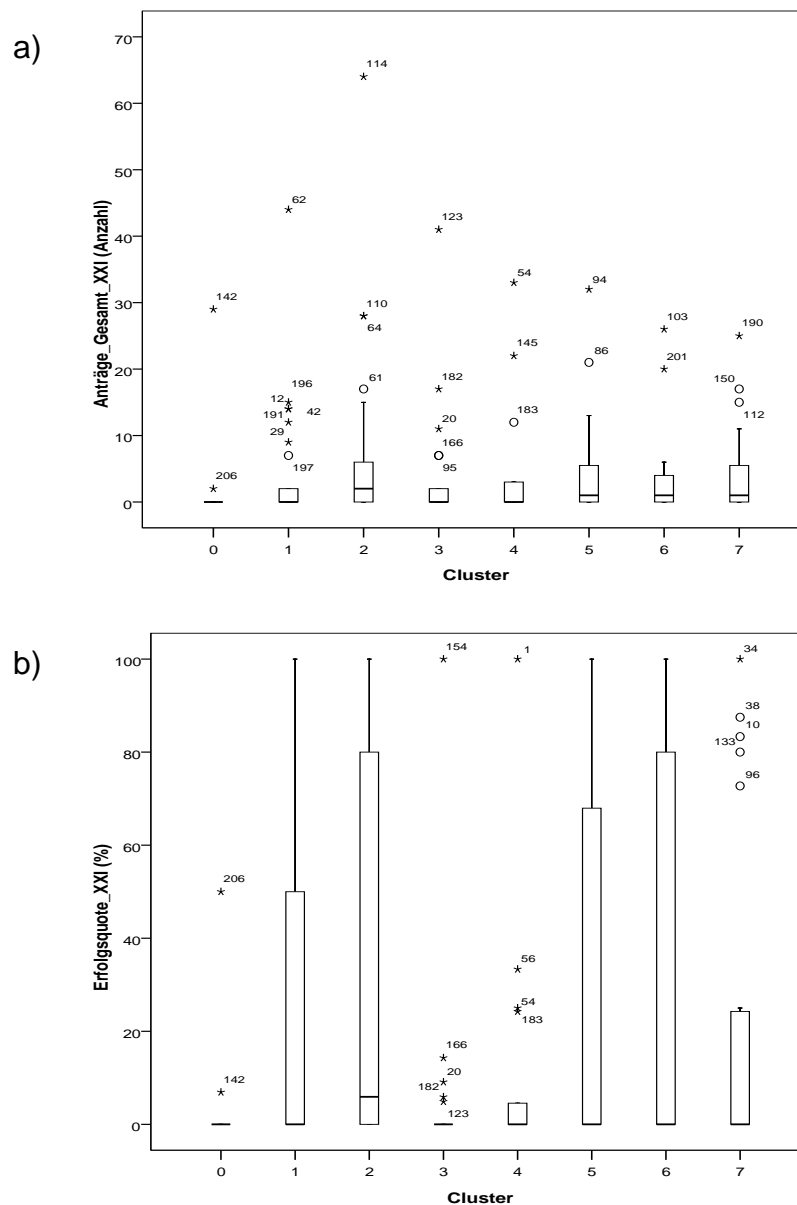


Abbildung 6.3: Verteilung der gesamten Anträge (a) und der Erfolgsquote in % (b) auf die Cluster

Zur Überprüfung der Hypothese 1 und 2 wurde in einem weiteren Schritt die strukturellen Parameter der Abgeordneten (Partizipationskoeffizient, structural hole) den Erfolgsmerkmalen (Erfolgsquote, Anzahl der gesamten Anträge) gegenübergestellt. Zusätzlich wurde noch die Variable „Anzahl der erfolgreichen Anträge“ hinzugezogen. Die bisherige grafische Auswertung der Daten erweckt den Anschein, dass ein hoher Partizipationskoeffizient eines Clusters einen höheren Erfolg des selbigen zur Folge hat. Die folgende Matrix (Tabelle 6.2) soll dabei mögliche Korrelationen dieser Parameter aufzeigen.

#### **6.4 Korrelation der Variablen Partizipation und structural holes mit den Erfolgsmerkmalen**

In der Tabelle 6.2 sind die Korrelationsergebnisse der Variablen Partizipation und structural holes mit den Erfolgsmerkmalen von Abgeordneten dargestellt. Die Anzahl der gesamten Anträge korreliert mit der Anzahl der erfolgreichen Anträge ( $p = 0,000 < \alpha = 0,05$ ), jedoch nicht mit der errechneten Erfolgsquote ( $p = 0,235 < \alpha = 0,05$ ). Diese Korrelation hat jedoch keine relevante Aussagekraft für die gegenständliche Untersuchung. Eine natürliche Korrelation ergibt sich bei den Variablen Partizipationskoeffizient und structural holes, die sich gegenseitig bedingen. Allerdings ist bei dieser Korrelation keine Aussagekraft gegeben. Der Grund liegt darin, dass Abgeordnete, welche einen niedrigen Clusterpartizipationskoeffizienten aufweisen, der Definition<sup>71</sup> nach über viele Verbindungen in andere Cluster verfügen. Das heißt demnach auch, dass er viele Akteure verbindet, welche ansonsten über keine direkte Verbindung (demnach einen gemeinsamen Platz in einem Ausschuss) verfügen. Dies wiederum schlägt sich unmittelbar auf den Wert structural holes nieder, welcher angibt, wie viele strukturelle Löcher ein Akteur in einem Netzwerk als Broker bzw. Makler überwinden kann. Hat ein Akteur demnach viele Verbindungen in andere Cluster, ist davon auszugehen, dass es sich dabei ebenfalls um eine Maklerposition handelt.

Festzuhalten bleibt, dass die strukturellen Parameter der Abgeordneten nicht mit den Erfolgsvariablen korrelieren ( $p > 0,05$ ). Die im vorherigen Punkt geäußerte Vermutung, wonach Zusammenhänge zwischen dem Partizipationskoeffizient und der Erfolgsquote bestehen, konnte somit nicht bestätigt werden.

---

<sup>71</sup> Siehe hierzu nochmals das Kapitel 5.2.1.2 „Clusterpartizipationskoeffizient der Abgeordneten“ in dieser Arbeit.

## Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode

Tabelle 6.2: Korrelationsmatrix der spezifischen Parameter der Abgeordneten und der Erfolgsvariablen

		Correlations				
		Anträge_Gesamt_XXI (Anzahl)	Erfolgreiche Anträge_XXI	Erfolgsquote_XXI (%)	Participation	Structural Hole
Anträge_Gesamt_XXI (Anzahl)	Pearson Correlation	1	,449**	,082	,000	-,020
	Sig. (2-tailed)		,000	,235	,999	,776
	N	211	211	211	201	201
Erfolgreiche Anträge_XXI	Pearson Correlation	,449**	1	,584**	,056	-,017
	Sig. (2-tailed)	,000		,000	,426	,811
	N	211	211	211	201	201
Erfolgsquote_XXI (%)	Pearson Correlation	,082	,584**	1	,051	-,024
	Sig. (2-tailed)	,235	,000		,469	,738
	N	211	211	211	201	201
Participation	Pearson Correlation	,000	,056	,051	1	,519**
	Sig. (2-tailed)	,999	,426	,469		,000
	N	201	201	201	201	201
Structural Hole	Pearson Correlation	-,020	-,017	-,024	,519**	1
	Sig. (2-tailed)	,776	,811	,738	,000	
	N	201	201	201	201	201

\*\* . Correlation is significant at the 0.01 level (2-tailed).

Mithilfe einer Varianzanalyse soll im Folgenden herausgefunden werden, ob durch die Miteinbeziehung des Faktors Parteizugehörigkeit bzw. der Wechselwirkung zwischen Partei- und Clusterzugehörigkeit eventuelle Rückschlüsse auf eine Beeinflussung der Erfolgsmerkmale erreicht werden können. Bei einer Varianzanalyse unterscheidet man zwischen einer Zielvariablen oder auch unabhängigen Variablen (z.B. Anzahl der gesamten Anträge) und einer Einflussvariable oder auch abhängige Variable (z.B. Parteizugehörigkeit) darstellt. Es soll dabei überprüft werden, ob die unabhängige Variable durch die abhängige Variable beeinflusst wird.

### 6.5 Berechnung eines möglichen Einflusses der Parteizugehörigkeit auf die Erfolgsmerkmale der Abgeordneten

Um eine Varianzanalyse durchführen zu können, muss eine Varianzhomogenität sowie Normalverteilung der Stichprobenvariablen gegeben sein. Die Überprüfung der Varianzhomogenität wurde in diesem Fall mit dem Levene's Test durchgeführt und kommt zu folgendem Ergebnis (Tabelle 6.3):

## Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode

Tabelle 6.3: Levene's Test der Varianzhomogenität

	F	df1	df2	Sig.
Anträge_Gesamt_XXI (Anzahl)	1,479	30	180	,063
Erfolgreiche Anträge_XXI	2,767	30	180	,000
Erfolgsquote_XXI (%)	8,159	30	180	,000

Tests the null hypothesis that the error variance of the dependent variable is equal across groups.

a. Design: Intercept+Parteizugehörigkeit\_XXI+Cluster+Parteizugehörigkeit\_XXI \* Cluster

Der Test liefert ein signifikantes Ergebnis für die abhängigen Variablen „erfolgreiche Anträge“ und „Erfolgsquote“ ( $p = 0,000$ ). Dies bedeutet, dass für diese Variablen keine Varianzhomogenität besteht und sie somit nicht die Voraussetzungen für eine Varianzanalyse erfüllen. Das Ergebnis für die Variable „gesamte Anträge“ ist knapp nicht signifikant ( $p = 0,063$ ) und kann somit für eine Varianzanalyse herangezogen werden. Die zweite Bedingung, jene der Normalverteilung, wurde grafisch überprüft.

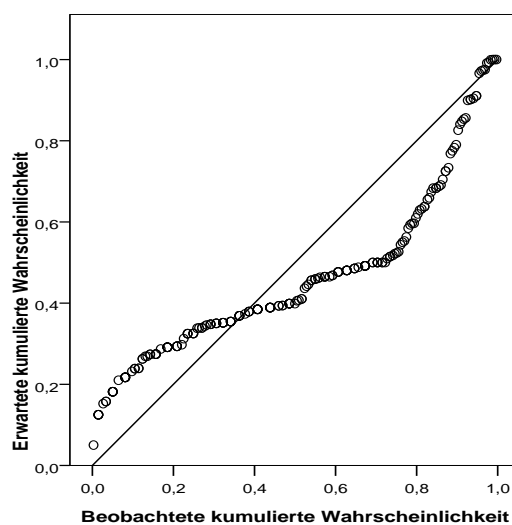


Abbildung 6.4: Gegenüberstellung der beobachteten kumulierten Wahrscheinlichkeit mit der erwarteten kumulierten Wahrscheinlichkeit der gesamten Anträge (Normal P-P Plot of Standardized Residual)

Wie aus Abbildung 6.4 ersichtlich, streuen die Werte zufällig, in einer leichten S-Form, um die 45°-Gerade von beobachteter vs. Kumulierter Wahrscheinlichkeit. Es kann kein eindeutiger Einwand gegen die Annahme der Normalverteilung erhoben werden.

In der Tabelle 6.4 sind die Ergebnisse der Varianzanalyse für die abhängige Variable „gesamte Anträge“ bzw. für die unabhängigen Variablen „Parteizugehörigkeit“ abgebildet. Um mögliche Wechselwirkungen zwischen der Parteizugehörigkeit und der



## Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode

Cluster bzw. Gruppierung von Abgeordneten zu berücksichtigen, wurde der Faktor „Clusterzugehörigkeit“ als zweite unabhängige Variable mit einbezogen. Die für die Analyse relevanten Ergebnisse wurden in diese Tabelle fett markiert. Ein Signifikanzwert (p) kleiner 0,05 (entspricht dem angenommenen Signifikanzniveau) gibt an, dass die abhängige Variable durch den Einfluss der unabhängigen Variable erklärt werden kann.

Tabelle 6.4: Varianzanalyse für die abhängige Variable „gesamte Anträge“ und die unabhängigen Variablen „Parteizugehörigkeit“ und „Cluster“ sowie deren Wechselwirkung

Dependent Variable: Anträge\_Gesamt\_XXI (Anzahl)

Source	Type III Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.
Corrected Model	5695,993(a)	30	189,866	3,500	0,000
Intercept	5572,923	1	5572,923	102,744	0,000
Cluster	576,275	7	82,325	1,518	<b>0,164</b>
Parteizugehörigkeit_XXI	3597,891	3	1199,297	22,111	<b>0,000</b>
Cluster *	1528,556	20	76,428	1,409	<b>0,123</b>
Parteizugehörigkeit_XXI					
Error	9763,362	180	54,241		
Total	19384,000	211			
Corrected Total	15459,355	210			

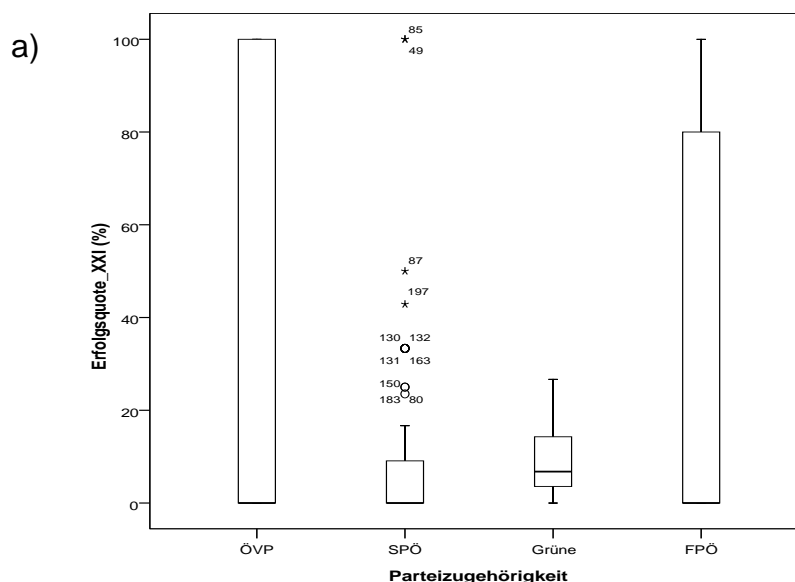
a. R Squared = ,368 (Adjusted R Squared = ,263)

Die Analyse zeigt, dass die Clusterzugehörigkeit keinen signifikanten Einfluss auf die Anzahl der Anträge hat ( $p = 0,164 > \alpha 0,05$ ). Ein deutlich anderes Bild ergibt jedoch ein Blick auf die Parteizugehörigkeit, welche sich als signifikante Einflussgröße auf die Erfolgsvariable erweist ( $p = 0,000$ ). Eine Wechselwirkung bzw. Interaktion zwischen der Parteizugehörigkeit und den Clustern kann ausgeschlossen werden ( $p = 0,123 > \alpha 0,05$ ). Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass im Falle der hier vorliegenden Untersuchung keine gemeinsame Wirkung der Partei- sowie Clusterzugehörigkeit der Abgeordneten auf die Anzahl der gesamten Anträge gegeben ist. Alleine die Parteizugehörigkeit hat sich als die einzige Einflussgröße auf die Anzahl der gesamten Anträge erwiesen.

In einem weiteren Schritt wurde auf die einzelnen Parteien im Bezug auf ihren Erfolg genauer eingegangen. Die grafische Darstellung (Abb. 6.5) der Verteilung von beiden

Erfolgsmerkmalen (Erfolgsquote sowie Anzahl der gesamten Anträge) im Bezug auf die Parteizugehörigkeit illustriert einen signifikanten Unterschied. Die Parteien ÖVP und FPÖ erzielen eine deutlich höhere Erfolgsquote im Vergleich zu SPÖ und Grünen (Abb. 6.5a). Jedoch ist die Länge der Box gleichzeitig ein Indikator für ein hohes Streuungsmaß. Im Falle der ÖVP entspricht die Boxlänge auch der Spannweite und reicht von 0 bis 100%. Der Medianwert liegt bei 0, was auf eine schiefe Datenverteilung hindeutet. Auch die Erfolgsquote der FPÖ weist auf eine starke Streuung. Die mittleren 50 % Daten (Boxlänge) liegen zwischen 0 und 85%. Zusätzlich sei noch angemerkt, dass auch der Median der Erfolgsquote bei der SPÖ bei 0% liegt und sich die mittleren 50% der Daten zwischen 0 – 10% befinden. Einzelne Abgeordnete (dargestellt als Ausreißer) erzielten jedoch eine höhere Erfolgsquote bis zu 50%. Die Grünen weisen einen Medianwert von 5% auf. Die Hälfte der Abgeordneten erreichte eine Erfolgsquote zwischen 5 und 15%.

Festzuhalten bleibt, dass ein klarer Unterschied zwischen Regierungsparteien (ÖVP und FPÖ) und Oppositionszugehörigkeit (SPÖ und Grünen) hinsichtlich der Erfolgsquote abgelesen werden kann.



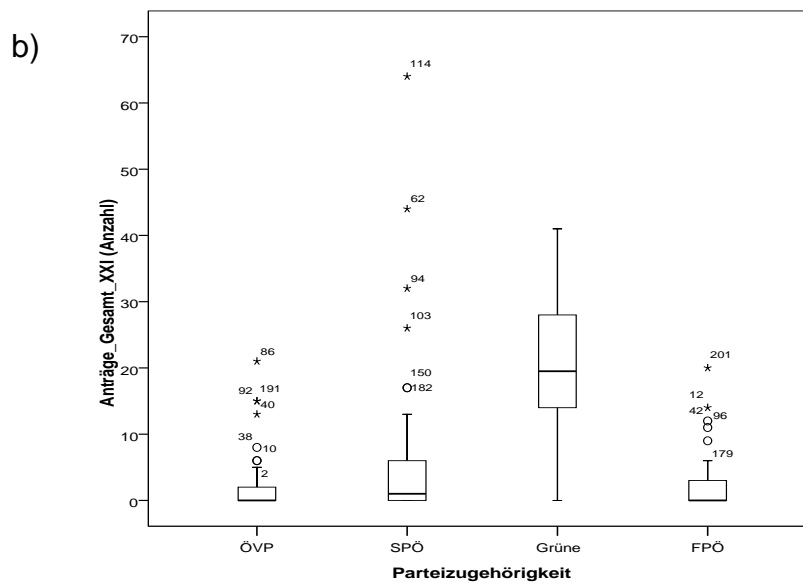


Abbildung 6.5: Verteilung der Erfolgsquote in % (a) und der gesamten Anträge (b) auf die Parteizugehörigkeit

Im Hinblick auf die Gesamtanzahl der gestellten Anträge haben die Grünen sowie die SPÖ, aufgrund ihrer Extremwerte bzw. Ausreißer, deutlich mehr Anträge gestellt als ÖVP und FPÖ (Abb. 6.5b). Hierbei sind vor allem die Grünen hervorzuheben, wo die Hälfte der Abgeordneten 15 bis 28 selbstständige Anträge gestellt haben. Nochmals sei erwähnt, dass bei den Parteien ÖVP, FPÖ und SPÖ verhältnismäßig hohe Werte nur durch einzelne Personen erreicht wurden (Extremwerte).<sup>72</sup>

Diese Extremwerte bzw. die dazugehörenden Abgeordneten werden in der nächsten Tabelle 6.5 im Detail betrachtet.

<sup>72</sup> Siehe hierzu ebenso Abbildung 3.1 und Tabelle 3.1 im Kapitel 3 „Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich“

## Ergebnisse der Analyse der XXI. Gesetzgebungsperiode

Tabelle 6.5: Auflistung der Abgeordneten mit einer hohen Anzahl an gestellten selbstständigen Anträgen (Extremwerte)

Partei	Name	Funktion
ÖVP	Gottfried Fischer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmannstellvertreter im Ausschuss für Arbeit und Soziales</li> <li>• ÖVP-Sozialsprecher</li> </ul>
	Andreas Khol	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klubobmann der ÖVP</li> <li>• Obmann des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der EU</li> <li>• Obmann des Unterausschusses des Außenpolitischen Ausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Hauptausschusses,</li> <li>• Obmannstellvertreter des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Geschäftsordnungsausschusses</li> </ul>
	Karlheinz Kopf	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmannstellvertreter des Umweltausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Ausschusses für Sportangelegenheiten</li> <li>• Sprecher für Energie und Umwelt</li> </ul>
	Günter Stummvoll	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klubobmann Stellvertreter der ÖVP</li> <li>• Vorsitzender des Ständigen gemeinsamen Ausschusses im Sinne des §9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948</li> <li>• Obmannstellvertreter des Finanzausschusses</li> </ul>
SPÖ	Peter Kostelka	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschäftsführender Vorsitzender der SPÖ</li> </ul>
	Manfred Lackner	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmannstellvertreter des Gesundheitsausschusses</li> <li>• Gesundheitssprecher</li> </ul>
	Johann Maier	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmannstellvertreter des Unterausschusses des Justizausschusses</li> </ul>
	Walter Posch	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmannstellvertreter des Ausschusses für Menschenrechte</li> <li>• Sprecher für die Bereiche Menschenrechte, Minderheiten und Volksgruppen</li> </ul>
	Heidrun Silhavy	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klubvorsitzender-Stellvertreterin der SPÖ</li> <li>• Obmannstellvertreterin des Gleichbehandlungsausschusses</li> <li>• Sozialsprecherin</li> </ul>
FPÖ	Hermann Böhacker	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmannstellvertreter des Finanzausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Budgetausschusses</li> <li>• Finanzsprecher</li> </ul>
	Firlinger Reinhard	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmann des Verkehrsausschusses</li> <li>• Bautensprecher</li> </ul>
	Michael Krüger	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmann des Kulturausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Verfassungsausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Unterausschusses des Verfassungsausschusses</li> </ul>
	Karl Schweitzer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obmann des Umweltausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der EU</li> <li>• Obmannstellvertreter des Unterrichtsausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des Außenpolitischen Ausschusses</li> <li>• Obmannstellvertreter des besonderen Ausschusses zu Vorbereitung des Volksbegehren „Veto gegen Temelin“</li> </ul>

Diese Auflistung zeigt folgendes Bild: Für die ÖVP zeichnen vier Abgeordnete für einen Großteil der gestellten selbstständigen Anträge verantwortlich. Gottfried Fischer, Andreas Kohl, Karlheinz Kopf sowie Günter Stummvoll. Ihnen gemeinsam ist entweder

eine führende Position im Parlamentsklub (Klubobmann bzw. Klubobmannstellvertreter) bzw. ein Obmann Posten in einem ständigen Ausschuss des österreichischen Nationalrates. Ebenso verfügen Gottfried Fischer und Karlheinz Kopf über eine Bereichssprecherrolle in ihrer Parteifraktion. Ähnliches lässt sich für die SPÖ feststellen. Hier wurden fünf Abgeordnete mit einer sehr hohen Gesamtanzahl an selbstständig gestellten Anträgen identifiziert. Peter Kostelka, Manfred Lackner, Johann Maier, Walter Posch sowie Heidrun Silhavy bekleiden ebenfalls eine hohe Position im Parlament. Auch hierbei handelt es sich um Bereichssprecher, Obmannstellvertreter in ständigen Ausschüssen sowie Führungsposition im Parlamentsklub. Die FPÖ verfügt über vier Abgeordnete, welche als Extremwerte in Abb. 6.5 aufscheinen. Hermann Böhacker, Reinhard Firlinger, Michael Krüger und Karl Schweitzer sind hier namentlich vertreten. Hierbei sind vor allem Obmänner bzw. ihre Stellvertreter in den ständigen Ausschüssen als berufliche Qualifikation zu nennen, sowie die von Böhacker und Firlinger wiederum die Posten eines Bereichssprechers.

Die Diskussion dieser Ergebnisse wird nun im folgenden Kapitel geführt.

## 7. Diskussion und Schlussfolgerung

In diesem Abschnitt sollen nun die zuvor durchgeführten Untersuchungen näher betrachtet werden sowie eine Klärung der Forschungsfrage und Hypothesen stattfinden.

Die Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfrage fällt negativ aus. Die hier durchgeführte Untersuchung konnte keine strukturelle Wirkung des hier generierten sozialen Netzwerkes von Parlamentariern, welches mittels Zusammenarbeit bzw. Überschneidung von Ausschussmitgliedschaften der Mandatare in den ständigen Ausschüssen der XXI. Gesetzgebungsperiode erstellt wurde, auf das parlamentarische Instrument der selbstständigen Anträge feststellen. Dies kann ebenso durch den Umstand bestätigt werden, dass es zur Ablehnung der eingangs aufgestellten Hypothesen 1 und 2 kam. Hypothese 3 kann zum Teil bzw. aufgrund der zweistufigen Erfolgsmetrik nur zum Teil angenommen werden. Dies soll nun im Folgenden nochmals diskutiert werden.

Hypothese 1, wonach eine Brokerposition eines Abgeordneten dessen Stellen von Entschließungs- und Gesetzesanträgen beeinflusst, konnte abgelehnt werden. Genauer betrachtet wurde keine Korrelation zwischen dem Wert „structural holes“ und den definierten Erfolgsmerkmalen sichtbar. Diese bedeutet, dass ein Abgeordneter durch dessen Positionierung als Broker in einem sozialen Netzwerk, welche nach der hier angewandten Theorie von Ronald Burt beschrieben wurde, keinen Vorteil hinsichtlich seines Erfolges, wie er hier definiert wurde, vermerken kann. Weder die Gesamtanzahl an gestellten selbstständigen Anträgen (Stufe 1 der Erfolgsmetrik), noch der weitere parlamentarische Verlauf eines Antrages eines Abgeordneten (Ablehnung oder Zustimmung im Parlament; Stufe 2 der Erfolgsmetrik) wird davon beeinflusst. Dem zugrunde lag die Überlegung, dass eine Maklerposition in einem Netzwerk nach Burt Sozialkapital für den Makler mit sich bringt. Jedoch ist dies im Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates nicht ausschlaggebend. Die Überbrückung eines strukturellen Loches, sprich die Verbindung zwischen zwei Akteuren durch den Makler, welche ansonsten über keine Verbindung verfügen, hat sich als keine messbare Einflussgröße auf die hier aufgestellte zweistufige Erfolgsmetrik gezeigt. Der Vorteil bezüglich des Informationsprozesses, welcher sich durch die Brückenposition des

Maklers zwischen zwei Akteuren nach Burt (1992) ergibt, konnte hier nicht nachgewiesen werden.

Ebenso für Hypothese 2, welche ebenfalls die Maklerposition eines Akteures, allerdings auf der Ebene der Cluster, ins Zentrum rückt, konnte keine Korrelation zwischen Positionierung (Clusterpartizipationskoeffizient) und dem hier definierten Erfolg nachgewiesen werden. Diese bedeutet, dass auch eine Maklerposition zwischen zwei Clustern keinen messbaren Einfluss auf das Instrument der selbstständigen Anträge des Maklers hat. Auch hier resultieren die von Burt (1992) beschriebenen Vorteile der Maklerposition im Informationsprozess sowie die sich daraus ergebenden Handlungsmöglichkeiten nicht in einem größeren Erfolg für den Makler. Beide Stufen der Erfolgsmetrik, also erstens die Gesamtanzahl an gestellten Anträgen sowie zweitens deren weiterer parlamentarischer Verlauf (Ablehnung oder Zustimmung im Parlament) wurden nicht durch die Maklerposition bzw. in weiterer Folge durch den Besitz von Sozialkapital nach Burt (1992) beeinflusst.

Mithilfe einer Varianzanalyse, also der Erklärung des Einflusses eines Faktors auf eine Zielvariable, konnte deutlich gezeigt, dass die Parteizugehörigkeit der Abgeordneten einen signifikanten Einfluss auf das Instrument von selbstständigen Anträgen bzw. in weiterem Sinne dem hier definierten Erfolg (Anzahl der Anträge und Erfolgsquote in %) ausübt (Hypothese 3), wie in Tabelle 6.4 dargestellt. Es ist allerdings zu beachten, dass aufgrund der Bedingungen, Normalverteilung sowie Varianzhomogenität für eine Varianzanalyse, diese Untersuchung nur für das Erfolgsmerkmal „gesamte Anträge“ zulässig war. Das Erfolgsmerkmal „Erfolgsquote in %“ erfüllte diese Voraussetzungen nicht. Eine mögliche Wechselwirkung bzw. Interaktion zwischen der Partei- und Clusterzugehörigkeit auf die Erfolgsmerkmale der Abgeordneten konnte ausgeschlossen werden. Diese Tatsache, dass die Parteizugehörigkeit bzw. die Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition eine maßgebliche Einflussgröße darstellt, wurde ebenso in der Untersuchung von Jenny und Müller bestätigt. Diese kommen zu folgendem Schluss:

„Berücksichtigt man [...] alle Fälle, in denen unabhängige Variable einen statistisch signifikanten Einfluss auf diese Dimension der Abgeordnetentätigkeit

haben, so erweist sich der Status der Partei des Abgeordneten als Regierungs- oder Oppositionspartei als am wichtigsten“ (Jenny/Müller 2001a: 526).

Wie bereits erwähnt, hat sich der Faktor Parteizugehörigkeit als einzige Einflussgröße auf den definierten Erfolg der Abgeordneten dargestellt. Hinsichtlich des Erfolgsmerkmals „gesamte Anträge“ (Stufe 1 der Erfolgsmetrik) hat sich gezeigt, dass die Zahl der gesamten selbstständigen Anträge der Opposition einen deutlich höheren Wert aufweisen als jene der Regierung (vgl. Abbildung 6.5b). Diese höhere Anzahl ergibt sich hauptsächlich durch den höheren Anteil an selbständigen Entschließungsanträgen (vgl. Tabelle 3.1). Dafür lassen sich auch in der Literatur vergleichbare Ergebnisse finden. „Offensichtlich sind die Abgeordneten der Oppositionsparteien [...] in dieser Hinsicht um vieles aktiver als die der Regierungsparteien“ (Jenny/Müller 2001: 300; besonders Tabelle 6-16). Aus einer politisch-strategischen Perspektive hat dies folgenden Sinn: Die Opposition versucht dadurch Alternativvorschläge zu präsentieren. Werner Zögernitz gab dazu folgende Bemerkungen ab:

„Einen Entschließungsantrag formuliere ich in 3 min. Die Regierung wird ersucht dem Parlament eine Regierungsvorlage über ein Gesundheitsprojekt, oder einen Bericht, vorzulegen. Also das ist keine Frage der Qualität, sondern maximal der Quantität“ (Zögernitz 2011a).

Im Weiteren bezieht er sich auf den zuvor angesprochenen Aspekt der Dokumentation von Alternativvorschlägen sowie deren Wirkung:

„Die Chance der Opposition ist vor allem durch die Einbringung eines Antrages eine Medienwirkung zu erzielen. Wenn die Anträge gut durchdacht sind, kann z.B. eine Werbekampagne gemacht werden. Hier kann sicher die Opposition so viel Druck in der Öffentlichkeit ausüben, dass dann die Regierungspartei mitgeht und das mit beschließt.“ (Zögernitz 2011a).

Damit kann also der statistische nachgewiesene Vorteil bzw. der Erfolg (Stufe 1 der Erfolgsmetrik) der Opposition bezüglich der Gesamtanzahl von eingebrachten Anträgen



erklärt werden. Dies wiederum zieht demnach die Ablehnung von Hypothese 3 nach sich. Auf der 1. Stufe der Erfolgsmetrik, welche sich nur auf die Gesamtzahl aller gestellten selbstständigen Anträge bezieht, ist die Regierung nicht erfolgreicher als die Opposition. Das Gegenteil ist hier der Fall. Für die 2. Stufe der Erfolgsmetrik sieht das Ergebnis jedoch anders aus: Das Stellen eines Gesetzesantrages erscheint aus dieser Perspektive der Opposition wenig sinnvoll, da der Antrag nur in Ausnahmefällen eine Unterstützung der Mehrheit im Ausschuss erfährt. In den meisten Fällen findet dort eine Ablehnung eines oppositionellen Antrages statt, was in einem so genannten negativen Ausschussbericht resultiert. Dieser wiederum wird im Anschluss im Plenum nur mehr zur Kenntnis genommen (vgl. Zögernitz 2011a). Die Ablehnung des Antrages der Opposition trifft jedoch sowohl auf Entschließungs- wie auch auf Gesetzesanträge zu. Bezüglich der Erfolgsquote ist daher ein klar besseres Ergebnis der Regierungsparteien die Folge (vgl. Abb. 6.5a). Dieses Resultat ist wiederum die Bestätigung der eingangs gestellten Hypothese 3, wonach die Regierung erfolgreicher, bezogen auf das parlamentarische Instrument von selbstständigen Anträgen, ist. Die Regierungspartei stellt demnach zwar weniger Anträge, schaffte es jedoch schlussendlich diese wesentlich besser umzusetzen.

Es bleibt somit nochmals festzuhalten, dass bezüglich des Erfolgsmerkmals „Erfolgsquote in %“ ebenfalls eine deutliche Unterscheidung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien gezeigt werden konnte (vgl. Abbildung 6.5a). Die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ erzielten eine deutlich höhere Erfolgsquote im Vergleich zu den Oppositionsparteien SPÖ und Grüne. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass, wie schon im Kapitel 2.3.4 „Der Ausschuss aus der Perspektive der Akteure“ erwähnt, Anträge der Opposition meist aus parteipolitischen Gründen abgelehnt werden. Zögernitz (2011a) meint hierzu: „Für einen Oppositionsabgeordneten ist die Chance ziemlich gering, fast null, dass ein Antrag durchgeht“.

Ebenfalls interessant erscheint die Tatsache, dass sich in Abbildung 6.5b auch so genannte Ausreißer bzw. Extremwerte gezeigt haben. Bei einer genaueren Betrachtung der einzelnen Akteure (vgl. Tabelle 6.5) wird deutlich, dass allem Anschein nach auch die berufliche Qualifikation mit der Gesamtanzahl der eingebrachten Anträge in Verbindung steht. Bei einer genaueren Analyse aufgrund der in Tabelle 6.5

dargestellten Übersicht wird deutlich, dass diese Personen höhere Funktion im Parlament selbst oder in der Parteifraktion einnehmen. Dabei handelt es sich z.B. um Obmänner bzw. Obmannstellvertreter der Ausschüsse, Klubobmänner bzw. – stellvertreter sowie Bereichssprecher der Fraktionen.

Auch hierfür bietet die Literatur unterstützende Ergebnisse. Jenny und Müller (2001: 296) stellen folgendes fest: „Bei den Anträgen finden wir einen linearen Zusammenhang zwischen Hierarchie und der Bedeutung dieses Instruments: je höher der Abgeordnete in der parlamentarischen Hierarchie angesiedelt ist, desto wichtiger ist es.“

Der Einfluss von Sozialkapital, in der hier dargestellten strukturalistischen sowie netzwerkgenerierten Form, auf die Einzelakteure und herausgefilterten Gruppen im Ausschusswesen des österreichischen Nationalrates konnte hier nicht nachgewiesen werden (Hypothese 1 und 2). Die Beziehungen der Parteien untereinander sind im Ausschusswesen durch institutionelle Strukturen klar vorgegeben. Die Gräben zwischen Regierung und Opposition sind demnach zu tief, als dass das hier untersuchte Beziehungsgeflecht einen Einfluss auf den hier definierten Erfolg von Parlamentariern hätte. An dieser Stelle kommen parteipolitisch motivierte Handlungsmuster (Regierung vs. Opposition) zum Tragen, welche nicht überbrückt werden können. Eine Beeinflussung von Abgeordneten durch Überschneidungen von Ausschusssitzen ist somit nicht vorhanden. Nochmals sei allerdings erwähnt, dass es sich bei der untersuchten Legislaturperiode im speziellen um eine sehr „umkämpfte“ politische Arena handelte. Dies wurde Kapitel 3 „Die XXI. Gesetzgebungsperiode in Österreich“ skizziert. Doch auch trotz dieser „verschärften“ Konkurrenzsituation wirken die strukturellen Positionierungen nach Burt nicht auf die Parlamentarier bzw. auf das Stellen von Anträgen. Ein Indiz dafür, warum dies unter anderem nicht der Fall ist, ist die Tatsache dass z.B. das Instrument der Anfrage dazu genutzt wird, um Informationslücken zu überbrücken. Vor allem für die Opposition stellt dies ein praktikables Mittel dar, da der Zugang zur Verwaltung für Oppositionsabgeordnete wesentlich schwieriger ist als für ein Regierungsmitglied. (vgl. Jenny/Müller 2001: 297)

Den strukturellen Vorteil im Informationsprozess durch die Besetzung einer Maklerposition nach Burt (1992) kann ein Abgeordneter somit im Ausschusswesen nicht umsetzen.

Außerdem muss ebenso der ausgeübte Druck der Fraktion berücksichtigt werden, welcher sich im Parteizwang äußert. Dieser beeinflusst die Willensbildung und somit in späterer Folge die Handlungsmotive der Abgeordneten. Die Tatsache, dass die parlamentarischen Klubs die Abgeordneten in die jeweiligen Ausschüsse entsenden, kann hier angeführt werden. Dies bringt somit ein strategisches Druckmittel für die Parlamentklubs mit sich. Dementsprechend können Ausschussbesetzungen „als informelles Instrument der Sanktionen und Belohnung“ (Pfeifhofer 2002: 242) benutzt werden. Ebenso ist anzumerken, dass

Schlussendlich sollen an dieser Stelle einige Überlegungen zu einer möglichen daraus resultierenden Arbeit angestellt werden. Eine Möglichkeit wäre, die Unterausschüsse gesondert einer Betrachtung zu unterziehen, wenngleich die selben Konstellationen wie in den ständigen Ausschüssen vorzufinden sind. Einerseits bedeutet dies, dass auch hier Regierungs- bzw. Oppositionszugehörigkeit die entscheidende Rolle spielen werden. Andererseits merkt Schefbeck (2006: 148) jedoch an, dass

„heute [...] die Unterausschüsse, ehemals ein Forum für ins Detail gehende inhaltliche Verhandlungen, zu einem Gremium ungezwungenen, weil geschäftsordnungsgemäß vertraulichen Informationsaustausch zwischen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten geworden“ sind.

Aus Gründen des Arbeitsumfanges wurde jedoch auf die Miteinbeziehung von Unterausschüssen verzichtet. Eine weitere Möglichkeit zur Betrachtung stellt mit Sicherheit der so genannte vorparlamentarische Raum dar. Dieser entscheidet in vielen Fällen über die politische Kultur der Konkordanzdemokratie (vgl. Pelinka/Rosenberger: 2003: 118). Auch die Untersuchung von Jenny und Müller lässt hier Potential für eine mögliche Forschung verorten. In dieser spricht ein Parlamentarier diesen Aspekt dezidiert an:

„Wenn es gelingt, im vorparlamentarischen Raum – das ist nicht der Ausschuss – Anträge einzubringen und wenn's dann in den Ausschuss kommt, weil die Zustimmung des Koalitionspartners hat, hat man eh schon gewonnen. Im vorparlamentarischen Raum ist es wichtig, auf Signale zu achten, dass es eine Zustimmung geben wird“ (Jenny/Müller 2001: 281).

Eine abschließende Überlegung wäre, wie schon in der Einleitung dieser Arbeit angedacht, die hier untersuchte XXI. Gesetzgebungsperiode in einem Vergleich den Gesetzgebungsperioden XXII., XXIII. und XXIV. gegenüberzustellen um etwaige Kontinuitäten oder auch Veränderungen feststellen zu können.

## 8. Verzeichnisse

### 8.1 Abkürzungsverzeichnis

Anm.	Anmerkung
Abb.	Abbildung
B	Befragter
BR	Bundesrat
d.h.	das heißt
B-VG	Bundesverfassungs-Gesetz
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitlichen Partei Österreichs
GP	Gesetzgebungsperiode
GOG-NR	Geschäftsordnungsgesetz zum Nationalrat
I	Interviewer
NR	Nationalrat
NS	Nationalsozialismus
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
z.B.	Zum Beispiel
<b>Mathematische Abkürzungen</b>	
A	Adjazenzmatrix
i	Netzwerkpunkt
i, j	Parlamentarier
M	Modularitätsindex
N	Anzahl
k	Punkt
p	Signifikanzwert
p	Proportion
P	Partizipationskoeffizient

## Verzeichnisse

$w$	Gewicht
$\alpha$	Fehlerwert
$\delta$	Kroneckerdelta

## 8.2 Literaturverzeichnis

Burt, Ronald S. (1982): Towards a structural theory of action. Academic Press, New York

Burt, Ronald S. (1992): Structural Holes. The Structure of Competition. Harvard University Press, Cambridge, MA

Buskens, Vincent/Van de Rijt, Arnout (2008): Dynamics of Networks if everyone strives for Structural Holes. American Journal of Sociology, Ausgabe 114, Heft 2, S. 371-407

Cap, Josef (2002): Die Veränderung im politischen System Österreichs. In: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Burkert-Dottolo, Günther/Karner, Stefan (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2001. Verlag für Geschichte und Politik, Wien, S. 253-270

Coleman, James S. (1988): Social capital in the creation of human capital. In: American Journal of Sociology, Ausgabe 94, S. 95-120

Coleman, James S. (1990): Foundations of social theory. Harvard Univ. Press. Cambridge, MA

Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Emmerich, Tólos (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Manz Verlag, Wien

Dechamps, Bruno (1954): Macht und Arbeit der Ausschüsse. Der Wandel der parlamentarischen Willensbildung. Westkulturverlag Anton Hain, Meisenheim am Glan

Diekmann, Andreas (2007): Dimensionen des Sozialkapitals. In: Franzen, Alex/Freitag, Markus (Hg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 47-65

Dreischer, Stephan (2006): Das Europäische Parlament und seine Funktionen. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten. Nomos Verlag, Baden-Baden

Döring, Herbert (Hg.) (1995): Parliaments and Majority Rule in Western Europe. Campus Verlag, Frankfurt am Main

Erickson, Bonnie H. (2001): Good Networks and good Jobs. The Value of Social Capital to Employers and Employees. In: Lin, Nan/Cook, Karen/Burt, Ronald S. (Hg.): Social Capital. Theory and research. De Gruyter Verlag, New York, S. 127-158

Franzen, Alex/Freitag, Markus (Hg.) (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Franzen, Axel/Freitag, Markus (2007a): Aktuelle Themen und Diskussion der Sozialkapitalforschung. In: Franzen, Alex/Freitag, Markus (Hg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 7-22

Franzen, Axel/Pointner, Sonja (2007): Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen. In: Franzen, Alex/Freitag, Markus (Hg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 66-90

Gabriel, Oscar W./Kunz, Volker/Roßteutscher, Sigrid/van Deth, Jan W. (Hg.): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. WUV Verlag, Wien

Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates (GOG-NR). In der Fassung der seit 12. Februar 2010 geltenden Novellen. Herausgegeben von der Parlamentsdirektion. Stand: 12. Februar 2010

Gölles, Martin (2008): Die Wende im Nationalrat. Eine Analyse des Fraktionsverhaltens im österreichischen Nationalrat von 1996-2002. Dipl. Arbeit, Wien



Granovetter, Mark S. (1973): The strengt of Weak Ties. In: American Journal of Sociology, Ausgabe 78, Heft 6, S. 1360-1380

Granovetter, Mark S. (1974): Getting a Job. A study of contacts and careers. Harvard Univ. Press, Cambridge, MA

Guimera, Roger/Nunes Amaral, Luis A. (2005). Functional cartography of complex metabolic networks. Nature Ausgabe 433, Heft 7028, S. 895-900

Hanisch, Ernst (2005): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Ueberreuter Verlag, Neuauflage, Wien

Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. VS Verlag, 3. Auflage, Wiesbaden

Jenny, Marcelo/Müller, Wolfgang C (2001): Die Arbeit im Parlament. In: Müller, Wolfgang C./Jenny, Marcelo/Steininger, Barbara/Dolezal, Martin/Philipp, Wilfried/Preis-Westphal, Sabine (Hg.): Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. WUV Verlag, Wien, S. 261-370

Jenny, Marcelo/Müller, Wolfgang C. (2001a): Schluß: Erklärung des Verhaltens und Typen von Abgeordneten. In: Müller, Wolfgang C./Jenny, Marcelo/Steininger, Barbara/Dolezal, Martin/Philipp, Wilfried/Preis-Westphal, Sabine (Hg.): Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. WUV Verlag, Wien, S. 521-538

Kelsen, Hans (1929): Vom Wesen und Wert der Demokratie. 2. Auflage, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen

Khol, Andreas/Stirnemann, Alfred (Hg.) (1979): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978. R. Oldenburg Verlag, Verlag für Geschichte und Politik, München, Wien

Krempel, Lothar (2008): Netzwerkanalyse. Ein wachsendes Paradigma. In: Stegbauer, Christian (Hg.): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften. VS Verlag, Wiesbaden, S. 215-226

Khol, Andreas/Ofner, Günther/Burkert-Dottolo, Günther/Karner, Stefan (Hg.) (2002): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2001. Verlag für Geschichte und Politik, Wien

Landau, Sabine/Everitt, Brian S. (Hg.) (2004): A Handbook of Statistical Analyses using SPSS. Chapman & Hall/CRC Verlag, Boca Raton, London, New York, Washington D.C.

Lijphart, Arend (1984): Democracies: patterns of majoritarian and consensus government in twenty-one countries. Yale University Press, New Haven, London

Lin, Nan/Cook, Karen/Burt, Ronald S. (Hg.) (2001): Social Capital. Theory and research. De Gruyter Verlag, New York

Leibholz, Gerhard (1958): Strukturwandel der modernen Demokratie. In: Leibholz, Gerhard (Hg.): Strukturprobleme der modernen Demokratie. Müller Verlag, Karlsruhe, S. 78-141

Mattson, Ingvar/Strom, Kaare (1995): Parliamentary Committees. In: Döring, Herbert (Hg.): Parliaments and Majority Rule in Western Europe. Campus Verlag, Frankfurt am Main, S. 249-307

Müller, Wolfgang C./Jenny, Marcelo/Steininger, Barbara/Dolezal, Martin/Philipp, Wilfried/Preisl-Westphal, Sabine (Hg.) (2001): Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. WUV Verlag, Wien

Müller, Wolfgang C./Philipp, Wilfried/Jenny, Marcelo (2001a): Die Rolle der parlamentarischen Fraktionen. In: Müller, Wolfgang C./Jenny, Marcelo/Steininger, Barbara/Dolezal, Martin/Philipp, Wilfried/Preisl-Westphal, Sabine (Hg.): Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. WUV Verlag, Wien, S. 183-260

Müller, Wolfgang C./Jenny, Marcelo (2004): „Business as usual“ mit getauschten Rollen oder Konflikt- statt Konsensdemokratie? Parlamentarische Beziehungen unter der ÖVP-FPÖ-Koalition. ÖZP Heft 3, Jahrgang 33, S. 309-326

Naßmacher, Hiltrud (2004): Politikwissenschaft. Oldenbourg Verlag, 5. Auflage, München

Neisser, Heinrich/Loibelsberger, Gerhard/Strobl, Helmut (2005): Unsere Republik auf einen Blick. Das Nachschlagewerk über Österreich. Ueberreuter Verlag, Wien

Newman, Mark/Girvan, Michelle (2004): Finding and evaluating community structure in networks. Phys Rev E Stat Nonlin Soft Matter Phys 69 (2 Pt 2)

Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hg.) (2011): Kleines Lexikon der Politik. 5. Auflage, C.H. Beck Verlag, München

Pelinka, Anton (1979): Volksvertretung als funktionale Elite – Der österreichische Nationalrat auf dem Weg zum Arbeitsparlament. In: Khol, Andreas/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978. R. Oldenburg Verlag, Verlag für Geschichte und Politik, München, Wien, S. 39-58.

Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde (2005): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. WUV Verlag, 2. Auflage, Wien

Pfeifhofer, Erika (2002): Die Abgeordneten zum Nationalrat. Berufsprofil und Abhängigkeit von Parteien und Fraktionen. Braumüller Verlag, Wien

Riemer, Kai (2005): Sozialkapital und Kooperation. Zur Rolle von Sozialkapital im Management zwischenbetrieblicher Kooperationsbeziehungen. Mohr Siebeck Verlag, Tübingen

## Verzeichnisse

---

Schefbeck, Günther (2006): Das Parlament. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Emmerich, Tálos (Hg.): Politik in Österreich. Manz Verlag, Wien, S. 139-167

Schmidt, Manfred G. (2000): Demokratietheorien. Eine Einführung. Leske + Budrich Verlag, 3. Auflage, Opladen

Seubert, Sandra (2009): Das Konzept des Sozialkapitals. Eine demokratietheoretische Analyse. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York

Sickinge, Hubert (2000): Die Funktion der Nationalratsausschüsse im Prozess der Bundesgesetzgebung. ÖZP Heft 2, Jahrgang 29, S. 157-176

Stegbauer, Christian (2008): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften. VS Verlag, Wiesbaden

Ucakar, Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Emmerich, Tálos (Hg.): Politik in Österreich. Manz Verlag, Wien, S. 119-138

Zier, Matthias (2005): Nationale Parlamente in der EU. 1. Auflage, V&R unipress Verlag, Göttingen

Zögernitz, Werner (2011a): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Wien, 16. November 2011

## Internetquellen

Alle in dieser Diplomarbeit angeführten Internetseiten wurden am 07.01.2012 zum letzten Mal aufgerufen.

<http://www.parlament.gv.at>

[www.parlamentarismus.at](http://www.parlamentarismus.at)

<http://www.oezp.at>

<http://www.ris.bka.gv.at/>

<http://www.r-project.org/>

Bilanz der XXII. Gesetzgebungsperiode. Parlamentsdirektion, November 2006

Hier Online unter:

[http://www.parlinkom.gv.at/ZUSD/PDF/OeP\\_Bilanz\\_2007-2008\\_WEB.pdf](http://www.parlinkom.gv.at/ZUSD/PDF/OeP_Bilanz_2007-2008_WEB.pdf)

Lederer, Michael (2005): Gemeinsam oder Einsam? Von der Funktion und Wirkung von Sozialkapital bei unterschiedlichen Theoretikern. Büro für Zukunftsfragen, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz. Hier online unter:

[http://www.vorarlberg.at/pdf/schriftenreihe\\_end.pdf](http://www.vorarlberg.at/pdf/schriftenreihe_end.pdf)

Zögernitz, Werner (2011): Die Rolle des Parlaments in der Ära Schüssel. Gastbeitrag für das Österreichische Jahrbuch für Politik. Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen. Wien. Hier online unter:

[http://www.parlamentarismus.at/fileadmin/Inhaltsdateien/IfPD/DAten/Die\\_Rolle\\_des\\_Parlaments\\_in\\_der\\_Aera\\_Schuessel.pdf](http://www.parlamentarismus.at/fileadmin/Inhaltsdateien/IfPD/DAten/Die_Rolle_des_Parlaments_in_der_Aera_Schuessel.pdf)

### 8.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1: Darstellung der eingebrachten Anträge nach Parteien	35
Abbildung 6.1: Geclusterte Heat map der Abgeordneten im Ausschusswesen der GP XXI; die Clusterreihenfolge von links unten nach rechts oben: 6, 5, 1, 4, 2, 7, 3	57
Abbildung 6.2: Verteilung der Clusterpartizipation (a) und der Structural Holes (b) auf die Cluster	62
Abbildung 6.3: Verteilung der gesamten Anträge (a) und der Erfolgsquote in % (b) auf die Cluster	64
Abbildung 6.4: Gegenüberstellung der beobachteten kumulierten Wahrscheinlichkeit mit der erwarteten kumulierten Wahrscheinlichkeit der gesamten Anträge (Normal P-P Plot of Standardized Residual)	67
Abbildung 6.5: Verteilung der Erfolgsquote in % (a) und der gesamten Anträge (b) auf die Parteizugehörigkeit	70

### 8.4 Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1: Auflistung der selbständigen Gesetzes- und Entschließungsanträge der Parteien	36
Tabelle 6.1: Auflistung der Cluster mit der entsprechenden Parteistärke	60
Tabelle 6.2: Korrelationsmatrix der spezifischen Parameter der Abgeordneten und der Erfolgsvariablen	66
Tabelle 6.3: Levene's Test der Varianzhomogenität	67
Tabelle 6.4: Varianzanalyse für die abhängige Variable „gesamte Anträge“ und die unabhängigen Variablen „Parteizugehörigkeit“ und „Cluster“ sowie deren Wechselwirkung	68
Tabelle 6.5: Auflistung der Abgeordneten mit einer hohen Anzahl an gestellten selbständigen Anträgen (Extremwerte)	71

## **9. Anhang**

### **9.1 Interview mit Herrn Prof. Dr. Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen**

I: Ich behandel das Ausschusswesen im Nationalrat, im Zuge dessen ich eine statistische bzw. quantitative Analyse durchführen werde. Genauer gesagt, möchte ich herausfinden welche Abgeordneten mit anderen Abgeordneten im selben Ausschuss in derselben Gesetzgebungsperiode sitzen bzw. zusammenarbeiten. Die Untersuchung erfolgt aus einer netzwerktheoretischen Sichtweise. D.h. es wird untersucht welche Netzwerke sich bilden, wer mit wem im welchen Ausschuss sitzt. Aus diesen Netzwerken, sprich Korrelationen zwischen den einzelnen, Abgeordneten, möchte ich ableiten, ob diese Abgeordneten in irgendeiner Art und Weise erfolgreicher sind als andere Abgeordnete. Nun komme ich auch schon zu meiner Frage, nachdem Sie sehr nahe am Geschehen sind: Welche Kriterien gilt es zu beachten um den Erfolg der Abgeordneten, sprich in einer Art von Erfolgsmetrik, zu messen bzw. zu bestimmen?

B: Punkt Nr. 1 muss man differenzieren zwischen Oppositions- und Regierungsabgeordneten. Für einen Regierungsabgeordneten ist ein Antrag dann ein Erfolg, wenn er entweder unverändert oder mit Abänderung durchgeht. Der Erfolg ist sicher erst zu dem Zeitpunkt gegeben. Für einen Oppositionsabgeordneten ist die Chance ziemlich gering, fast null, dass ein Antrag durchgeht. Er wird meist abgelehnt und vom Plenum als negativen Ausschussbericht zur Kenntnis genommen. Es kommt ganz selten vor, dass sich die Parlamentsmehrheit der Opposition anschließt. Eventuell einigt man sich z.B. auf einen neuen Text. Aber dass ein Oppositionsantrag inhaltlich voll durchgeht ist ziemlich unwahrscheinlich. Die Opposition hat auch eine andere Aufgabe. Die Regierung hat primär die Aufgabe die Gesetzgebung durchzuführen und die Opposition hat die Aufgabe der Kontrolle. Logischerweise kommen also mehr Gesetzesanträge von der Regierung als von der Opposition, die Erfolg haben. Die Opposition stellt in der Regel eher Entschließungsanträge – d.h. Anträge, wo jemand aufgefordert wird entweder ein Gesetz vorzulegen, eine Vollziehung durchzuführen, usw. D.h. es ist weniger als ein Gesetzesantrag

formuliert, sondern eher als Wunsch an die Verwaltung. Die Chance der Opposition ist vor allem durch die Einbringung eines Antrages eine Medienwirkung zu erzielen. Wenn die Anträge gut durchdacht sind, kann z.B. eine Werbekampagne gemacht werden. Hier kann sicher die Opposition so viel Druck in der Öffentlichkeit ausüben, dass dann die Regierungspartei mitgeht und das mit beschließt. Die Opposition hat eigentlich den Hauptzweck Druck auszuüben, dass etwas durchgeht, und Kontrollanträge zu stellen. Also Untersuchungsausschüsse zu beantragen. Kontrollanträge wie Anträge auf Einsatz des Rechnungshofes, Sonderprüfung des Rechnungshofes. Hier ist also ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Erfolgsmessung!

I: D.h. die Opposition stellt dann selbständige Anträge um aufzuzeigen, welche Alternativen sie bringt.

B: Sie will mehr oder weniger damit in den Medien sein. Es ist oft so, dass die Opposition ein Thema vorgibt und die Regierungsparteien nachziehen. Auch das wäre ein gewisser Erfolg. Nur ist es dann halt nicht zu Gunsten der Oppositionspartei, sondern der Regierungspartei, wenn der Antrag letzten Endes beschlossen wird. Ein medialer Erfolg für die Opposition ist aber sicher gegeben auf diese Art und Weise; durch das Bekanntmachen eines Antrages bzw. Stellen eines Antrages. Der Hauptzweck des Oppositionsantrages ist eigentlich, dass darüber geredet wird und es in der Öffentlichkeit bekannt wird. Wenn solche Dinge bekannt werden und dabei die Regierung noch unter Druck gesetzt wird etwas Ähnliches einzubringen, ist das sicher für die Opposition ein gewisser Erfolg. Wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit dass ein Antrag der Opposition 1:1 durchgeht ist eher null.

I: Es werden hier also Abänderungsanträge ins Spiel gebracht.

B: Abänderungsanträge werden nicht so gern eingebracht, weil ein Antrag den der Abgeordnete Müller einbringt, bleibt der Abgeordnete Müller in der Fassung des Ausschussberichtes. D.h. man kann den Antragssteller nicht ändern. Man geht daher andere Wege, in dem man versucht eine gemeinsame Lösung zu finden, einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Und in diesem gemeinsamen Antrag wird dann der



Antrag des Herrn Müller mit erledigt. Man kann nicht einen Antrag Müller zu einem Antrag Maier machen. Der Initiator bleibt der Initiator.

I: Gut, d.h. die Antragsstellung ist verbunden mit einer Reputation? Ist der Akt der Antragsstellung schon ein Erfolg? Könnte man das so bezeichnen? Oder kann einfach jeder einen Antrag stellen?

B: Punkt 1, braucht einer 5 Unterschriften um einen Antrag zu stellen. Punkt 2, wird der Antrag vorher schon in der Fraktion abgestimmt. Es muss ja irgendwo noch im Interesse der Fraktion liegen. Ich kann ja nicht gegen die Fraktion Anträge stellen. D.h. lokale Mandatare bringen eher lokale Themen ein. Oder die Bereichssprecher (z.B. Sozialsprecher, Unterrichtssprecher) bringen ihre Themen und nehmen andere Mandatare mit. In der Regel werden Sprechern bei der Antragsstellung und beim Rederecht bevorzugt. Es sei denn, ein Mandatar bringt ein bestimmtes Thema von sich aus ein. Sie dürfen eines nicht vergessen, die wenigsten Anträge kommen - ich rede jetzt von der Regierungspartei - vom Mandatar selber, sonder Großteil der Anträge kommt, weil man eben keine Regierungsvorlage einsetzen will oder aus Zeitgründen kann. Oder weil das Thema, wie z.B. Geschäftsordnung, Bezügegesetz, Parteienfinanzierung, das Parlament primär behandeln will. Der Großteil sind jedoch Regierungsvorlagen. Und der Rest wird von den Regierungsabgeordneten in Abstimmung mit der Regierung eingebracht. Eine Regierungsvorlage braucht ja eine Begutachtung, das braucht ein Antrag nicht. Auf diese Art und Weise kann man mithilfe von Anträgen schneller vorgehen. Mandatare bringen einen Antrag schneller durch als eine Regierungsvorlage. Das ist auch ein Grund warum manchmal etwas als Antrag eingebracht wird und nicht als Regierungsvorlage.

I: D.h., Anträge sind ein taktisches Mittel?!

B: Es muss nicht nur taktisch sein, es kann auch sein das man etwas sehr schnell durchbringen muss, z.B. in einer Krise, Bankenpaket. Ich kann theoretisch an einem Tag – ich nehme jetzt das Bankenpaket – ein Gesetz beschließen. Ich kann es in der 1. Sitzung einbringen, in der 2. Sitzung zuweisen. Zwischendurch kann ich eine Ausschusssitzung machen und es in der 3. Sitzung beschließen. D.h. ich kann

Anträge theoretisch im Nationalrat an einem Tag beschließen. Dieses Schnellverfahren geht kaum mit Regierungsvorlagen.

I: Erachten Sie die Erfolgsmetrik, wie ich sie einsetzen möchte, als sinnvoll oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Möglichkeit um einen „Erfolg“ der Parlamentarier zu messen?

B: Sie müssten alle Instrumente beachten, (Pause von 5 Sekunden) Rede im Parlament, sie müssen die Anträge selber (erneute Pause von 3 Sekunden). In den wenigsten Fällen ist jener der am Kopf steht auch der Initiator, sondern eher der Sprecher, der sich hauptsächlich mit diesem Thema befasst. Und 2. bei der Oppositionspartei sind 90 % Entschließungsanträge. Einen Entschließungsantrag formuliere ich in 3 min. Die Regierung wird ersucht dem Parlament eine Regierungsvorlage über ein Gesundheitsprojekt, oder einen Bericht, vorzulegen. Also das ist keine Frage der Qualität, sondern maximal der Quantität. Wenn, dann würde ich auch die Reden nehmen. Die Zahl hat natürlich auch wenig Sinn, weil ein Abgeordneter der Kleinparteien hat viel mehr Redezeit als die der Großparteien. Also auch das ist problematisch. Was man eventuell auch nehmen kann ist die Zahl der Ausschüsse in denen er sitzt, aber dieser wird auch von der Partei hinein gesetzt, im Regelfall. Nur Bereichssprecher und Vorsitzender eines Ausschusses oder auch Stellvertreter haben eine gewisse Qualitätsfunktion.

I: D.h. ein Bereichssprecher einer Partei, ein Vorsitzender eines Ausschusses genießt ein gewisses Ansehen.

B: Der handhabt die Geschäftsordnung, der leitet den Ausschuss. Er kann das Wort erteilen, Sitzungen unterbrechen, usw. und hat in der Regel auch inhaltlich viel Erfahrung. Und natürlich die Fraktionsführer in den Ausschüssen! Das sind Leute, die sich in den Ausschüssen als erster zu Wort melden, die haben in der Regel eine höhere Qualitätsfunktion als restliche Abgeordnete.

I: Meine Frage gleich dazu: Gibt es Aufzeichnungen über die Bereichssprecher der vergangenen Regierungsperiode?

B: Nur die Fraktionen haben diese Aufzeichnungen. Das müssen Sie bei den Fraktionen direkt verlangen, weil diese den Bereichssprecher nominieren. Die Bereichssprecher können sich auch innerhalb der Periode ändern. Die Ausschussvorsitzenden werden z.B. auf der Homepage bekannt gegeben. Da ist sicher eine Außenwirkung gegeben. Bezüglich der Sprecher: wahrscheinlich werden 90 % der Anträge von den Sprechern eingebracht werden. D.h. aber, je mehr Anträge ein Abgeordneter einbringt, desto höher wird sein Status innerhalb der Partei sein. D.h. an der Zahl der Anträge kann man seinen Status in einem gewissen Bereich beurteilen. In bestimmten Bereichen sagt jedoch die Zahl nichts aus. Im Sozialbereich oder im Wirtschaftsbereich wird es viele Anträge geben. Aber im Sportausschuss oder Familienausschuss wird es nicht viele geben. Es gibt Ausschüsse, die wenig Gesetzesvorhaben haben oder beraten. Auch die Quantität kann man hier schwer beurteilen. Ich würde mich eher darauf konzentrieren, welche Mandatare in welchem Ausschuss wie viele Anträge eingebracht haben. Diese haben dann intern eine höhere soziale Prestige oder eine höhere interne Stellung als einer von den restlichen 183 Abgeordneten. Das sind aber im Regelfall, wie schon gesagt, die Sprecher. Die Stellvertreter und die Ausschussvorsitzenden sollten sie auch beachten. Die Ausschussvorsitzenden werden nach einem gewissen Schlüssel vergeben, die von der Oppositionsstärke abhängt.

I: Bezüglich der Aufzeichnung der Bereichssprecher aus vergangenen Regierungsperioden haben mir alle Fraktionen eine Absage erteilt. Anscheinend findet hier keine Archivierung statt. Meine nächste Frage bezieht sich auf die Ausschüsse selbst. Gibt es hier vielleicht so eine Art Hierarchie der Ausschüsse?

B: Ich würde es anders machen. Schauen Sie sich an, wie oft Ausschüsse zusammen treten. Der Budgetausschuss tritt normalerweise nur 1 mal im Jahr bei der Budgetberatung zusammen. Aus der Sicht wäre er wahrscheinlich ein unwichtiger Ausschuss, ist er aber nicht. Der Budgetausschuss hat eine gewisse Sonderstellung. Bei dem Ausschuss geht es um die Beratung der einzelnen Resorts, d.h. es sitzen die Leute der Fachausschüsse zusammen. Der Budgetausschuss ist ein Sammelausschuss, der zwar formal Mitglieder hat, aber bei der Beratung des

Budgets kommen die Fachkräfte der jeweiligen Resorts hinzu. Bei dem Kapitel Soziales werden die Budgetausschussmitglieder ausgetauscht durch die Leute vom Sozialausschuss. Bei Gesundheit durch Gesundheit, usw. Es ist so eine Art übergeordneter Ausschuss. Der Budgetausschuss selber hat somit keinen übermäßigen Stellenwert. Ich würde mich nach der Zahl der Sitzungen (Pause von 5 Sekunden) da muss man auch wieder unterscheiden. Sehr oft tagt z.B. der Rechnungshofausschuss, der ein reiner Kontrollausschuss ist und somit ein reiner Oppositionsausschuss. Den Vorsitz hat in der Regel immer ein Oppositioneller. z.B. tritt auch oft der Sozialausschuss oder der Finanzausschuss zusammen. Wenn Sie so wollen, die wichtigen Ausschüsse treten öfter zusammen. D.h. man kann sozusagen eine gewisse Wichtigkeit bzw. Bedeutung herauslesen.

I: Auf der Homepage vom Nationalrat unter dem Vermerk selbständige Anträge, erscheinen Akte der Gewährungsüberprüfung, wonach lt. Homepage Gesetzesanträge und Entschließungsanträge darunter fallen. Könnten Sie vielleicht kurz die Unterschiede erläutern?

B: Es gibt 2 Formen. Es gibt selbständige Anträge. Ein selbständiger Antrag wird von 5 Abgeordneten in einer Plenarsitzung eingebracht. In der nächsten Plenarsitzung einem Ausschuss zugewiesen und dann in einem Ausschuss vorberaten. Ein selbständiger Antrag kann ein Gesetzesantrag sein, der ein Gesetz enthält, aber auch ein Entschließungsantrag. Selbständiger Antrag heißt nur, dass er unabhängig von einem Tagesordnungspunkt in einer Sitzung eingebracht wird. Die 2. und 3. Lesung des Plenums findet nur bei positiven Gesetzesanträgen statt. Solche Anträge, die eine Mehrheit im Ausschuss gefunden haben. Schlussendlich kommt es dann zum Bundesrat und zur Kundmachung in einem Bundesgesetzblatt. So, jetzt hat die Opposition einen Antrag eingebracht, was passiert dann: Der Antrag wird auch einem Ausschuss zugewiesen, findet jedoch keine Mehrheit. Ein negativer Ausschussbericht wird dann dem Nationalrat vorgelegt. Das Plenum nimmt schlussendlich zur Kenntnis, dass dieser Antrag im Ausschuss keine Mehrheit gefunden hat. Es kommt zu keiner 2. und 3. Lesung. Dann gibt es eine 2. Form des selbständigen Antrages und zwar ein selbständiger Entschließungsantrag. Der Entschließungsantrag ist nur ein Wunsch an die Vollziehung, das an

Regierungsmitglieder oder an die Regierung als Ganzes gerichtet werden kann. Dieser Entschließungsantrag wird ebenso wie der Gesetzesantrag in einer Plenarsitzung eingebracht, in einer 2. Sitzung einem Ausschuss zugewiesen und dann im Ausschuss beraten. Hier findet keine 2. und 3. Lesung statt, sondern hier wird nur mehr die Entschließung angenommen oder abgelehnt. Eine Entschließung ist unverbindlich. Das Regierungsmitglied soll es machen, muss es aber nicht. Dann gibt es noch die unselbständigen Anträge. Beim Gesetzesantrag kann ich Abänderungsanträge einbringen. Das kann ich sowohl im Ausschuss machen als auch in der 2. Lesung im Plenum. In der 3. Lesung nicht mehr, die ist eine Gesamtabstimmung. Neben den unselbständigen Gesetzesanträgen kann man auch noch unselbständige Entschließungsanträge einbringen. Diese müssen aber inhaltlich mit der Materie zusammen hängen. Ein Ersuchen, das über den Gesetzesantrag hinausgeht, welches aber inhaltlich im Zusammenhang damit steht. Die 3. Form ist der selbständige Ausschussantrag. Der Ausschuss hat also auch die Möglichkeit Gesetze zu beschließen, wenn diese inhaltlich mit dem Ausschuss zusammenhängen, das dann schlussendlich ins Plenum geht. Da wird der Antrag nicht vom Abgeordneten initiiert, sondern vom Ausschuss selber.

I: Spielt dabei die Parteilinie bzw. der Klubzwang in irgendeiner Art und Weise eine Rolle?

B: Generell werden in die Ausschüsse, die Mandatare vom Klub entsandt. Das freie Mandat spielt dort eine untergeordnete Rolle, weil sie Vertreter des Klubs sind. Man erwartet, dass sie im Sinne der Klubmeinung verhandeln. Ich erzähle immer gern ein Beispiel, als vor Jahren die Gurtenpflicht eingeführt wurde. Zuerst waren die ÖVP-Verhandler im Ausschuss gegen die Gurtenpflicht. Es gab dann eine Klubsitzung um die Klubmeinung zu erfragen. Dabei waren 70 % der ÖVPler eigentlich für die Gurtenpflicht. Daraufhin haben dieselben Verhandler, die vorher gegen die Gurtenpflicht verhandelt haben, auf Wunsch des Klubs für die Gurtenpflicht gestimmt. Sie sind dort Repräsentanten des Klubs. Sie werden vom Klub hineingeschickt, können aber auch jederzeit vom Klub zurück gezogen werden.

I: Gibt es Ihrer Meinung nach, wenn z.B. Parlamentarier A mit Parlamentarier B in mehreren Ausschüssen zusammen sitzt, eine Art Netzworkebildung? Haben diese Netzwerke irgendeinen realpolitischen Einfluss?

B: Ja und Nein. Inhaltlich wird kaum ein großer Einfluss sein, weil die Abgeordneten im Ausschuss Meinungen ihres Klubs vertreten. Formal ja! Man wird z.B. bei der Einberufung von Ausschüssen oder bei der Dauer von Ausschüssen großzügiger sein. In formalen Fragen kann sich also ein persönliches Netzwerk bilden, inhaltlich eher „nein“ bzw. „wahrscheinlich nicht“. Z.B. in Nachtsitzungen des Budgets, früher, ist sozusagen ein gewisser „Gemeinschaftsgeist“ entstanden. Ein Beispiel dazu: Eine Partei holt auch für die anderen Wurstsemmeln. Das ist natürlich ganz eine banale Sache. Aber was ich primär meine: Wenn sich z.B. zwei Leute gut verstehen wird man bei der Erstellung der Tagesordnung oder bei der Einberufung von Ausschüssen keine Probleme haben. Dann dauert die Sitzung halt 2 Stunden statt 3 Stunden, oder so ähnlich. Also bei Verfahrensfragen wären solche Verbindungen sinnvoll.

I: Jetzt kommen wir auch schon zu meiner letzten Frage: Wenn ein Antrag innerhalb einer Gesetzgebungsperiode lt. Homepage nicht abgeschlossen wurde, wie wird dies dann weiter gehandhabt?

B: Es gibt das sogenannte Diskontinuitätsprinzip. Alle Anträge, die am Ende der Gesetzgebungsperiode inhaltlich nicht erledigt wurden, verfallen. Diese müssten noch einmal in die neue Gesetzgebungsperiode eingebracht werden. Neue Anträge in der nächsten Regierungsperiode sind aber eher selten. Die Regierungsperiode orientiert sich in der Regel neu. Es gibt jedoch 2 Ausnahmen, von der Verfassung her. Und zwar Volksbegehren müssen auch in der nächstfolgenden Gesetzgebungsperiode verhandelt werden. Und dasselbe gilt für Bürgerinitiativen.

I: Kann man dies als „Misserfolg“ werten, dass der Antrag nicht weiter verhandelt wurde - dass es zu keiner Konsensbildung kam - sprich dass er hängen geblieben ist?

B: Der Antrag muss nicht hängen geblieben sein. Es ist ja oft so, dass die Anträge zwar oft behandelt werden aber mit einem negativen Bericht enden. Man kann ja nicht behaupten, wenn etwas inhaltlich erledigt ist, gilt es als positiv. Oft werden ja die Oppositionsanträge nicht akzeptiert und somit als negativen Bericht behandelt. Normalerweise vertagt man solche Anträge, wo die Mehrheit nicht unbedingt „Nein“ sagen will. Man vertagt solange bis eben die Gesetzgebungsperiode zu Ende ist. Oft ist es auch so, dass die Regierung z.B. so lange wartet, bis auch Anträge von der Regierung zum Thema da sind, damit nicht nur Oppositionsanträge verhandelt werden. D.h. man setzt Anträge erst dann auf die Tagesordnung, wenn auch Regierungsanträge vorhanden sind.

I: Vielen Dank, dass Sie sich für meine Fragen so ausführlich Zeit genommen haben.

## 9.2 Binäre Tabelle der Abgeordneten im Ausschusswesen der Gesetzgebungsperiode XXI

Name	Parteizugehörigkeit_XXI	Im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss Angel. der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss §9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen Temelin"_XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999"_XXI			
Achatz Anna Elisabeth	FPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Amon Werner	ÖVP	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
Antoni Dieter	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
Auer Jakob	ÖVP	1986	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
Bartenstein Martin	ÖVP	1991	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Bauer Gerhard	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0		
Bauer Hannes	SPÖ	1989	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	
Bauer Rosemarie	ÖVP	1985	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Bauer Sophie	SPÖ	1991	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Baumgartner-Gabitzler Ulrike	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	
Binder-Maier Gabriele	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	
Böhacker Hermann	FPÖ	1990	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
Böhmndorfer Dieter	FPÖ	2000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
Bösch Reinhard Eugen	FPÖ	1999	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Brinek Gertrude	ÖVP	1988	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
Brix Otmar	SPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Brosz Dieter	Grüne	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Bruckmann Gerhart	ÖVP	1986	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Brugger Bernd	FPÖ	2000	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Bures Doris	SPÖ	1990	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Burket Ilse	FPÖ	2000	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	
Cap Josef	SPÖ	1983	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	
Dietachmayer Helmut	SPÖ	1990	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Dobnigg Karl	SPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
Dolinschek Sigisbert	FPÖ	1990	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
Donabauer Karl	ÖVP	1994	1	1	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0
Eder Kurt	SPÖ	1987	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	
Edler Josef	SPÖ	1992	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Edlinger Rudolf	SPÖ	1999	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Egghart Robert	FPÖ	1999	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0



Name	Parteizugehörigkeit_XXI	im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss §9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen Temein"_XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999"_XXI				
Einem Caspar	SPÖ	1996	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
Ellmauer Matthias	ÖVP	1995	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Fallent Gerhard	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0		
Fasslabend Werner	ÖVP	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Faul Christian	SPÖ	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Fekter Maria Theresia	ÖVP	1990	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0		
Ferrero-Waldner Benita	ÖVP	1996	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Feurstein Gottfried	ÖVP	1975	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
Fink Ernst	ÖVP	1986	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0		
Firlinger Reinhard	FPÖ	1994	0	0	1	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0		
Fischer Heinz	SPÖ	1971	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Fischl Harald	FPÖ	1990	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Freund Karl	ÖVP	1988	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Frieser Cordula	ÖVP	1986	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0		
Gaál Anton	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gahr Hermann	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gartlehner Kurt	SPÖ	1990	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0		
Gaßner Kurt	SPÖ	1997	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0	
Gatterer Edeltraud	ÖVP	1990	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gaugg Reinhart	FPÖ	1997	1	0	0	1	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	1		
Gehrer Elisabeth	ÖVP	1996	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Glawischnig-Piesczek Eva	Grüne	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0		
Grabner Arnold	SPÖ	1981	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gradwohl Heinz	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Graf Herbert	FPÖ	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	
Graf Martin	FPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	1	0	0	1	0	0	
Grollitsch Udo	FPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0		
Großruck Wolfgang	ÖVP	1995	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	
Grünewald Kurt	Grüne	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0		
Gusenbauer Alfred	SPÖ	1993	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	

# Anhang

Name	Parteizugehörigkeit_XXI	im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss §9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen Temeln"_XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999"_XXI			
Hagenhofer Marianne	SPÖ	1993	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Haidlmayr Theresia	Grüne	1994	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Haigermoser Helmut	FPÖ	1983	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	
Haki Karin	ÖVP	2000	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	
Haller Edith	FPÖ	1990	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Hartinger Beate	FPÖ	1999	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Haupt Herbert	FPÖ	1986	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Heindl Kurt	SPÖ	1973	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
Heinisch-Hosek Gabriele	SPÖ	1999	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	
Heinzl Anton	SPÖ	1998	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	
Hofmann Maximilian	FPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0	
Hornegger Franz	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Hornek Erwin	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Hostasch Eleonora	SPÖ	1989	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Huber Anna	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Jäger Inge	SPÖ	1996	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Jarolim Johannes	SPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	
Jung Wolfgang	FPÖ	1995	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kaipel Erwin	SPÖ	1994	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kampichler Franz	ÖVP	1993	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Keppelmüller Peter	SPÖ	1983	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Khol Andreas	ÖVP	1983	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Kiermaier Günter	SPÖ	1990	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	
Kiss Paul	ÖVP	1989	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Klima Viktor	SPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Knerzl Anton	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
Kogler Werner	Grüne	1999	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
Kopf Karlheinz	ÖVP	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	1	0	0	1	0	
Köfßl Günter	ÖVP	1999	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	
Kostelka Peter	SPÖ	1994	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	

Name	Parteizugehörigkeit_XXI	im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss Angel. der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss §9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen Temelin"_XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999"_XXI		
Kräuter Günther	SPÖ	1991	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Krüger Michael	FPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Kubitschek Maria	SPÖ	2000	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0		
Kuckacka Helmut	ÖVP	1990	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	1	
Kummerer Werner	SPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0		
Kuntzl Andrea	SPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
Kurzbaumer Johann	ÖVP	1994	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0		
Kurzmann Gerhard	FPÖ	1998	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Lackner Manfred	SPÖ	1996	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Leikam Anton	SPÖ	1986	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	
Leiner Günther	ÖVP	1990	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
Lentsch Edeltraud	ÖVP	1994	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Lexner Reinhold	ÖVP	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
Lichtenberger Evelin	Grüne	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
Loos Johann	ÖVP	2000	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
Lunacek Ulrike	Grüne	1999	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Maderthaler Leopold	ÖVP	1989	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
Maier Johann	SPÖ	1996	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Mainoni Eduard	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Marizzi Peter	SPÖ	1987	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
Mertel Ilse	SPÖ	1990	1	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
Miedl Werner	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Miki-Leitner Johanna	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	1	0	1	0	0	0	
MITTERLEHNER Reinhold	ÖVP	2000	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
MOLTERER Wilhelm	ÖVP	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
MORAK Franz	ÖVP	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
MOSER Gabriela	Grüne	1994	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	
MÜHLBACHLER Josef	ÖVP	1985	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
MÜLLER Hans	FPÖ	1999	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
MURAUER Walter	ÖVP	1991	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Name	Parteizugehörigkeit_XXI	im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss S9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen Temelin"_XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999"_XXI			
MUTTONEN Christine	SPÖ	1999	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0		
NEUDECK Detlev	FPÖ	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0		
NIEDERHUEMER Wilhelm	FPÖ	2000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
NIEDERWIESER Erwin	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	
NÜRNBERGER Rudolf	SPÖ	1984	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
OBERHAIDINGER Georg	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0		
OFNER Harald	FPÖ	1979	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
ÖLLINGER Karl	Grüne	1994	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1		
ORTLIEB Patrick	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0		
PAPHÁZY Sylvia	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	0		
PARFUSS Ludmilla	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
PARNIGONI Rudolf	SPÖ	1983	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0		
PARTIK-PABLÉ Helene	FPÖ	1983	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
PECHER Martina	ÖVP	1999	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0		
PENDL Otto	SPÖ	1998	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	
PETROVIC Madeleine	Grüne	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
PFEFFER Katharina	SPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
PILZ Peter	Grüne	1986	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
PIRKLHUBER Wolfgang	Grüne	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
PISTOTNIG Jakob	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
PITTERMANN Elisabeth	SPÖ	1994	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
PLANK Brunhilde	SPÖ	1999	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	
PLATTER Günther	ÖVP	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
POSCH Walter	SPÖ	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0		
POVYSIL Brigitte	FPÖ	1996	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
PRÄHAUSER Stefan	SPÖ	2001	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	
PRAMMER Barbara	SPÖ	1997	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
PRINZ Nikolaus	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
PRINZHORN Thomas	FPÖ	1996	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0		
PUMBERGER Alois	FPÖ	1993	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	



Name	Parteizugehörigkeit_XXI	im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss Angel. der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss §9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen T emeln" _XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999" _XXI		
PUTTINGER Günter	ÖVP	1993	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
RADA Robert	SPÖ	1994	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	
RASINGER Erwin	ÖVP	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
REHEIS Gerhard	SPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1	
REINDL Hermann	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
REITSAMER Annemarie	SPÖ	1990	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
RIEPL Franz	SPÖ	1996	1	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
RIESS-PASSER Susanne	FPÖ	1999	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
SCHASCHING Beate	SPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
SCHEIBNER Herbert	FPÖ	1990	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	
SCHENDER Rüdiger	FPÖ	1999	1	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	1	1	
SCHEUCH Kurt	FPÖ	2000	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
SCHIEDER Peter	SPÖ	1970	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
SCHLÖGL Karl	SPÖ	1991	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
SCHOETTEL-DELAGHER Irina	FPÖ	1999	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	
SCHÖGGL Leopold	FPÖ	1994	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	
SCHÜSSEL Wolfgang	ÖVP	1979	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
SCHWARZBÖCK Rudolf	ÖVP	1986	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
SCHWARZENBERGER Georg	ÖVP	1982	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	
SCHWEISGUT Johannes	ÖVP	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	
SCHWEITZER Karl	FPÖ	1990	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
SCHWEMLEIN Emmerich	SPÖ	1992	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	
SEVIGNANI Hans	FPÖ	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	
SILHAVY Heidrun	SPÖ	1994	1	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	
SIMA Ulrike	SPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
SODIAN Andreas	FPÖ	1999	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
SPINDELEGGER Michael	ÖVP	1993	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	
STAFFANELLER Norbert	FPÖ	1999	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
STEIBL Ridi Maria	ÖVP	1994	1	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
STEINDL Franz	ÖVP	1994	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	

Name	Parteilugehörigkeit_XXI	im Nationalrat seit	Ausschuss für Arbeit und Soziales_XXI	Außenpolitischer Ausschuss_XXI	Bautenausschuss_XXI	Budgetausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Budgetausschusses_XXI	Familienausschuss_XXI	Finanzausschuss_XXI	Geschäftsordnungsausschuss_XXI	Gesundheitsausschuss_XXI	Gleichbehandlungsausschuss_XXI	Hauptausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Hauptausschusses_XXI	Ständiger Unterausschuss der EU_XXI	Immunitätsausschuss_XXI	Industrieausschuss_XXI	Ausschuss für innere Angelegenheiten_XXI	Ständiger Unterausschuss für innere Angeleg_XXI	Justizausschuss_XXI	Kulturausschuss_XXI	Landesverteidigungsausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Landesverteidigung_XXI	Ausschuss für Land und Forstwirtschaft_XXI	Ausschuss für Menschenrechte_XXI	Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen_XXI	Rechnungshofausschuss_XXI	Ständiger Unterausschuss Rechnungshof_XXI	Ausschuss für Sportangelegenheiten_XXI	Umweltausschuss_XXI	Unterrichtsausschuss_XXI	Unvereinbarkeitsausschuss_XXI	Verfassungsausschuss_XXI	Verkehrsausschuss_XXI	Wirtschaftsausschuss_XXI	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung_XXI	Ständiger gemeinsamer Ausschuss §9 Finanz_XXI	Besond. Ausschuss Volksbeg. "Veto gegen Temelin"_XXI	"Vergabepreis des Sozialministeriums 1995-1999"_XXI			
STOISITS Terezija	Grüne	1990	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
STUMMVOLL Günter	ÖVP	1983	1	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
TANCSITS Walter	ÖVP	1999	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
TRATTNER Gilbert	FPÖ	1993	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	
TRETENBREIN Harald	FPÖ	2001	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
TRINKL Josef	ÖVP	1996	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	
VAN DER BELLEN Alexander	Grüne	1994	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0		
VERZETNITSCH Friedrich	SPÖ	1986	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0		
WATTAUL Anton	FPÖ	1999	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0		
WEINMEIER Wilhelm	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	0		
WENITSCH Robert	FPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
WESTENTHALER Peter	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
WIMMER Rainer	SPÖ	1993	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
WINDHOLZ Ernest	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	
WITTMANN Peter	SPÖ	2000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
WOLFMAYR Andrea	ÖVP	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
WURM Gisela	SPÖ	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
ZELLOT Roland	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZERNATTO Christof	ÖVP	1986	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	
ZIERLER Theresia	FPÖ	1999	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ZWEYTICK Johannes	ÖVP	1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
CSÖRGITS Renate	SPÖ	2001	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
DONNERBAUER Heribert	ÖVP	2001	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	
HAUBNER Peter	ÖVP	2001	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	
HLAVAC Elisabeth	SPÖ	1989	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LANGREITER Hans	ÖVP	2001	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
LAPP Christine	SPÖ	2001	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	
RAUCH-KALLAT Maria	ÖVP	1995	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SCHULTES Hermann	ÖVP	2000	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
STADLER Astrid	ÖVP	2000	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
WITTAUER Klaus	FPÖ	2002	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0

### 9.3 Gegenüberstellung Cluster – Partei – Erfolgsmetrik

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent_XXI	Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
1	Achatz Anna Elisabeth	4	3	3	100.00	FPÖ	4	0.1624	0.0454
2	Amon Werner	6	6	6	100.00	ÖVP	1	0.2455	0.0665
3	Antoni Dieter	2	13	0	0.00	SPÖ	2	0.2911	0.0659
4	Auer Jakob	4	1	0	0.00	ÖVP	1	0.1748	0.0451
5	Bartenstein Martin	0	0	0	0.00	ÖVP	1		
6	Bauer Gerhard	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2308	0.1595
7	Bauer Hannes	1	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1844	0.0569
8	Bauer Rosemarie	3	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1922	0.0509
9	Bauer Sophie	5	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1862	0.0458
10	Baumgartner-Gabitzer U	7	6	5	83.33	ÖVP	1	0.2412	0.0765
11	Binder-Maier Gabriele	3	1	0	0.00	SPÖ	2	0.2103	0.0689
12	Böhacker Hermann	1	14	12	85.71	FPÖ	4	0.2771	0.0628
13	Böhmdorfer Dieter	0	0	0	0.00	FPÖ	4		
14	Bösch Reinhard Eugen	6	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2569	0.0557
15	Brinek Gertrude	5	3	3	100.00	ÖVP	1	0.2069	0.0539
16	Brix Otmar	3	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1638	0.0552
17	Brosz Dieter	2	8	0	0.00	Grüne	3	0.2159	0.0793
18	Bruckmann Gerhart	5	1	1	100.00	ÖVP	1	0.2370	0.0559
19	Brugger Bernd	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1757	0.0709
20	Bures Doris	3	11	1	9.09	SPÖ	2	0.1765	0.0521
21	Burket Ilse	5	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2222	0.0601
22	Cap Josef	5	9	3	33.33	SPÖ	2	0.2910	0.0681
23	Csörgits Renate	2	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2011	0.1434
24	Dietachmayer Helmut	6	6	2	33.33	SPÖ	2	0.2795	0.0857
25	Dobnigg Karl	7	1	0	0.00	SPÖ	2	0.1512	0.0496
26	Dolinschek Sigisbert	2	1	1	100.00	FPÖ	4	0.1952	0.0758
27	Donabauer Karl	5	1	1	100.00	ÖVP	1	0.1905	0.0456
28	Donnerbauer Heribert	3	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2092	0.0845
29	Eder Kurt	1	9	3	33.33	SPÖ	2	0.2771	0.0849
30	Edler Josef	1	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1935	0.0517
31	Edlinger Rudolf	1	0	0	0.00	SPÖ	2	0.3411	0.0852

# Anhang

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent	XXI Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
32	Eggart Robert	6	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2667	0.0603
33	Einem Caspar	5	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2522	0.0677
34	Ellmauer Matthias	7	2	2	100.00	ÖVP	1	0.1894	0.0477
35	Fallent Gerhard	2	6	6	100.00	FPÖ	4	0.2046	0.0566
36	Fasslabend Werner	5	0	0	0.00	ÖVP	1	0.4146	0.1033
37	Faul Christian	3	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1645	0.0472
38	Fekter Maria Theresia	7	8	7	87.50	ÖVP	1	0.2350	0.0849
39	Ferrero-Waldner Benita	0	0	0	0.00	ÖVP	1		
40	Feurstein Gottfried	5	13	9	69.23	ÖVP	1	0.2386	0.0561
41	Fink Ernst	1	0	0	0.00	ÖVP	1	0.3831	0.0981
42	Firlinger Reinhard	1	12	10	83.33	FPÖ	4	0.3602	0.0835
43	Fischer Heinz	5	0	0	0.00	SPÖ	2	0.3804	0.0944
44	Fischl Harald	5	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1857	0.0450
45	Freund Karl	6	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2473	0.0546
46	Frieser Cordula	6	0	0	0.00	ÖVP	1	0.3035	0.0736
47	Gaál Anton	6	1	0	0.00	SPÖ	2	0.5402	0.1043
48	Gahr Hermann	4	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1779	0.0575
49	Gartlehner Kurt	1	1	1	100.00	SPÖ	2	0.2919	0.1043
50	Gaßner Kurt	3	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1835	0.0681
51	Gatterer Edeltraud	5	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1919	0.0449
52	Gaugg Reinhart	5	2	1	50.00	FPÖ	4	0.1749	0.0397
53	Gehrer Elisabeth	0	0	0	0.00	ÖVP	1		
54	Glawischnig-Piesczek Ev	4	33	8	24.24	Grüne	3	0.1864	0.0635
55	Grabner Arnold	5	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2460	0.0535
56	Gradwohl Heinz	4	3	1	33.33	SPÖ	2	0.1816	0.0569
57	Graf Herbert	7	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1521	0.0432
58	Graf Martin	5	6	4	66.67	FPÖ	4	0.1800	0.0400
59	Grollitsch Udo	2	3	2	66.67	FPÖ	4	0.2257	0.1032
60	Großruck Wolfgang	3	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1705	0.0474
61	Grünwald Kurt	2	17	3	17.65	Grüne	3	0.2196	0.0859
62	Gusenbauer Alfred	1	44	1	2.27	SPÖ	2	0.2716	0.0658



# Anhang

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent	XXI Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
63	Hagenhofer Marianne	1	1	0	0.00	SPÖ	2	0.2834	0.0649
64	Haidlmayr Theresia	2	28	1	3.57	Grüne	3	0.1808	0.0752
65	Haigermoser Helmut	2	6	5	83.33	FPÖ	4	0.1740	0.0805
66	Hakl Karin	2	2	2	100.00	ÖVP	1	0.2011	0.1434
67	Haller Edith	3	2	0	0.00	FPÖ	4	0.1753	0.0609
68	Hartinger Beate	6	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1884	0.0483
69	Haubner Peter	2	1	1	100.00	ÖVP	1	0.2196	0.1102
70	Haupt Herbert	6	6	4	66.67	FPÖ	4	0.2067	0.0447
71	Heindl Kurt	1	2	0	0.00	SPÖ	2	0.2739	0.0891
72	Heinisch-Hosek Gabriele	2	6	1	16.67	SPÖ	2	0.1851	0.0690
73	Heinzl Anton	4	1	0	0.00	SPÖ	2	0.1546	0.0496
74	Hlavac Elisabeth	7	1	0	0.00	SPÖ	2	0.1820	0.0599
75	Hofmann Maximilian	2	5	4	80.00	FPÖ	4	0.1716	0.0675
76	Hornegger Franz	4	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1772	0.0704
77	Hornek Erwin	7	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1718	0.0507
78	Hostasch Eleonora	0	0	0	0.00	SPÖ	2		
79	Huber Anna	2	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1601	0.0600
80	Jäger Inge	7	4	1	25.00	SPÖ	2	0.1973	0.0637
81	Jarolim Johannes	7	3	0	0.00	SPÖ	2	0.2064	0.0702
82	Jung Wolfgang	6	1	1	100.00	FPÖ	4	0.3026	0.0608
83	Kaipel Erwin	6	1	0	0.00	SPÖ	2	0.1993	0.0513
84	Kampichler Franz	7	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1556	0.0517
85	Keppelmüller Peter	2	1	1	100.00	SPÖ	2	0.1781	0.0714
86	Khol Andreas	5	21	17	80.95	ÖVP	1	0.3582	0.0914
87	Kiermaier Günter	6	2	1	50.00	SPÖ	2	0.3616	0.1007
88	Kiss Paul	6	2	2	100.00	ÖVP	1	0.2629	0.0537
89	Klima Viktor	0	0	0	0.00	SPÖ	2		
90	Knerzl Anton	4	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1662	0.0689
91	Kogler Werner	1	0	0	0.00	Grüne	3	0.2659	0.0761
92	Kopf Karlheinz	2	15	13	86.67	ÖVP	1	0.1831	0.0933
93	Köbl Günter	7	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1625	0.0416

# Anhang

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent	XXI Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
94	Kostelka Peter	5	32	3	9.38	SPÖ	2	0.3238	0.0806
95	Kräuter Günther	3	7	0	0.00	SPÖ	2	0.2026	0.0737
96	Krüger Michael	7	11	8	72.73	FPÖ	4	0.2412	0.0765
97	Kubitschek Maria	1	0	0	0.00	SPÖ	2	0.5434	0.1353
98	Kukacka Helmut	2	4	3	75.00	ÖVP	1	0.1654	0.0463
99	Kummerer Werner	4	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2243	0.0648
100	Kuntzl Andrea	1	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1722	0.0597
101	Kurzbauer Johann	1	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2174	0.0722
102	Kurzmann Gerhard	5	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2259	0.0625
103	Lackner Manfred	6	26	0	0.00	SPÖ	2	0.2252	0.0561
104	LANGREITER Hans	2	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1616	0.0648
105	LAPP Christine	3	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2014	0.0687
106	Leikam Anton	6	2	0	0.00	SPÖ	2	0.4220	0.0831
107	Leiner Günther	5	1	1	100.00	ÖVP	1	0.2345	0.0573
108	Lentsch Edeltraud	1	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1707	0.0508
109	Lexer Reinhold	3	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2201	0.0747
110	Lichtenberger Evelin	2	28	2	7.14	Grüne	3	0.2314	0.0559
111	Loos Johann	6	1	1	100.00	ÖVP	1	0.3128	0.0702
112	Lunacek Ulrike	7	15	1	6.67	Grüne	3	0.1891	0.0689
113	Maderthaler Leopold	2	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2308	0.1595
114	Maier Johann	2	64	3	4.69	SPÖ	2	0.1733	0.0639
115	Mainoni Eduard	7	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2054	0.0525
116	Marizzi Peter	2	0	0	0.00	SPÖ	2	0.3077	0.1876
117	Mertel Ilse	3	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1873	0.0615
118	Miedl Werner	6	1	1	100.00	ÖVP	1	0.2175	0.0512
119	Mikl-Leitner Johanna	2	2	2	100.00	ÖVP	1	0.1766	0.0708
120	MITTERLEHNER Reinhold	2	1	1	100.00	ÖVP	1	0.2007	0.0662
121	MOLTERER Wilhelm	0	0	0	0.00	ÖVP	1		
122	MORAK Franz	2	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2757	0.1666
123	MOSER Gabriela	3	41	2	4.88	Grüne	3	0.1760	0.0573
124	MÜHLBACHLER Josef	1	2	1	50.00	ÖVP	1	0.2278	0.0582

# Anhang

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent	XXI Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
125	MÜLLER Hans	1	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2383	0.0540
126	MURAUER Walter	6	0	0	0.00	ÖVP	1	0.4720	0.0918
127	MUTTONEN Christine	5	2	0	0.00	SPÖ	2	0.2327	0.0644
128	NEUDECK Detlev	3	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1635	0.0468
129	NIEDERHUEMER Wilhelm	0	0	0	0.00	FPÖ	4		
130	NIEDERWIESER Erwin	2	6	2	33.33	SPÖ	2	0.2242	0.0628
131	NÜRNBERGER Rudolf	2	3	1	33.33	SPÖ	2	0.2200	0.0664
132	OBERHAIDINGER Georg	2	3	1	33.33	SPÖ	2	0.1811	0.0696
133	OFNER Harald	7	5	4	80.00	FPÖ	4	0.2252	0.0651
134	ÖLLINGER Karl	2	15	4	26.67	Grüne	3	0.2261	0.1095
135	ORTLIEB Patrick	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2257	0.1032
136	PAPHÁZY Sylvia	7	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1970	0.0672
137	PARFUSS Ludmilla	6	1	0	0.00	SPÖ	2	0.2102	0.0655
138	PARNIGONI Rudolf	6	2	0	0.00	SPÖ	2	0.3441	0.0719
139	PARTIK-PABLÉ Helene	6	3	3	100.00	FPÖ	4	0.2601	0.0591
140	PECHER Martina	1	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1969	0.0712
141	PENDL Otto	7	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2087	0.0664
142	PETROVIC Madeleine	0	29	2	6.90	Grüne	3		
143	PFEFFER Katharina	6	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2842	0.0565
144	PILZ Peter	6	5	0	0.00	Grüne	3	0.3312	0.0651
145	PIRKLHUBER Wolfgang	4	22	1	4.55	Grüne	3	0.2211	0.0913
146	PISTOTNIG Jakob	4	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1800	0.0847
147	PITTERMANN Elisabeth	2	5	0	0.00	SPÖ	2	0.2285	0.1020
148	PLANK Brunhilde	3	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1789	0.0598
149	PLATTER Günther	6	0	0	0.00	ÖVP	1	0.4737	0.0908
150	POSCH Walter	7	17	4	23.53	SPÖ	2	0.2666	0.0962
151	POVYSIL Brigitte	2	4	3	75.00	FPÖ	4	0.1928	0.0851
152	PRÄHAUSER Stefan	6	0	0	0.00	SPÖ	2	0.2241	0.0626
153	PRAMMER Barbara	5	13	0	0.00	SPÖ	2	0.2189	0.0532
154	PRINZ Nikolaus	3	1	1	100.00	ÖVP	1	0.2014	0.0546
155	PRINZHORN Thomas	5	1	0	0.00	FPÖ	4	0.2916	0.0673

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent	XXI Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
156	PUMBERGER Alois	5	5	4	80.00	FPÖ	4	0.1945	0.0507
157	PUTTINGER Günter	6	4	3	75.00	ÖVP	1	0.5870	0.1669
158	RADA Robert	2	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1598	0.0729
159	RASINGER Erwin	2	3	3	100.00	ÖVP	1	0.2068	0.0681
160	RAUCH-KALLAT Maria	2	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2747	0.1600
161	REHEIS Gerhard	7	1	0	0.00	SPÖ	2	0.1626	0.0481
162	REINDL Hermann	6	3	3	100.00	FPÖ	4	0.3248	0.0731
163	REITSAMER Annemarie	5	6	2	33.33	SPÖ	2	0.2553	0.0643
164	RIEPL Franz	3	2	0	0.00	SPÖ	2	0.2040	0.0588
165	RIESS-PASSER Susanna	7	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2086	0.0631
166	SCHASCHING Beate	3	7	1	14.29	SPÖ	2	0.1942	0.0619
167	SCHEIBNER Herbert	6	4	2	50.00	FPÖ	4	0.2815	0.0734
168	SCHENDER Rüdiger	5	3	2	66.67	FPÖ	4	0.1755	0.0419
169	SCHEUCH Kurt	3	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2175	0.0745
170	SCHIEDER Peter	5	0	0	0.00	SPÖ	2	0.3238	0.0806
171	SCHLÖGL Karl	1	0	0	0.00	SPÖ	2	0.3222	0.0763
172	SCHOETTEL-DELACHE	1	1	1	100.00	FPÖ	4	0.4874	0.1138
173	SCHÖGGL Leopold	3	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1894	0.0495
174	SCHULTES Hermann	1	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1561	0.0469
175	SCHÜSSEL Wolfgang	5	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2982	0.0809
176	SCHWARZBÖCK Rudolf	1	1	1	100.00	ÖVP	1	0.1893	0.0627
177	SCHWARZENBERGER C	5	5	3	60.00	ÖVP	1	0.2259	0.0559
178	SCHWEISGUT Johannes	4	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1670	0.0540
179	SCHWEITZER Karl	5	9	8	88.89	FPÖ	4	0.1811	0.0423
180	SCHWEMLEIN Emmerich	4	1	0	0.00	SPÖ	2	0.2485	0.0806
181	SEVIGNANI Hans	3	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1805	0.0601
182	SILHAVY Heidrun	3	17	1	5.88	SPÖ	2	0.2087	0.0733
183	SIMA Ulrike	4	12	3	25.00	SPÖ	2	0.1619	0.0469
184	SODIAN Andreas	1	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2520	0.0656
185	SPINDELEGGGER Michael	6	2	2	100.00	ÖVP	1	0.1919	0.0441
186	STADLER Astrid	6	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1853	0.0522

# Anhang

Nr	Name	Cluster	Anträge gesamt	Erfolgreiche Anträge	Erfolgsquote in Prozent	XXI Partei	Partei- Nr	Participation	Strucutral Hole
187	STAFFANELLER Norber	3	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2283	0.0729
188	STEIBL Ridi Maria	3	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2087	0.0733
189	STEINDL Franz	3	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1848	0.0636
190	STOISITS Terezija	7	25	3	12.00	Grüne	3	0.2401	0.0709
191	STUMMVOLL Günter	1	15	14	93.33	ÖVP	1	0.2264	0.0535
192	TANCSITS Walter	6	5	4	80.00	ÖVP	1	0.1947	0.0481
193	TRATTNER Gilbert	1	2	2	100.00	FPÖ	4	0.2935	0.0766
194	TRETENBREIN Harald	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2195	0.0865
195	TRINKL Josef	5	0	0	0.00	ÖVP	1	0.2006	0.0585
196	VAN DER BELLEN Alexa	1	14	2	14.29	Grüne	3	0.3537	0.0843
197	VERZETNITSCH Friedric	1	7	3	42.86	SPÖ	2	0.2191	0.0924
198	WATTAUL Anton	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2130	0.0608
199	WEINMEIER Wilhelm	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1947	0.0563
200	WENITSCH Robert	4	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2211	0.0913
201	WESTENTHALER Peter	6	20	16	80.00	FPÖ	4	0.2101	0.0464
202	WIMMER Rainer	4	0	0	0.00	SPÖ	2	0.1913	0.0541
203	WINDHOLZ Ernest	7	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1504	0.0431
204	WITTAUER Klaus	2	0	0	0.00	FPÖ	4	0.1927	0.0754
205	WITTMANN Peter	2	1	0	0.00	SPÖ	2	0.2256	0.0551
206	WOLFMAYR Andrea	0	2	1	50.00	ÖVP	1		
207	WURM Gisela	7	2	0	0.00	SPÖ	2	0.1660	0.0502
208	ZELLOT Roland	6	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2380	0.0597
209	ZERNATTO Christof	1	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1836	0.0639
210	ZIERLER Theresia	5	0	0	0.00	FPÖ	4	0.2022	0.0529
211	ZWEYTICK Johannes	4	0	0	0.00	ÖVP	1	0.1828	0.0842

## 10. Lebenslauf

### Florian Hajek

- Kontakt: f.hajek@gmx.at
- Wohnhaft in Schönburgstraße 9/18, 1040 Wien
- Geboren am 22.10.1983 in Wien
- Nationalität: Österreich

### AUSBILDUNG

---

**Okt. 2004 – März 2012:      Studium der Politikwissenschaft**

- **Spezialisierung** : Politische Theorie, Kultur und Kunst, Netzwerkforschung

**Sept. 2003 – Mai 2004:      Ableistung des Präsenzdienstes in der Maria  
Theresien-Kaserne,  
Am Fasangarten 2, 1130 Wien**

**Sept. 1998 – Juni 2003:      Besuch der Bundeshandelsakademie  
Schulzentrum Ungargasse  
Ungargasse 69, 1030 Wien**

**Sept. 1994 – Juni 1998:      Absolvierung der Unterstufe im  
Bundesgymnasium Institut Sacre Coeur,  
Rennweg 31, 1030 Wien**

**Sept. 1990 – Juni 1994:      Besuch der Volksschule Hegergasse,  
Hegergasse 20, 1030 Wien**



---

## BERUFSPRAXIS

---

**Seit Oktober 2011:**     **ehrenamtlicher Mitarbeiter bei der Wiener Tafel – Verein für sozialen Transfer**

Simmeringer Hauptstraße 2-4, 1110 Wien

**Seit August 2003:**     **Selbstständiger Tennislehrer an der Tennisschule Arsenal**

Arsenalstraße 3, 1030 Wien

**Juli 2002:**             **Pensionsversicherungsanstalt-**

Friedrich Hillegeist Straße 1, 1020 Wien

- Sachbearbeiter der Versicherungsabteilung 1

**Juli 2001:**             **Pensionsversicherungsanstalt-**

Friedrich Hillegeist Straße 1, 1020 Wien

- Manipulant der Versicherungsabteilung 1

**August 1999:**         **Pensionsversicherungsanstalt-**

Friedrich Hillegeist Straße 1, 1020 Wien

- Assistent des Netzwerkadministrators
- 

## KENNTNISSE

---

- Englisch, fließend in Wort und Schrift (inkl. Geschäftsendglish)  
Sprachaufenthalte:
- Französisch, Grundkenntnisse
- Sicherer Umgang mit MS-Word, -Excel, -Access, -Powerpoint
- Statistikprogramm „R“ Grundkenntnisse
- Statistikprogramm „SPSS“ fortgeschrittene Kenntnisse